



Landtag von Baden-Württemberg

29. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 22. März 2017 • Haus des Landtags

Beginn: 9:03 Uhr

Schluss: 12:57 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	1549	strecke Stuttgart–Singen–Zürich (Gäubahn) und Einstufung des Vorhabens im Entwurf für den Bundesverkehrswegeplan 2030 – Drucksache 16/137 (Geänderte Fassung)	1574
1. Aktuelle Debatte – 60 Jahre Römische Verträge – Europa neu beleben – beantragt von der Fraktion der CDU	1549	Abg. Daniel Renkonen GRÜNE	1575
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	1549	Abg. Felix Schreiner CDU	1576
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	1551	Abg. Bernd Gögel AfD	1577
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD	1552	Abg. Martin Rivoir SPD	1578
Abg. Peter Hofelich SPD	1554, 1562	Abg. Jürgen Keck FDP/DVP	1579
Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP	1556	Minister Winfried Hermann	1580
Minister Guido Wolf	1557	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	1582
Abg. Joachim Kößler CDU	1560	Beschluss	1583
Abg. Josef Frey GRÜNE	1561		
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	1563	4. a) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Sanierung und Modernisierung von Schulgebäuden förderfähig machen – Drucksache 16/170	
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	1564	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Ist es Zeit für ein landeseigenes Schulbaumodernisierungsprogramm? – Drucksache 16/997	1583
2. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Entlassung von Vertretungslehrern und Referendaren in den Sommerferien beenden – Drucksache 16/130.	1564	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	1583
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	1565, 1573	Abg. Gerhard Kleinböck SPD	1584, 1591
Abg. Sandra Boser GRÜNE	1566	Abg. Jürgen Walter GRÜNE	1585
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU	1567	Abg. Norbert Beck CDU	1587
Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	1568	Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	1587
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	1569	Ministerin Dr. Susanne Eisenmann	1589
Ministerin Dr. Susanne Eisenmann	1570	Beschluss	1591
Abg. Claudia Martin (fraktionslos)	1574		
Beschluss	1574		
3. Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – (Partiell) Zweigleisiger Ausbau der Bahn-			

5. Wahl der Vertreter/-innen des Landtags und deren Stellvertretungen in den Landesausschuss für Information	1591	Anlage Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der AfD und der Fraktion der SPD – Wahl der Vertreter/-innen des Landtags und deren Stellvertretungen in den Landesausschuss für Information	1593
Nächste Sitzung	1592		

Protokoll

über die 29. Sitzung vom 22. März 2017

Beginn: 9:03 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 29. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Zunächst die üblichen Bekanntgaben:

Von der Teilnahmepflicht befreit sind heute Herr Abg. Dr. Aden, Herr Abg. Deuschle, Frau Abg. Erikli, Herr Abg. Kopp, Frau Abg. Lindlohr sowie Frau Abg. Neumann.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztätig Herr Ministerpräsident Kretschmann, Herr Minister Strobl, Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut, Herr Staatsminister Murawski. Entschuldigt ist außerdem Frau Staatsrätin Erler.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung der Landesregierung vom 13. März 2017 – Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2015 bis 2018 –, Drucksache 16/1806. Ich schlage vor, diese Mitteilung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich einige Worte an Sie richten.

Am kommenden Samstag jährt sich zum 60. Mal ein herausragendes Jubiläum: die „Geburtsstunde“ der Europäischen Union. Am 25. März 1957 haben Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichnet. 25 Jahre später wurde daraus die Europäische Gemeinschaft, die sich auch als gemeinsame Wertegemeinschaft versteht.

Europa hat Brücken gebaut und das Zusammenleben der Völker gestärkt. Leider erleben wir in diesen Tagen auf das Infamste, wie der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan nicht nur die politischen Brücken zwischen der Türkei und Deutschland abreißen möchte, sondern sie auch zwischen den hier lebenden Menschen mutwillig zerstören will, um seine eigene Macht zu stärken. Er will eine gewachsene Gesellschaft spalten und scheut nicht vor unzulässigen, insbesondere die Opfer verhöhnenden Nazivergleichen zurück. Damit hat der türkische Staatspräsident die rote Linie klar überschritten.

Ich erwarte von den Vertretern AKP-naher Institutionen eine öffentliche Distanzierung von den Nazivorwürfen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich fordere die Imame in den Moscheen auf, Besonnenheit walten zu lassen. Ich fordere sie auf, die hier geltenden Werte von Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Religionsfreiheit nicht nur zu respektieren, sondern sie entschieden weiterzugeben.

Die Errungenschaften unseres demokratischen Rechtsstaats erlauben keine Einschüchterung und Bedrohung derjenigen, die von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen wollen. Unsere Werte wie Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit sind wichtige Errungenschaften eines demokratischen Rechtsstaats.

Einschüchterung und Feindbilder stammen aus dem Repertoire von Autokraten. Als Demokraten lassen wir uns nicht einschüchtern, und wir weigern uns, Feinde der Türkei zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Vielen Dank.

Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – 60 Jahre Römische Verträge – Europa neu beleben – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

In der Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Einheit Europas war ein Traum von Wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für Viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.

Das hat Konrad Adenauer vor über 60 Jahren gesagt.

Christdemokraten wie Robert Schuman, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer haben damals die Wiege für Europa gelegt.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Zwei Erzengel standen am Tor von Europa: der Erzengel des Friedens – nie wieder Krieg – und der Erzengel der Freiheit – nie wieder Knechtschaft.

Am kommenden Wochenende feiern wir den 60. Jahrestag der Römischen Verträge. Dank dieser Verträge genießen wir schon in der dritten Generation Frieden, Freiheit, Freundschaft und Wohlstand auf unserem Kontinent. Die europäische Einigung, die vor 60 Jahren in Rom ihren Ausgang nahm, macht uns Europäer heute zu Glückskindern der Weltgeschichte. Niemals zuvor haben die Menschen in Europa länger und besser in Freiheit und Sicherheit in einem grenzenlosen Raum des gemeinsamen Rechts, der geteilten Werte und der gelebten Zusammenarbeit gelebt.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Das einige Europa auf den Grundpfeilern der Römischen Verträge ist ein historisch einmaliges Vorbild des zivilisatorischen Fortschritts. Es ist ein Modell für den friedlichen Ausgleich zwischen den Nationen. Das ist gerade heute aktueller und wichtiger denn je, wie die Präsidentin eingangs zu Recht betont hat.

Das einige Europa: Die Welt des Jahres 2017 braucht Europa. Und wir wollen es auch. Deshalb müssen wir für dieses Europa kämpfen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir lassen uns Europa auch nicht von den Populisten – weder von rechts noch von links – kaputt machen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Wir werden nicht zulassen, dass Europa nach 60 Jahren in nationale Egoismen oder Affekte zurückfällt. Wir treten den Kräften der Spaltung von innen und von außen mit klarer Haltung entgegen. Ich sage: Wer sich gegen Europa stellt, der verrät die Geschichte und verrät die Zukunft.

Die Menschen in den Niederlanden haben das erkannt. Sie haben in der vergangenen Woche mit großer Mehrheit für Europa gestimmt. Sie haben klargemacht, dass die Bäume auch für die Gegner Europas nicht in den Himmel wachsen.

Ich bin überzeugt davon: Der Brexit-Irrweg der Briten, das Unbehagen über Trump, vor allem, wie eben erwähnt, die Anmaßungen von Erdogan, all das ist eine Chance und lässt die Europäer eher zusammenrücken. All das führt uns den Wert unserer europäischen Werte neu vor Augen. Europa wird leben. Es wird die Zweifel überstehen, die Zweifler überzeugen und vor allem seine Gegner überwinden.

Wir haben jetzt das Weißbuch von Kommissionspräsident Juncker erhalten. Es zeigt: Die Zukunft Europas ist offen. Europa braucht neue Orientierung, neue Leidenschaft, neuen Schwung und neue Impulse. Am besten gelingt das von unten, nämlich aus den europäischen Regionen und Kommunen heraus. Europa soll sich um das Große kümmern. Aber gerade wenn die großen Visionen der Politik zurzeit fehlen, sind es die Länder, die Bürger, die Regionen, die Europa ganz praktisch vor Ort leben.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Hier wird aus der Idee konkrete Wirklichkeit – in der Metropolregion Oberrhein, im Donaauraum, in der Arbeit mit unseren „Vier Motoren“, bei den zahlreichen Städtepartnerschaften. Hier funktioniert Europa. Hier wird sein Mehrwert erkennbar. Hier ist Europa kein akademisches Konstrukt, sondern verbindet Menschen. Es gibt unzählige Beispiele für grenzüberschreitende Zusammenarbeit – Kollege Kößler wird nachher noch darauf eingehen –, z. B. in Kehl/Straßburg, die Donauhochschulen, das Europe-Netzwerk. Jeder dritte Arbeitsplatz in Europa hängt vom Export ab. Wir in Baden-Württemberg profitieren am meisten von Europa.

Vor Ort bauen wir deshalb an den soliden, tragenden Wänden dieses europäischen Hauses. Die Regionen, die Länder sind die eigentlichen Träger, Treiber und Gestalter dieser europäischen Idee. Deshalb ist ihre Stimme jetzt gefragt. Die Regionen und auch die Kommunen und die Bürgergesellschaft müssen für Europa Stellung beziehen. Warum nicht z. B. in einem großen Gipfel der Länder und Kommunen statt nur der Nationalstaatenchefs oder beispielsweise in Form eines neuen Kompetenzkonvents? Denn wir müssen Europa neu verhandeln: Was soll in welcher Ebene entschieden werden?

Wir haben immer von einem Europa der Subsidiarität gesprochen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Diese Subsidiaritätslehre ist ganz wichtig. Deshalb wäre auch ein Kompetenzkonvent sicher hilfreich. Wir müssen dies neu zentral in den Blick nehmen und vor allem auch Mut zu Freiheit und Verschiedenheit haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Soll sich Europa um die großen Fragen kümmern! Viele Sachverhalte hingegen können wir unten an der Basis lösen – bis zur Frage des Holzverkaufs übrigens. All das sind Dinge, bei denen wir uns nicht von Europa Vorschriften machen lassen müssen. Europa beginnt in Biberach, in den Städtepartnerschaften, in der menschlichen Begegnung, nicht in Brüssel. Das müssen wir in diesem Zusammenhang auch festhalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Es ist an uns, die Herzen neu zu gewinnen: für ein Europa der Bürger, für ein Europa der Regionen, für ein Europa der Subsidiarität, das sich um die großen Fragen kümmert und die kleinen dort lässt, wo sie hingehören.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Bell hat gesagt: „Der Nationalstaat ist für die großen Dinge zu klein und für die kleinen Dinge oft zu groß.“ Deshalb ist es wichtig, dass wir diesen Gedanken der Subsidiarität im Auge behalten und die Angelegenheiten auf der Ebene regeln, auf der es am besten erfolgen kann. Wir wollen keinen Zentralismus.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen wir Europa 60 Jahre nach den Römischen Verträgen wieder neu von unten wach-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

sen. Machen wir uns stark für unsere gemeinsame europäische Zukunft. Vertrauen wir auf ein Europa der Regionen. Dann hat auch dieses Europa für die nächsten 60 Jahre eine gute Zukunft.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 60 Jahre Römische Verträge – wahrlich ein Grund zum Feiern. Schauen Sie diese Woche in die Tageszeitungen. Die Bundesregierung hat diese Broschüre flächendeckend verteilt.

(Der Redner hält eine Broschüre hoch.)

Schaut man auf die erste Seite, liest man: „Chaos? Frust? Krise?“ Nein, das ist nicht Europa, sondern – blättern Sie die Broschüre auf –: „Chance, Frieden, Kraft“. Dafür steht Europa. Wir in Baden-Württemberg haben von dem Wohlstand profitiert, den uns die Europäische Union hier bereitet hat.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

60 % der europäischen Exporte werden in Ländern innerhalb der Europäischen Union realisiert. Die Stärke des Binnenmarkts der Europäischen Union hat unsere Wettbewerbsfähigkeit international gesichert, und der Wohlstand, den wir in Baden-Württemberg haben, ist eben ein europäischer Erfolg. Wir profitieren enorm von Europa, nicht nur ökonomisch, sondern auch in anderen Bereichen. Nehmen Sie das ERASMUS-Austauschprogramm. Das ist Gold wert für unsere Wissenschaft. Oder nehmen Sie Erasmus+. Das ist das Pendant für den Austausch im Handwerk, für ein starkes Handwerk in Europa. Hier profitieren wir in Baden-Württemberg von Europa.

Auch für unsere Natur ist die Europäische Union ein echter Gewinn. Das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 schafft zusammenhängende und vernetzte Lebensräume

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Die Eidechse!)

für Pflanzen und Tiere. Die biologische Vielfalt ist als Grundlage unseres Wohlstands damit europäisch verankert, und Europa ist damit der Garant für eine gesunde Natur.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Gleichzeitig wächst Europa durch Infrastrukturprogramme mehr und mehr zusammen. Die Europäische Union ist eine der Wegbereiterinnen für den Ausbau der Rheintalbahn, einem Korridor zwischen den Nordseehäfen und dem Mittelmeer, um Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Für mich ist daher ganz klar: Die Europäische Union ist in Baden-Württemberg Staatsräson, und sie muss es auch bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Die Entwicklung der Europäischen Union verlief nie ohne Widersprüche und Rückschläge. Es gab immer wieder einmal

Krisen. Dazu trägt auch bei, dass die europäischen Mitgliedsstaaten immer seltener mit einer gemeinsamen Stimme sprechen.

Welche Konsequenzen ziehen wir daraus? Die Schlussfolgerungen liegen auf der Hand. Die Europäische Union muss ihre integrative Kraft wieder stärker herausstellen, sie muss Vertrauen schaffen. Dafür braucht die Europäische Union einen weiteren Schub in der Entwicklung. Sie muss demokratischer und transparenter werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie muss von unten weiterentwickelt werden – nicht von oben –, und sie muss im besten Sinn des Wortes näher an den Menschen sein.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Sie muss die Menschen mitnehmen auf einem Weg zu einer demokratischen und transparenten Europäischen Union. Sie muss Identifikation und Mitsprache ermöglichen und sich am Prinzip der Subsidiarität orientieren.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Um die Europäische Union demokratischer und handlungsfähiger zu machen, brauchen wir keine weiteren Vertragsänderungen. Die erforderliche Einstimmigkeit im Rat wäre derzeit auch völlig unrealistisch. Der Vertrag von Lissabon bietet bereits heute vielfältige Möglichkeiten an. Daher sind weitere Vertragsänderungen nicht notwendig.

Die Europäische Union hat aktuell aber eine ganz wichtige Aufgabe. Frau Präsidentin, Sie haben es selbst bereits kurz angesprochen. Eine neue Aufgabe der Europäischen Union sehen wir in der Festlegung einer neuen Türkei-Strategie. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen in der wichtigen Frage: „Wie geht es weiter mit der Türkei?“ an einem Strang ziehen. Wir müssen gemeinsam klarstellen, dass die geplanten Verfassungsänderungen in der Türkei das Aus für eine Beitrittsperspektive der Türkei bedeuten würden.

Die Türkei ist für uns nach wie vor ein wichtiger Partner. Wir haben in Deutschland und in der gesamten Europäischen Union ein strategisches Interesse daran, dass die Türkei nicht in Richtung Russland driftet. Wir wollen nicht, dass in der Türkei ein fundamentaler Islam oder ein Ultranationalismus erstarkt.

In der Türkei-Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann die Europäische Union Flagge zeigen. Das ist ein Thema für die Europäische Union, dem sie sich widmen muss.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

In der nächsten Woche kommt der Gipfel in Rom zusammen. Ich wünsche dem Gipfel, dass es gelingt, nationale Egoismen unter den Mitgliedsstaaten zu überwinden und ein Signal für ein starkes Europa auszusenden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren! Am Samstag jährt sich – wir haben es gehört – die Unterzeichnung der Römischen Verträge zum 60. Mal. Sie stellten lange Zeit das Fundament für die wirtschaftliche Integration und den Frieden des europäischen Projekts dar, des europäischen Projekts, das in der ursprünglich angedachten und lange Zeit auch praktizierten Form ein Projekt war, das auch wir seitens der Alternative für Deutschland unterstützt hätten und das wir ausdrücklich bejahen.

(Beifall bei der AfD)

Doch in den 60 Jahren nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge hat sich viel getan. Der Titel der heutigen Debatte „60 Jahre Römische Verträge – Europa neu beleben“ – so hat es die CDU eingebracht – suggeriert mit Recht ein wenig, dass Europa ein todkranker Patient ist, dem man wieder auf die Beine helfen müsste,

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Ja, richtig!)

auch wenn ich diese unterschwellige, hier auch anklingende, fast schon notorische Gleichsetzung Europas mit der Europäischen Union zutiefst ablehne.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! – Zuruf von der AfD: Ja!)

Das haben Sie, Herr Reinhart, und auch Sie, Herr Schwarz, gemacht. Es wird immer von Europa gesprochen. Doch gehört nicht auch Norwegen, gehört nicht auch die Schweiz, gehört nicht auch Serbien, gehört nicht auch Belarus zu Europa? Doch, selbstverständlich.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Es geht um die Römischen Verträge!)

Wir reden über die Europäische Union. Die Gleichsetzung Europas mit der Europäischen Union ist eigentlich nicht zulässig.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich weiß durchaus, worauf die heutige Debatte anspielt: auf den desolaten Zustand der Europäischen Union. Ja, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu. Die EU ist ein kranker Patient, dem es schlecht geht. Ja, man könnte sinnbildlich sagen: „Die EU gehört auf die Couch.“ Ja, die EU sollte schnellstmöglich neu belebt werden. Auch darin stimmen wir Ihnen zu. Aber bitte nicht mit Ihren – nämlich den grundfalschen – Rezepten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Um den Patienten EU neu zu beleben, muss er erst einmal von seinen Krankheiten geheilt werden. Die Diagnose zum gegenwärtigen Zustand der EU fällt leider niederschmetternd aus. Die EU leidet an einem exorbitanten Zentralisierungswahn.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Da kann man noch so sehr in Sonntagsreden – manchmal auch mittwochs hier im Plenum – das Subsidiaritätsprinzip be-

schwören. Die Umsetzung bleibt faktisch doch ein Etikettenschwindel, eine kontrafaktische Täuschung, eine gefährliche Irreführung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das, was ich hier von meinen Vorrednern gehört habe, erinnert mich – mit Verlaub – ein wenig an ein Phrasenfestival, wobei ich Ihnen den guten Willen ausdrücklich abnehme.

Die EU leidet auch an ihrem Brüsseler Paragrafenrausch, der sich nicht nur in den allseits bekannten Gurkenkrümmungs-, Glühbirnen- und Staubsaugerregulierungen manifestiert, sondern der sich auch auf entscheidendere Politikfelder erstreckt, etwa im Bereich der Wirtschafts-, der Gesundheits-, der Bildungs-, der Umwelt- und auch der Einwanderungspolitik, und das mit zum Teil fatalen Folgen. Das Subsidiaritätsprinzip wird von den Brüsseler Eurokraten dabei komplett auf den Kopf gestellt und leider in sein Gegenteil verkehrt.

(Beifall bei der AfD)

So, meine Damen und Herren, stärkt man die EU nicht, sondern so macht man sie Schritt für Schritt kaputt.

Ludwig Erhard, bekanntermaßen CDU-Mitglied, mahnte bereit 1963 in Stockholm – ich erlaube mir, mit Ihrer Erlaubnis zu zitieren –:

Wehe dem, der glaubte, man könnte Europa etwa zentralstaatlich zusammenfassen, oder man könnte es unter eine mehr oder minder ausgeprägte zentrale Gewalt stellen.

Und weiter:

Nein – dieses Europa hat seinen Wert auch für die übrige Welt gerade in seiner Buntheit, in der Mannigfaltigkeit und Differenziertheit des Lebens. Das sind die Elemente, die unserem Dasein Farbe geben und das Leben lebenswert machen.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Gutes Zitat!)

– Gutes Zitat. Ja, finde ich auch. Ich schätze Erhard auch. Ihr Adenauer-Zitat war auch schön.

Es wird womöglich die schon länger hier Regierenden, selbst jene aus den Reihen der CDU, ein wenig verwundern, wenn ich Ihnen sage, dass sich Ludwig Erhard unter Buntheit, Mannigfaltigkeit und Differenziertheit etwas ganz anderes vorgestellt hat, als Sie es tun.

(Beifall bei der AfD)

Erhard dachte dabei nicht an zum Scheitern verurteilte Multikulti-Utopien, die die Komplexität der Gesellschaft derart überstrapazieren, dass der gesellschaftliche Frieden längst gefährdet ist. Er dachte dabei nicht an hoch riskante Integrationsexperimente mit hereinströmenden Massen von kulturfremden Menschen, die die über Jahrhunderte hinweg erkämpften europäischen Werte mit Füßen treten.

(Beifall bei der AfD)

(Dr. Jörg Meuthen)

Und Erhard dachte dabei auch nicht an den Eurogeldsozialismus, dessen Scheitern vorherzusehen war und von vielen auch vorhergesehen wurde –

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

übrigens auch vom genialen Soziologen Ralf Dahrendorf, einem großen Geist, keinem kleinkarierten Kopf. Die Restliberalen in der Magenta-FDP/DVP erinnern sich vielleicht noch.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dahrendorf sah das Debakel des Euro bereits im Jahre 1995 kommen. Ein ganz kurzes Zitat von ihm:

Die Währungsunion ist ein großer Irrtum, ein abenteuerliches, waghalsiges und verfehltes Ziel, das Europa nicht eint, sondern spaltet.

Dahrendorf 1995.

Es war vorherzusehen, dass er recht behalten würde. Über 20 Jahre nach seiner Prognose und knapp 20 Jahre nach der Euro-Einführung ist die innereuropäische Spaltung bereits weit fortgeschritten. Die Euro-Einführung war eben politisch nicht weitsichtig, sondern Ausdruck eines politökonomischen Alphabetentums.

(Beifall bei der AfD)

Hätte die FDP/DVP auf ihren Dahrendorf oder später auch auf einen Frank Schäffler gehört, hätte sie sich als authentisch freiheitliche Kraft positionieren können.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Aber was bringen der FDP/DVP schon vereinzelte Dahrendorfs oder Schäfflers, wenn sie Hunderte Rülkes oder Lindners hat?

Als Erhard von Buntheit, Mannigfaltigkeit und Differenziertheit sprach, dachte er dabei auch nicht an zentralstaatlichen Dirigismus, nicht an den französischen Begriff „Planification“, nicht an Paternalismus, der in vulgär-keynesianischer Manier Konjunkturpakete für Pleitebanken und Pleitestaaten beschließt,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

die in Wirklichkeit keine Konjunkturpakete, sondern Korruptionspakete sind, ein Nährboden für grassierende Verantwortungslosigkeit – nichts anderes als das –, und all das zulasten der europäischen Steuerzahler.

(Beifall bei der AfD)

Erhard dachte dabei nicht an die Harmonisierung und Vereinheitlichung Europas auf allen Ebenen, die die sozialen, politischen und kulturellen Eigenheiten europäischer Nationen untergraben, anstatt diese auszuweiten. Nein, meine Damen und Herren, die Architekten Europas und ihre unmittelbaren Nachfolger dachten vor allem an ein Europa der Freiheit, in dem das Selbstbestimmungsrecht der Nationen

(Beifall bei der AfD)

nicht durch einen immer stärker wuchernden EU-Paternalismus permanent infrage gestellt wird. Sie dachten an ein Europa der Vielfalt, in dem die europäischen Völker ihre nationalen, kulturellen und sozialen Eigenheiten und ihre Identität bewahren und diese nicht via Brüssel aufgeben müssen.

(Beifall bei der AfD)

Und sie dachten an ein Europa des Wettbewerbs, eines Wettbewerbs, der frei nach Franz Böhm dann als geniales Entmachtungsinstrument greift, wenn sich die Brüsseler Nomenklatura mit ihrer monströsen Bürokratie in ihrem nimmersatten Machtstreben verselbstständigt und auf multiple Weise Recht bricht, wenn die einsturzgefährdete EU-Fassade bröckelt.

Meine Damen und Herren, die Europäische Union befindet sich in einer großen Identitätskrise. Sie entwickelt sich immer mehr zu einem durchbürokratisierten „Eurosupernationalstaat“ mit teils imperialen Zügen.

Soweit die EU über die ihr ursprünglich zugesprochenen Kompetenzen hinausgeht, neigt sie dazu, politische Macht über die Bürger nicht aufzuheben, sondern auf eine höhere Ebene zu verlagern. Damit geht ein enormes Demokratiedefizit einher. Damit gefährdet sie den Wettbewerb der Nationen und die Eigenheiten und Freiheiten der europäischen Völker. Das ist das Problem.

Immer mehr Menschen erkennen das. Es muss einen EU-Anhänger doch nun wahrlich nachdenklich stimmen, dass es erstmals in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr um die Frage geht, welche potenziellen Mitgliedskandidaten an die Pforte der EU klopfen könnten, sondern wir beschäftigen uns jetzt mit der Frage, wer durch diese Pforte nach draußen geht, so wie es die Briten gerade in diesen Wochen tun. Viele möchten sich halt mit den EU-Krankheiten nicht anstecken, sondern sich selbst heilen, da sie merken, dass die Selbstheilungsmechanismen der EU leider – leider! – schon lange nicht mehr greifen.

(Beifall bei der AfD)

Das Europäische an Europa sind nicht der Zentralismus durch die Konzentration der Macht in der EU-Kommission und die Einfalt, sondern der Dezentralismus, ein wahrer Föderalismus und die Vielfalt.

(Beifall bei der AfD)

Auch wenn viele hier im Saal das nicht gern hören: Es sind nicht die Niederländer und ihr Wilders, nicht die Österreicher und ihr Hofer, nicht die Franzosen und ihre Le Pen, nicht die Briten und ihr Farage, nicht die Ungarn und ihr Orban, nicht die Polen und ihr Kaczynski und auch nicht wir, die AfD, die Europa an die Wand fahren.

(Zuruf von der SPD: Schöne Bruderschaft! – Vereinzelt Heiterkeit)

Die patriotischen Kräfte – – Das alles sind Patrioten, wie immer man dazu steht.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Erdogan und Putin haben Sie noch vergessen!)

(Dr. Jörg Meuthen)

– Ich weiß ja, dass ich bei Ihnen keine Freude hervorrufe. Dazu stehe ich hier auch nicht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Herr Abg. Dr. Meuthen.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Die patriotischen Kräfte Europas sind die Reaktion, nicht der Auslöser der Krise der EU.

(Beifall bei der AfD)

Die patriotischen Kräfte wollen Europa lediglich dorthin führen, wo es hingehört. Die EU ist in der Krise, weil sie immer uneuropäischer geworden ist. Es sind die Draghis, die Schulz's, die Junckers, die sie seit Jahren an die Wand fahren – seit Jahren!

(Beifall bei der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Jawohl!)

Es sind die schwarz-rot-grün-gelb-bunten Realitätsverweigerer, die sie dabei eskortieren. Sie sitzen seit Jahrzehnten an den Hebeln der Macht. Sie sind schuld, nicht ihre Kritiker.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Das Gebot der Stunde lautet: Rückkehr zum europäischen Gründungsgedanken –

(Zurufe von der AfD: Jawohl! – Genau!)

der ist nämlich vernünftig –, Rückkehr zum Geist der Römischen Verträge – die sind hoch vernünftig –, Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft, Rückkehr zur Herrschaft des Rechts, Rückkehr zur wirklichen Subsidiarität –

(Beifall bei der AfD)

nicht nur als Lippenbekenntnis –, Rückkehr zur Vielfalt und Freiheit der Völker, kurz: Rückkehr zu Europa.

(Zuruf von der SPD)

– Richtig, eine kluge Rückkehr; denn manches ist schiefgelaufen. – Dies impliziert eine Abkehr von dem in den letzten Jahren eingeschlagenen Weg. Nur so kann der Patient EU genesen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Werte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Meuthen, nach Ihnen zu sprechen ist immer eine Herausforderung.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der erste Satz meiner Rede lautet angesichts dessen, was Sie gerade angesprochen haben, deshalb: Von welchem Europa sprechen Sie eigentlich? In welchem Europa leben Sie eigent-

lich? Ich lebe in einem anderen Europa, Herr Meuthen. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das glaube ich Ihnen!)

Am 25. März 1957 haben sich die Länder der Montanunion zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zu Euratom zusammengeschlossen. Einen Monat zuvor, am 25. Februar desselben Jahres, hatte der Oberbefehlshaber der NATO noch gefordert, dass die Bundeswehr atomar bewaffnet werden soll. Einen Monat später, am 12. April 1957, haben sich deutsche Atomwissenschaftler im Göttinger Manifest dagegen ausgesprochen, dass sich Deutschland atomar bewaffnet.

Wir haben seither gute Jahre hinter uns. Es war richtig, dass wir ein Europa des Friedens haben, es war richtig, dass wir ein Europa der Aufklärung haben, es war richtig, dass wir ein Europa der Freiheit haben, und es war richtig, dass wir ein Europa der zunehmenden europäischen Identität haben. Darauf sind wir in Baden-Württemberg stolz, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU)

Natürlich sind wir in einer nicht einfachen Phase. Die ersten Eindrücke sprechen gegen dieses Europa, das in Feierlaune sein soll: Großbritannien tritt aus der EU aus, Ungarn unterläuft die Gewaltenteilung, Polen brüskiert beleidigt den Europäischen Rat, und zu allem Überfluss erklimmen die Norweger, die sich vom Klub der 28 ferngehalten haben, im weltweiten Glücksranking die Nummer 1.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! Und sind noch nicht in der EU!)

Die zweiten Eindrücke verändern jedoch das Bild. Die westlichen Balkanländer sehen Europa als ihre Hoffnung, Tusk wird mit 27 von 28 Stimmen – also auch von Ungarn und Tschechien – gewählt, Rumänen gehen für die Freiheit auf die Straße, Trump, Putin und Co. schweißen Europa zusammen, in Deutschland sind Bürger für „Pulse of Europe“ auf der Straße, und als starkes Statement bremst Holland Wilders und Co. ab.

Ich darf es einmal so sagen: Mit dem zweiten Eindruck sieht man besser. Europa ist in keiner so schlechten Verfassung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Europa erlebt ein Comeback. 60 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge – nach dem Kontinent der Schlachtfelder, nach dem Kontinent der Nationalismen, nach dem Kontinent der sozialen Gegensätze – besinnt es sich und wird erwachsen. Sicher, der Idealismus von Rom ist nicht der Pragmatismus von Brüssel; beides könnte jedoch statt gegensätzlich künftig vielleicht besser symbiotisch sein. Wer ein pragmatisch gelingendes Europa will, Kolleginnen und Kollegen, braucht künftig mehr Idealismus.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

(Peter Hofelich)

Unser Land Baden-Württemberg: historisch seit den Stauern und den Zähringern europäisch ausgerichtet, blutig und auch tragisch am Hartmannsweilerkopf die Chauvinismen durchlebend, aufgeklärt mit Europäern wie Carlo Schmid oder Ralf Dahrendorf, die wir uns nicht von anderen vereinnahmen lassen, meine Damen und Herren, für Europa eintretend.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Die einfache Lehre für unser Land ist: Baden-Württemberg darf nicht mittrotten. Baden-Württemberg muss für Europa vorangehen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Wir, die SPD-Landtagsfraktion, markieren dabei unsere europäische Position in einigen wenigen Bemerkungen, die ich an dieser Stelle aktuell ansprechen möchte, wobei ich nicht im Grundsätzlichen bleiben möchte.

Erstens: Eine Rückabwicklung von Europa gibt es mit uns nicht, auch nicht unter dem Deckmantel „weniger, aber effizienter“. Wer bloß den Binnenmarkt von Waren und Kapital will und die Arbeitnehmer und Verbraucher außen vor lässt, wer keine gemeinsame europäische Außenpolitik will, wer in Europa nicht industriepolitisch Strukturvorteile angehen und Strukturvorteile anstreben will, der liegt falsch. Bei uns ist klar: Bei Arbeitnehmern gilt immer der Sozialstandard des Landes, in dem gearbeitet wird. Bei Verbrauchern gibt es keine zwei Qualitätsstandards. Europa bleibt industriell und exportiert seine Produkte und sein Wissen.

An die – schon wieder – Teppichausleger für den Turbokapitalismus gerichtet sagen wir: Schlaue ist nicht klug. Baden-Württembergs Interesse ist mehr Europa und ein soziales Europa, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Ihr habt gar nichts verstanden! Ach du meine Güte!)

Zweitens: Europa schützt seine Außengrenzen und lässt andere nicht im Regen stehen. Regierungen in Zentral- und Osteuropa werden das hoffentlich mit uns nach und nach mitmachen. Sie müssen wissen: Nichts ist umsonst. Diejenigen, die seitens der Visegrad-Staaten Hilfe erwarten, von denen erwarten wir auch, dass sie uns helfen. Es gibt heute halb so viele Frontex-Beamte, wie es griechische Inseln gibt. Das zu ändern ist gemeinsame europäische Verantwortung.

Ich sage an dieser Stelle auch einmal: Die dauernde Demütigung der Griechen muss endlich einmal ein Ende haben, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Flucht ist ein Geschäft, und wir wollen dieses Geschäftsmodell zerstören, so wie Boote zerstört gehören und so wie es eben auch wichtig ist – das ist meine dritte Bemerkung –, dass wir Entwicklungszusammenarbeit praktizieren, dass wir nicht defensiv und reaktiv sind. Der angekündigte europäische Marshallplan für Afrika – nördlich und südlich der Sahara – ist überfällig. Für Baden-Württemberg ist die Burundi-Hilfe, so

honorig sie ist, zu kurz gesprungen. Wir erwarten eine Außenwirtschaftsstrategie des Landes Baden-Württemberg, welche mehr als eine Exportförderung ist. Das, was wir mit Amerika und mit Asien leicht buchstabieren, nämlich dass Auslandsinvestitionen auch Inlandswachstum und Beschäftigung bringen, das muss auch für Afrika gelten, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Erinnern wir uns an die Worte von Willy Brandt:

Europa wird seiner Verantwortung nur gerecht, wenn es den Partnern in der Dritten Welt Zukunftsträchtiges zu bieten hat.

Viertens einige wenige Sätze zur innereuropäischen Bürokratie. Ich zitiere sinngemäß einmal Günther Oettinger: Wollen wir einen europäischen Gurkenkrümmungsstandard, oder wollen wir 28 davon? Auch das ist eine Frage in Europa.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Das dauernde Anekdotische mit Fokus auf der angeblichen Bürokratie mag ganz nett sein, und es kommt ja auch recht gut an. Richtig ist auch, dass die Europäische Kommission mehr Kommunikation braucht. Wir spüren in Brüssel und in Straßburg auch, dass man da unterwegs ist. Aber ich finde auch – eben wurde das Thema Holz angesprochen –, dass nicht alle Themen, für die vielleicht Kartellbehörden zuständig sind, nun unbedingt bei der Europäischen Kommission abgeladen werden müssen. Das gehört sich nicht, Kolleginnen und Kollegen. Europa ist nicht der Abladeplatz für Sorgen, für die es an anderer Stelle eine Zuständigkeit gibt.

(Beifall bei der SPD)

Subsidiarität ist kein Begriff, der wirklich Bestandteil der Römischen Verträge wäre; sie ist eher ein Begriff eines defensiv zusammengesetzten Europas.

(Zuruf von der AfD)

Für die SPD gilt, dass die originären Aufgaben der Landesverfassung selbstverständlich nicht zur Disposition stehen. Weder in Richtung Bund – der künftig mehr Geld für die steigenden Landesausgaben bereitstellen muss – noch in Richtung Europa werden wir diese Aufgaben abgeben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Was wir aber in den letzten Jahren erlebt haben, ist etwas anderes: Diejenigen, die ständig Subsidiaritätsbedenken anführen, sind im Grunde die „Ja, aber“-Sager, die damit nur dazu motivieren wollen, nicht positiv über Europa zu reden. Tatsache ist aber: Der vernetzte Energiemarkt ist nun einmal die Zukunft,

(Abg. Anton Baron AfD: Ach du meine Güte!)

und der europäische Arbeitsmarkt, der für alle existenzsichernd ist, ist es erst recht, Kolleginnen und Kollegen.

Subsidiarität und Solidarität sind keine Gegensätze, sondern sie sind ein fest zusammengeschweißtes Begriffspaar.

(Peter Hofelich)

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD:
Richtig! – Abg. Anton Baron AfD: Um Gottes wil-
len!)

Denn der Bürgermeisterin von Lampedusa nützt Subsidiari-
tät angesichts der Gestrandeten nicht viel, meine Damen und
Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Dem Bürgermeister von Sheffield hätte mehr Solidarität vor
dem Brexit-Votum vielleicht geholfen.

Ich kann an die grün-schwarze Landesregierung gerichtet nur
sagen: Stellen Sie dieses Mantra zurück in die Rumpelkam-
mer! Wir brauchen hier keine Scheindiskussion über Subsidi-
arität. Das halbherzige Europa ist keine Alternative, Kollegin-
nen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesen Worten verabschiede ich mich bis zur zweiten Run-
de und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion er-
teile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schweickert.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Präsidentin, lie-
be Kolleginnen und Kollegen! 60 Jahre Römische Verträge –
wir feiern quasi Geburtstag. Ich weiß nicht, wen Sie zu Ihrem
60. Geburtstag einladen wollen oder wen Sie zu Ihrem Geb-
urtstag üblicherweise einzuladen pflegen.

(Abg. Anton Baron AfD: Nicht Martin Schulz!)

Ich lade in der Regel Freunde ein.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Hier sitzen Freunde der EU, Freunde von Europa – aber nicht
nur. Lieber Herr Meuthen, dies haben Ihre Äußerungen gera-
de sehr deutlich gemacht. Es ist so ähnlich wie beim Geburts-
tag zu Hause: Die Verwandten kommen halt auch. Für seine
Verwandtschaft kann man nichts.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD:
Ich habe auch liebe Verwandte! Ganz liebe sind es
bei mir!)

Aber was ich ziemlich unerhört finde, ist, wenn von denen,
die man nicht freiwillig eingeladen hat und die trotzdem zu
einem solchen Anlass kommen,

(Zuruf von der AfD: Demokratisch gewählt! – Wei-
tere Zurufe)

dann Äußerungen fallen wie – ich habe mitgeschrieben – „tod-
kranker Patient“, „niederschmetternd“, „Krankheit“, „Wahn“,
„Rausch“, „Verantwortungslosigkeit“.

Lieber Herr Meuthen, Sie werfen den Grünen immer vor, sie
würden mit der Betonung des Gender-Aspekts und mit ihrer
Sprache probieren, Politik zu prägen. Das, was Sie hier beim
Thema „60 Jahre Europa“ tun, das hat die EU, das hat Euro-
pa nicht verdient.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und
der SPD – Oh-Rufe von der AfD)

Es braucht nicht jeder Glückwünsche mitzubringen. Man
kann, wenn es nach 60 Jahren einmal Risse gibt, diese auch
benennen. Die Debatte heißt ja auch: „... Europa neu beleben“.

(Zuruf von der AfD: „Neu beleben“!)

Da braucht man nicht nur „Friede, Freude, Eierkuchen“ zu
vermelden. Wenn Sie sich die Debatten zum 50-Jahr-Jubilä-
um der Römischen Verträge anschauen, stellen Sie fest, dass
unser heutiger Bundespräsident Steinmeier – wie auch alle an-
deren –

(Abg. Anton Baron AfD: Du meine Güte!)

die Erfolgsgeschichte herausgehoben und diese gelobt hat.
Damals gab es aber diese Risse, die wir heute sehen, nicht.

(Abg. Anton Baron AfD: Wieso nicht?)

Deswegen müssen wir uns Folgendes überlegen: Wenn wir in
zehn Jahren auch das 70-Jahr-Jubiläum der Römischen Ver-
träge feiern wollen, meine Damen und Herren, liebe Freun-
dinnen und Freunde von Europa und der EU, dann müssen wir
gemeinsam daran arbeiten,

(Zuruf von der AfD: Dass es sich wieder ändert!)

dass den Populisten die Haltung „Wählt mich; denn die EU
ist böse. Wenn ihr mich wählt, wird alles besser“ endlich ein-
mal aus der Hand geschlagen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der
Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Genau!)

Der Klub derer, die dies tun und damit national erfolgreich
sind, die mit nationalen Egoismen erfolgreich sind, der wur-
de vorhin ja in trauter Zweisamkeit oder Vielseitigkeit sehr
schön beschrieben.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Mein Damen und Herren, wenn wir das angehen und sagen:
„Europa neu beleben“, muss das in vier Bereichen erfolgen:
in der Gestaltungskraft Europa, in unserer Wertegemeinschaft
Europa, der Wirtschaftsmacht Europa und der EU und auch
dem Irrweg eines Nicht-Europas, dessen wir uns immer wie-
der bewusst werden müssen.

Meine Damen und Herren, wenn die Gestaltungskraft Euro-
pa im Moment aufgrund von Zerstrittenheit im Inneren als
globaler Player dazu führt, dass man nicht so wirken kann,
wie man es eigentlich müsste, dann muss man sich überlegen,
wovon diese Gestaltungskraft abhängt. Da sticht einem natür-
lich sofort die Fiskalpolitik ins Auge. Da müssen wir als Ba-
den-Württemberger, als Deutsche auch selbst einmal kritisch
in den Spiegel schauen und prüfen, ob auch wir bei dieser Po-
litik – wir feiern ja 60 Jahre Römische Verträge – alle Verträge,
die in Europa geschlossen worden sind, entsprechend ein-
halten. Wenn man dann sieht, dass viele Euroländer und auch
viele andere europäische Länder überschuldet sind, dann weiß
man, dass das kein guter Weg ist.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

(Dr. Erik Schweickert)

Wenn wir uns auf eine Fiskalpolitik der EZB zurückziehen, die die Geldschleusen öffnet, weil wir dadurch unseren Staat entschulden, dann ist das kein gutes Zeichen für Europa. Denn der Sparer ist bei dieser Politik der Dumme, doch wir brauchen die Menschen, wir brauchen die Akzeptanz. Deswegen muss auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank kritisch auf den Prüfstand, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Ich gebe Herrn Kollegen Hofelich recht: Ein Griechen-Bashing, wie es in den letzten Jahren betrieben worden ist, führt nicht zum Erfolg. Aber wir müssen uns trotzdem Gedanken machen, wie wir Griechenland entschulden können. Man muss in diesem Zusammenhang auch darüber diskutieren, ob das nicht außerhalb der EU

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

für die Griechen besser möglich ist als innerhalb.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wenn wir die Wertegemeinschaft Europa ansprechen: Die Präsidentin hat dazu heute Morgen wichtige Worte gesagt. Was denkt denn ein Europäer, wenn ein Herr Erdogan aus der Türkei so poltert, wenn teilweise verrückte Ansichten geäußert werden? Was machen wir dann in Europa? Wir zucken zurück, allerdings nicht in ganz Europa: Es gibt Länder wie z. B. die Niederlande und dort den liberalen Parteifreund Mark Rutte, die klar Position beziehen und sagen: Wenn jemand von außen hetzt, dann soll er das tun; aber wir lassen ihn nicht einreisen und diese Hetze hier im Land weiter fortsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Da hätte man auch früher reagieren können. Aber anscheinend zeichnet sich auch bei den CDU-Ministerpräsidenten und bei Frau Merkel ein Sinneswandel ab.

Wir stehen für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit als Werte der Europäischen Union, und es lohnt sich, sich gerade in Zeiten dafür einzusetzen, in denen Despoten mit der Pressefreiheit umgehen, als ob sie nichts wert wäre.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Die Wirtschaftsmacht Europa – Stichworte Freihandel, „gemeinsame Standards“, „gefallene Schlagbäume“ – hat mehr als jedes Austauschprogramm oder mehr als jeder europäische Fernsehsender dazu geführt, dass man sich in Europa nähergekommen ist. Nicht nur Baden-Württemberg – das möchte ich hier einmal sagen – hat von der EU profitiert. Auch die geografischen Ränder haben in den vergangenen 60 Jahren immer davon profitiert – sei es durch Förderzahlungen oder anderes –, dass dieses Europa wächst. Ich glaube, das kann man beim 60. Geburtstag auch einmal sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

– Ja, wer ohne Freihandel ist, der werfe das erste I-Phone. Das stand schon etwas früher in ein paar Ausführungen. – Wenn man sich dann überlegt, wie der Brexit heute gestaltet wird, dann muss man sagen: 60 Jahre Europa, und nun wird sich

auch zeigen, wie wir diese Verhandlungen, vor denen wir jetzt stehen, führen. Die können wir zwar kritisieren und darüber lamentieren, aber – das hat auch die Bewertung der Landesregierung ergeben – das zukünftige Gesicht Europas wird davon abhängen, wie der Brexit umgesetzt wird. Lassen Sie uns daran arbeiten,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

dass wir in diesem Bereich Fortschritte erzielen.

Zum Schluss der Irrweg eines Nicht-Europas: Kollege Hofelich ist unter Hinweis auf die Gurkenkrümmungsverordnung darauf eingegangen. Wir alle waren in Brüssel, als das Thema Ökodesign-Richtlinie aufkam. Meine Damen und Herren, wer auf Europa schimpft, weil mit der Ökodesign-Richtlinie die Leistungsaufnahme der Staubsauger herunterreguliert wird, den frage ich: Wer glaubt denn, dass es den Grünen hier im Land nicht auch irgendwann einmal einfallen würde, sich dieses Themas anzunehmen? Wenn das jedoch alle Länder für sich tun, dann haben wir keinen Mehrwert davon.

Deswegen: Man kann zwar kritisch mit Einzelaspekten umgehen, aber man sollte nicht Ökodesign, Gurkenkrümmung, Traktorensitzverordnung usw. heranziehen, um gegen die EU zu hetzen. Meine Damen und Herren, das, was wir hier machen – da müssen wir ehrlich sein –, ist doch jeweils nationale Politik, die über Europa umgesetzt wird. Sich dann aufzuregen, das ist Populismus und tut Europa nicht gut.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Deshalb freue ich mich darauf, diesen Geburtstag begehen zu können und auch mit kritischen Anmerkungen dafür zu sorgen, dass wir die Erfolgsgeschichte weiterschreiben. Denn Europa ist unsere Vergangenheit und unsere Zukunft, und das ist auch die EU. Deshalb müssen wir diesen Weg weiter kritisch begleiten und auf ihm vorangehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Wolf das Wort.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal bin ich der CDU-Fraktion sehr dankbar, dass sie dieses Thema wenige Tage vor dem Jubiläum, vor dem 60. Geburtstag der Europäischen Union zum Gegenstand einer Aktuellen Debatte gemacht hat. Ich denke, die Debatte hat auch gezeigt – zugegebenermaßen mit unterschiedlichen Facetten –, dass sich weite Teile dieses Hohen Hauses klar zu diesem gemeinsamen Europa bekennen. Insoweit steht es uns als dem Parlament, als dem Landtag von Baden-Württemberg gut an, in Baden-Württemberg, im Herzen Europas, im Zusammenhang mit diesem Jubiläum ein klares Bekenntnis für dieses unser gemeinsames Europa abzugeben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

(Minister Guido Wolf)

Diese Debatte bietet uns Chancen in verschiedener Hinsicht. Sie bietet erstens die Chance, uns die unbestreitbaren Vorteile eines vereinten Europas wieder in Erinnerung zu rufen. Ich finde, es wird zu wenig betont: Es ist zu selbstverständlich geworden, diese Chancen immer wieder beim Namen zu nennen. Frieden, Freiheit und Wohlstand, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – da werden sich hier im Saal alle oder zumindest die allermeisten schnell einig sein: Das ist Europa. Allein deshalb lohnt es sich, für Europa einzutreten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Die Debatte bietet zweitens die Chance, die ebenso unbestreitbaren Probleme dieses vereinten Europas oder auch der Europäischen Union offen anzusprechen.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Der Titel dieser Debatte ist ja bewusst gewählt: „... Europa neu beleben“. Daraus ergibt sich der Ruf nach Dynamik, nach Weiterentwicklung in Europa. Auch Probleme wie Bürokratie, Überregulierung und intransparente Entscheidungen

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

sowie das Gefühl der Menschen, im Brüsseler Raumschiff werde sowieso ohne sie entschieden, müssen angesprochen werden.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Die Debatte bietet drittens schließlich die Chance, nicht nur über vergangene Leistungen und aktuelle Probleme zu diskutieren, sondern im Land eine breite Debatte über die Zukunft dieses gemeinsamen Europas anzustoßen. Denn Baden-Württemberg als Land im Herzen dieses Kontinents war immer geprägt von Europa, dem Verhältnis zu unseren Nachbarn und dem Austausch, dem Handel und der Partnerschaft mit ihnen.

Es ist doch überhaupt nicht die Frage, ob wir ein Teil Europas sein wollen oder nicht. Diese Frage ist beantwortet – politisch und historisch, wirtschaftlich und im gelebten Alltag der Menschen. Die Frage ist nur: Wie soll dieses Europa aussehen, das zur DNA von uns Baden-Württembergern gehört?

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Herr Dr. Meuthen, in diesem Zusammenhang fand ich Ihre Selbsteinschätzung und die Aufreihung derer, denen Sie sich zugehörig fühlen, schon bemerkenswert.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Wer sich in einer solchen Debatte freiwillig neben Marine Le Pen stellt, eine Frau, von der wir wissen, dass sie Europa nicht weiterentwickelt, sondern Europa zerstören will,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es!)

der zeigt sein wirklich antieuropäisches Gesicht.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Das aktuelle Weißbuch der EU-Kommission –

(Abg. Anton Baron AfD: Für die Mülltonne!)

Kollege Dr. Reinhart hat darauf hingewiesen – hat gut daran getan, diese Frage nicht einfach von oben herab zu beantworten. Wir dürfen selbstkritisch und dankbar einräumen: Da hat Europa ein Stück weit verstanden, dass es auch dort darum geht, nicht nur von oben herab den Weg vorzugeben, sondern auch einmal unterschiedliche Wege zur Diskussion zu stellen, die Europa einschlagen könnte. Es hat damit Raum geschaffen für eine Debatte, die nicht zuvorderst in Brüssel oder Straßburg stattfinden sollte, sondern hier bei uns, an der Basis der Europäischen Union, bei den Europäerinnen und Europäern. Denn:

Europa wächst nicht aus Verträgen, es wächst aus den Herzen seiner Bürger oder gar nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

In diesen Worten – die übrigens vom ehemaligen deutschen Außenminister Klaus Kinkel stammen – steckt die einfache, aber auch wichtige Erkenntnis, dass Europa kein Projekt für die Eliten sein darf.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Europa muss ein Projekt der Bürgerinnen und Bürger sein. Die Debatte über Europas Zukunft gehört deswegen in die Parlamente, in die breite Öffentlichkeit, ja sogar auf die Straße und an die Stammtische.

Wir sollten keine Angst vor zu vielen Stimmen oder Meinungen haben, sondern wir sollten Angst vor Gleichgültigkeit haben. Wir sollten nicht Kritik fürchten, sondern Teilnahmslosigkeit.

Deshalb will ich diese Stelle auch nutzen, um dieser klassischen Bewegung von unten nach oben „Pulse of Europe“ in besonderer Weise zu danken. Sie war am letzten Wochenende in 50 Städten Deutschlands unterwegs, in Baden-Württemberg in Baden-Baden, Freiburg, Friedrichshafen, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Offenburg, Stuttgart, Tübingen.

(Zuruf von der SPD: Ulm! – Zuruf von der AfD: Wahnsinn!)

Das sind Menschen, denen Europa nicht gleichgültig ist. Sie gehen für Europa auf die Straße. Tun wir es ihnen gleich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Europas Zukunft braucht lebhaftere Debatten. Es ist gut, dass wir sie in diesem Hohen Haus führen.

Die von der EU-Kommission ins Spiel gebrachten fünf Zukunftsszenarien spannen einen weiten Bogen. Sie reichen u. a. vom einfachen „Weiter so!“ über ein reines Wirtschaftseuropa mit Konzentration auf den Binnenmarkt bis hin zu undifferenziert viel mehr Europa auf allen Feldern.

Da Debatten von klaren Standpunkten leben, will ich mit meiner Meinung hierzu nicht hinter dem Berg halten. Die ersten

(Minister Guido Wolf)

drei Schüsse gehen nach meiner Überzeugung am Ziel vorbei. Wer sich einfach für „Weiter so!“ ausspricht, hat anscheinend nicht verstanden, wie groß die politische Krise der Europäischen Union ist. Dieses Szenario ist das „Kopf-in-den-Sand-Szenario“ und scheidet für uns deshalb aus.

Ich will ausdrücklich auch eine Aussage des Kollegen Schweickert mit einem ganz konkreten Hinweis etwa auf die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank aufgreifen. Diese Politik ist auf Dauer nicht geeignet, die Akzeptanz der Menschen für Europa zu befördern, sondern sie ist geeignet, die Menschen auf Distanz zu Europa zu bringen, weil sie die Auswirkungen Europas in ihrem eigenen Leben, in ihrer eigenen Situation negativ wahrnehmen. Damit muss Schluss sein. Auch darüber muss in diesem Diskussionsprozess geredet werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der
AfD)

Wer als Antwort auf die Kritik daran, dass Brüssel zu Zentralismus neigt, undifferenziert nach viel mehr Europa ruft,

(Abg. Anton Baron AfD: Wie die SPD!)

läuft Gefahr – Kollege Hofelich hat das sehr viel differenzierter getan –,

(Abg. Anton Baron AfD: Nein, hat er nicht!)

das europäische Projekt endgültig zu beerdigen. Die Menschen wollen eben keine allumfassende und allzuständige Super-EU, sondern ein Europa, das den Staaten, Regionen und Kommunen Spielräume lässt.

(Abg. Anton Baron AfD: Die SPD wird belehrt!)

Wer die Zukunft der Europäischen Union allein auf den Binnenmarkt konzentrieren will, der übersieht den Charakter dieser Gemeinschaft. Europa ist mehr als Handel und Kommerz. Europa ist eine Rechts- und Wertegemeinschaft. Frau Präsidentin, Sie haben in Ihren einführenden Worten gesagt: Europa ist **a u c h** eine Rechts- und Wertegemeinschaft. Ich sage: Europa ist **v o r a l l e m** eine Rechts- und Wertegemeinschaft. Die Würde des Menschen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit – die Achtung vor diesen Werten eint uns. Für sie einzutreten ist, wie es Kollege Schwarz gesagt hat, Teil einer gesamteuropäischen Staatsräson. Das ist unser Auftrag und unsere Verantwortung.

Staaten, die sich mit diesem Wertefundament schwertun, passen deswegen nicht zur Europäischen Union und schon gar nicht in die Europäische Union.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wer die Medien gängelt und andere Meinungen als Majestätsbeleidigung auffasst, wer Richter und Staatsanwälte nach Gutdünken aus dem Amt jagt, wer seinen Gegnern mit der Todesstrafe droht, der hat keinen Platz in diesem Europa, der steht weit außerhalb unserer Werteordnung.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer Europa neu beleben will, darf nicht nur sagen, wogegen er ist, sondern muss auch bekennen, wofür er ist. Es ist auch eine Frage der Europarhetorik, die wir uns immer wieder zu eigen machen. Günther Oettinger pflegt zu sagen: „Wenn die Sonne scheint, dann war Stuttgart oder Berlin dafür verantwortlich, und wenn es regnet, war es Brüssel.“ Wir müssen auch darin, wie wir über Europa reden, aufzeigen, welche Potenziale, welche Chancen in Europa liegen.

Im Übrigen: Wenn immer wieder mit Blick auf Europa Regelungen beklagt werden, führt die Recherche nicht selten zu der Erkenntnis, dass gerade auch aus den Nationalstaaten heraus, übrigens auch aus Deutschland heraus, Bälle in das europäische Feld gespielt werden, damit etwas von dort aus geregelt wird. Bleiben wir also fair in der Diskussion über europäische Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der
SPD und der FDP/DVP)

Zwei der fünf Szenarien aus dem Weißbuch der Kommission kommen aus meiner Sicht ernsthaft infrage. Wie ich höre, sind dies auch die zwei Szenarien, die aus Sicht der am kommenden Wochenende in Rom versammelten Staats- und Regierungschefs der EU infrage kommen. „Wer mehr will, tut mehr“ ist das eine Szenario, und das andere Szenario lautet „Weniger, aber effizienter“.

(Abg. Anton Baron AfD: Mhm!)

Schauen wir uns die beiden Vorschläge genauer an: „Weniger, aber effizienter“ heißt für mich nichts anderes, als dass sich die EU auf das Wesentliche konzentriert.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Die Europäische Union soll sich nicht um alles kümmern, aber sie soll sich um das Richtige kümmern.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Lassen sich mich an einigen Themen zeigen, was es konkret bedeutet, dass sich Europa thematisch beschränkt. Schule und Hochschule, Kunst und Kultur brauchen keine Vereinheitlichung, sondern Vielfalt und Unterschiedlichkeit. Justiz und Verwaltung, Gesundheit und Pflege sowie die öffentliche Daseinsvorsorge insgesamt brauchen die Nähe zu den Menschen und profitieren vom Wissen um regionale Besonderheiten. Da wäre jede Form von Zentralismus oder Besserwisseri fehl am Platz.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Da braucht es Spielräume für eigenständige Entscheidungen vor Ort in Gemeinden, Städten und Landkreisen. Europa neu zu beleben heißt für mich – wie Kollege Reinhart es gesagt hat –, Europas Regionen wieder mehr zuzutrauen,

(Abg. Anton Baron AfD: Ah!)

den Menschen auch wieder mehr Verantwortung zurückzugeben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

(Minister Guido Wolf)

Wir müssen ein Europa schaffen, das offen ist für sinnvolle Lösungen vor Ort, das die Vielfalt von Kulturen, Sprachen und Fähigkeiten bewahrt und nicht einebnet. Ein Europa der Regionen ist eben kein Europa der Einheitslösungen. In einem solchen Zukunftsentwurf kann sich die Europäische Union auf ihre Aufgaben konzentrieren, Handel und Wirtschaft vorantreiben, Fragen der gemeinsamen Verteidigung und Diplomatie angehen und nicht zuletzt den Schutz unserer Außengrenzen gewährleisten.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Dort wollen die Menschen ein funktionsfähiges Europa erleben.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Dort, wo die EU zuständig ist, wäre dann aber auch Platz für mehr Gemeinsamkeit und mehr unterschiedliche Geschwindigkeiten beim Erreichen dieser Gemeinsamkeiten. Genau das meint das andere ernsthaft infrage kommende Szenario, das erwähnte Szenario „Wer mehr will, tut mehr“. Staaten, die mehr und schneller zusammenarbeiten wollen, sollen die Möglichkeiten dafür bekommen. Andere Staaten, die lieber erst einmal abwarten wollen, sollen später dazustoßen können. Ein solches Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten müsste flexibel sein, und es müsste so gestaltet sein, dass es das gemeinsame Europa nicht spaltet.

Die von Thema zu Thema gebildete Koalition der Willigen muss allen Mitgliedsstaaten offenstehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit kein Missverständnis aufkommt: Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten darf nicht heißen, dass es ein Europa der unterschiedlichen Solidarität wäre. Wenn die Menschen in diesem gemeinsamen Europa gerade mit Blick auf die vergangenen Monate eines vermisst haben, dann war es diese gemeinsame Solidarität, auch dann, wenn es darum geht, großen Herausforderungen gerecht zu werden. Stichwort Flüchtlingskrise: Da brauchen wir mehr Solidarität in Europa.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Ob diese Ideen Europa neu beleben, darüber müssen wir gemeinsam diskutieren – nicht nur heute, sondern das ganze Jubiläumsjahr 2017 hindurch. Die Landesregierung will deshalb die Debatte vorantreiben und in die Fläche tragen. Wir wollen Raum schaffen für einen Diskurs über Ziel und Zustand der Europäischen Union. Denn während Populisten in aller Welt bereits das Ende der europäischen Einigung beschwören, setzt die baden-württembergische Landesregierung auf ein starkes Europa, auf ein Europa, das in der Welt für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit steht, auf ein Europa, das wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Sicherheit kombiniert,

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

und auf ein Europa, das Frieden, Freiheit und Wohlstand für seine Bürgerinnen und Bürger garantiert. Wir stehen in einem Schicksalsjahr für Europa. Aber ein solches Europa wäre ein passendes Geschenk zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Kößler.

Abg. Joachim Kößler CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich will kurz auf die Aussagen von Herrn Hofelich eingehen. Er hat gesagt: „Baden-Württemberg muss für Europa vorangehen.“ Das haben wir in der Vergangenheit getan.

Schon zu Anfang seines Bestehens hat sich Baden-Württemberg für ein vereinigtes Europa eingesetzt. Die Befürworter des Südweststaats haben für ein vereinigtes Europa geworben. Alle späteren Landesregierungen sind diesem Motto treu geblieben.

Baden-Württemberg liegt in der Mitte Europas am Rhein und an der Donau, an den beiden wichtigen Flüssen Europas.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja!)

Dort haben wir die Initiative ergriffen. Wir haben am Oberrhein eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit installiert, die hervorragend ist und die ein Beispiel, ein Modell für die Zusammenarbeit in anderen Grenzregionen ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau! Der Präsident sitzt hier!)

Lothar Späth hat 1980 das Europa der Regionen auf die Agenda der Europapolitik geschrieben. Erwin Teufel war immer ein Verfechter des vereinten Europas und hat im europäischen Verfassungskonvent hervorragende Arbeit geleistet. Die Donauraumstrategie stammt aus Baden-Württemberg, und unser ehemaliger Europaminister und jetziger Fraktionsvorsitzender Wolfgang Reinhart hat dort entscheidende Initiativen eingebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Es ist immer gut, den Vorsitzenden zu loben!)

Es ist klar: Das Europa der 28 hat viele Gegensätze. Es gibt wirtschaftliche, soziale und natürlich auch Mentalitätsunterschiede. Aber eines muss gelten: Solidarität, Subsidiarität und auch Eigenverantwortung.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Richtig!)

Der Schlüssel – das wurde hier schon öfter gesagt – für die Entwicklung Europas liegt in den Regionen und in den Kommunen.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Natürlich hat der Europäische Strukturfonds einiges verbessert. Aber wichtig sind nicht nur finanzielle Mittel, sondern wichtig ist auch die Initiative vor Ort. Da ist noch einiges zu tun, gerade in puncto Jugendarbeitslosigkeit. Die Jugendarbeitslosigkeit muss im Zentrum der europäischen Politik stehen. Nur so können wir junge Menschen für Europa begeistern.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Joachim Kößler)

Viele Regionen, viele Städte, viele Länder können sich, meine ich, an Baden-Württemberg ein Beispiel nehmen. Ich denke, wir haben die europäischen Mittel, die nach Baden-Württemberg gekommen sind, gut eingesetzt

(Abg. Anton Baron AfD: Das haben wir selbst bezahlt!)

und haben dafür gesorgt, dass die Jugendarbeitslosigkeit gering ist und wir damit beispielhaft in Europa sind.

Aber ich muss klar sagen: Teure Beschäftigungsprogramme nützen nichts. Es muss die Eigeninitiative vor Ort da sein; nur so kann eine wirtschaftlich gute Entwicklung stattfinden. Deutschland hat gezeigt, wie erfolgreich man sein kann. Wir haben den Arbeitsmarkt reformiert und ein beschäftigungsfreundliches Klima geschaffen. Es gilt nach wie vor der Satz: „Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft.“ Dies gilt nicht nur in Deutschland, sondern vor allem auch in Europa. Es wäre ein falsches Signal, diesen Weg in Deutschland, in Baden-Württemberg, aber auch in Europa nicht mehr zu gehen.

Ich muss zur SPD ganz offen sagen: Die Rückabwicklung der Arbeitsmarktreform ist ein fatales Signal, ein falsches Signal

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das macht doch niemand!)

auch mit Blick auf Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Wer macht das denn? – Abg. Anton Baron AfD: Populismus!)

Wir geben ein gutes Beispiel. Deutschland und Baden-Württemberg sind ein gutes Beispiel, wie man Arbeit schaffen und Jugendarbeitslosigkeit verhindern kann.

Länder, die weiterhin einen starren Arbeitsmarkt haben, bezahlen dies mit einer hohen Arbeitslosigkeit.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Kößler, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Joachim Kößler CDU: Ich will ganz kurz auf Herrn Meuthen eingehen. Herr Meuthen, Sie haben gesagt, Europa sei ein todkranker Patient. Es kommt mir vor, als ob Sie die Beerdigung schon bestellt hätten.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Die würde ich jetzt gern bestellen!)

Ich glaube nicht, dass mit defätistischen Äußerungen in Europa etwas vorangeht. Wir müssen Optimismus zeigen. Nur aus dem Optimismus wird die Tatkraft folgen. Reden Sie in Zukunft Europa nicht nieder. Wir brauchen Europa. Das hat Theodor Heuss schon in den Fünfzigerjahren gesagt. Deutschland braucht Europa, und Europa braucht Deutschland.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Frey.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der Präsident des Oberrheinrats!)

Abg. Josef Frey GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zuerst möchte ich Ihnen, sehr geehrte Frau Präsidentin, herzlich danken für die klare Positionierung am Anfang, was unsere Beziehung zur Türkei betrifft. Wir wünschen uns, denke ich, alle, dass wir die enge Freundschaft, die in den letzten Jahrzehnten entstanden ist, weiterpflegen können – auch als Handelspartner, auch als Kooperationspartner mit den Universitäten in der Türkei und auch beim gemeinsamen Eintreten gegen den internationalen Terrorismus. Ich denke, dass wir dies aber nur erreichen können, wenn es in Zukunft eine türkische Regierung gibt, die Pluralismus, Demokratie und Menschenrechte gewährleistet und sich auch dafür einsetzt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ich werde deswegen in der nächsten Woche als Vertreter des Landes Baden-Württemberg im Kongress des Europarats eine entsprechende Initiative, die aus der Mitte des Kongresses kommt, unterstützen, mit der die Türkei daran erinnert wird, dass sie die Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarats unterzeichnet hat. Die Türkei verstößt mit der Absetzung von Bürgermeistern, die durch Beamte der türkischen Zentralregierung ersetzt wurden, gegen diese Charta der kommunalen Selbstverwaltung. Hiergegen verstößt sie auch, indem sie Frauenhäuser und Hilfseinrichtungen behindert und schließt und Leute dort drangsaliert. Das entspricht auch nicht der Europäischen Menschenrechtskonvention. Deswegen werde ich dort auch mit dem Rückenwind Ihrer zu Beginn zum Ausdruck gebrachten Positionierung klar Stellung nehmen können.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Wenn ich jetzt überlege, was denn eigentlich die heutige Kernaussage des Herrn von der AfD war, dann fühle ich mich an ein Fastnachtsspruch aus meiner Region erinnert, das im Originaltext – ich übersetze es gleich – lautet: „Zurückgelugt, wär es vorausgese gsi“, das heißt: „Zurückgeschaut, wäre es vorausgesehen gewesen“, und ich fühle mich an die postfaktische Realitätswahrnehmung eines Donald Trump erinnert. Denn Sie behaupten einfach Dinge jenseits jeglicher Realität bei dem Bild, das Sie von Europa gezeichnet haben.

Die Gründungsmütter und -väter unserer Europäischen Union traten damals mit der Idee an, Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa und der Welt zu sichern. Dies ist mit der Grundsteinlegung vor 60 Jahren auch gelungen. Die Initiative „Pulse of Europe“ hat, denke ich, diese Idee sozusagen wieder wachgeküsst. Diese Initiative verdient unseren Respekt. Wir sehen dadurch, dass es nicht nur österreichische Bundespräsidenten gibt, die proeuropäisch sind, sondern dass auch aus der Basis heraus in Baden-Württemberg und Deutschland Menschen für Europa eintreten und sich die Bürger hier engagieren.

Europa geht nur mit Nehmen und Geben. Das kennen Sie vielleicht aus Partnerschaften. Gute Partnerschaften brauchen vor allem Augenhöhe; sie gelingen dann, wenn beide den Eindruck haben, dass sie dabei gewinnen. Wenn nun Frau May eine Scheidung verlangt, aber sich dann doch nicht wirklich scheiden lassen will – so wie sie sich gestern im „Handels-

(Josef Frey)

blatt“ ausgedrückt hat –, muss man ihr schon sagen: „Rosenpickerei gibt es in Partnerschaften nicht.“

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Entweder wir gehen den Weg gemeinsam, oder wir scheiden uns.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir Grünen als proeuropäische Fraktion werden nicht an dem Ast sägen, an dem die AfD sägt. Wir denken nicht daran, unsere Zukunft zu gefährden und die friedliche Grundlage dafür, in Europa zu leben,

(Zuruf von der AfD)

in einer Prosperität zu leben, aufzugeben.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Das heißt aber nicht, dass wir alles kritiklos hinnehmen; vielmehr werden wir konstruktiv am Haus Europa weiterbauen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das sieht man! Da passiert gar nichts!)

Hierzu werden wir mehr mit einer Stimme sprechen müssen, mehr Solidarität zeigen müssen. Wichtig ist aber auch, dass wir nicht nur auf Wirtschaftsinteressen schauen, sondern – insbesondere seit Lissabon – auch ganz besonders auf die Werte, die uns in Europa gemeinsam verbinden.

Heribert Prantl schreibt in seinem Buch, das erst kürzlich erschienen ist, solange die Menschen die EU vor allem als „Nutzgemeinschaft für die Wirtschaft und für die Finanzindustrie, aber nicht als Schutzgemeinschaft der Bürger“ erleben, glaubten sie hieran nicht. „In einen Binnenmarkt kann man sich nicht verlieben“, sagte Jacques Delors einmal.

Deshalb müssen wir die von uns erreichten Werte und die realisierten Projekte mehr ins Blickfeld der Bürgerinnen und Bürger rücken. Gerade am Oberrhein – das wurde erwähnt – und im Oberrheinrat sehen wir, wohin diese Haltung uns gebracht hat. Wir haben eben nicht gedacht: „Germany first“. Wir haben gedacht: Wir arbeiten zusammen, wir werden Brückenbauer. So haben wir z. B. die Straßenbahnen zwischen Basel und Weil, zwischen Kehl und Straßburg gebaut.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Es gäbe keine grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Polizei und Rettungsdiensten, es gäbe keine Ausbildungsmöglichkeit für französische Jugendliche in badischen Betrieben, es gäbe keine gemeinsame Raumplanung am Oberrhein, und es gäbe auch keine trinationalen Studiengänge.

(Abg. Anton Baron AfD: Dafür brauchen wir keine Union!)

Es gäbe auch viele weitere Errungenschaften nicht, hätten wir nicht die Römischen Verträge unterschrieben und die Europäische Union weiterentwickelt. An dieser Weiterentwicklung möchten wir auch in Zukunft arbeiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Wie viel Sprechzeit habe ich noch?

Präsidentin Muhterem Aras: Eine Minute und 30 Sekunden.

Abg. Peter Hofelich SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin! Ich finde, es war eine wertvolle Debatte, weil darin zum Ausdruck kam, dass wir uns in wesentlichen Fragen einig sind, auch wenn es in den Beiträgen in einzelnen Nuancen Abweichungen gibt. Ich bin der Meinung – das ist meine Schlussfolgerung, die ich jetzt gern noch ausführen möchte –, dass Baden-Württemberg als europäisches Land seine eigene Staatsräson, seine eigene Identität in der europäischen Frage nicht erst – so, wie es die AfD sagt – suchen muss. Das lassen wir hinter uns. Wir debattieren miteinander und mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber, was Baden-Württemberg für Europa beitragen kann.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, es ist jetzt ein knappes Jahr her, dass der Herr Ministerpräsident hier in wohlgesetzten Worten gesagt hat, dass Europa für Baden-Württemberg Staatsräson sei. Ich habe, ehrlich gesagt, seither nicht mehr so viel gehört. Zu Beginn der Debatte war mit Blick auf die Regierungsbänke auch nicht der erste Eindruck, dass es um die Staatsräson geht, wenn hier über Europa debattiert wird. Ich bin da nicht kleinlich, aber ich finde schon, dass da ein bisschen nachgelegt werden müsste.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Reden Sie also vielleicht einmal miteinander darüber.

Reden Sie miteinander vielleicht auch einmal darüber, wie denn der neue Haushalt 2018/2019 aussieht, wenn es um Europa geht. Wir sollten tatsächlich schauen: Was sind die Projekte, die wir in Europa voranbringen wollen – ob im Jugendaustausch, bei der Stärkung der Europazentren oder der Stärkung der internationalen Zusammenarbeit für Baden-Württemberg? Ich finde, da haben wir noch Aufholbedarf und weiteren Offensivbedarf. Als Fußballer kann ich nur sagen, Kolleginnen und Kollegen: Die Wahrheit liegt auf dem Platz.

Deswegen bin ich der Meinung, dass Sie, Herr Kollege Wolf, in der Sache durchaus Rückenstärkung brauchen können – auch bei der Organisation der Regierungszuständigkeiten für Europa. Wir haben in dieser Legislaturperiode in der Regierung keine Konsolidierung der europäischen Zuständigkeiten, sondern eher eine Zersplitterung der europäischen und internationalen Zuständigkeiten. Wir können es nicht brauchen, dass wir geschwächt nach Europa gehen. Wir müssen für das Land Baden-Württemberg schon abgestimmt nach Europa gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Zum Schluss will ich noch eines sagen: Scheindebatten um angeblichen Zentralismus helfen hier nicht. Es geht, liebe Kol-

(Peter Hofelich)

leginnen und Kollegen, um den europäischen Zusammenhalt, und dabei muss Baden-Württemberg seine aktive Rolle spielen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Fahren Sie bitte fort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: 60 Jahre Europäische Union bzw. Europäische Gemeinschaft sind eine Geschichte mit Licht und Schatten. Man kann nicht unter den Teppich kehren, dass es bürokratische Fehlentwicklungen und auch Fehlentwicklungen in der Finanz- und Währungspolitik gibt. Das hat in dieser Debatte auch niemand getan. Man kann aber auch nicht unter den Teppich kehren, dass 60 Jahre Europäische Union und Europäische Gemeinschaft die Geschichte einer beispiellosen Wohlstandsgewinnung und eine der wohl längsten Phasen des Friedens in der europäischen Geschichte ausmachen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU)

Vor diesem Hintergrund finde ich es schon bemerkenswert, dass die AfD so tut, als gebe es nur den Schatten und nicht das Licht.

(Zuruf von der AfD)

Offensichtlich wollen Sie wieder zurück in die Zeit des 19. Jahrhunderts, in die Zeit des chauvinistischen Nationalismus,

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

den Sie dann Patriotismus nennen. Und, Herr Meuthen, Ralf Dahrendorf war ein großer Liberaler.

(Abg. Anton Baron AfD: Anders als Sie! Genau! –
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie haben schon wieder nicht zugehört!)

Ralf Dahrendorf war ein großer Europäer. Dahrendorf hat durchaus die Fehlentwicklungen Europas benannt, aber er hat sich zu diesem Projekt bekannt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Ich kann Ihnen eines sagen: Wenn Dahrendorf wüsste, dass sich eine Partei wie die AfD auf ihn beruft,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

würde er sich am heutigen Tag im Grab umdrehen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Da sind Sie in der selbst gewählten Wertegemeinschaft mit Marine Le Pen und Jaroslaw Kaczynski sehr viel besser aufgehoben.

(Vereinzelt Beifall)

Es war gut, dass Sie das am heutigen Tag deutlich gesagt haben.

Aber Europa ist auch eine Wertegemeinschaft. Herr Minister Wolf, da haben Sie völlig recht. Vor diesem Hintergrund ist es auch notwendig, deutlich zu machen, dass eine Türkei, die von einem Präsidenten wie Herrn Erdogan geführt wird, nichts, aber auch gar nichts in der Europäischen Union zu suchen hat. Da muss man auch deutlich sagen, dass jemand, der die europäischen Staaten und insbesondere auch die Bundesrepublik Deutschland mit permanenten Nazivergleichen beleidigt, in Deutschland, vor einer Wahl und zu öffentlichen Auftritten, ebenfalls nichts, aber auch gar nichts zu suchen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir haben das vor 14 Tagen an dieser Stelle schon deutlich gesagt. Dabei sind wir auf sehr – so sage ich jetzt einmal – differenzierte Reaktionen gestoßen. Inzwischen hat sich ja ein Ministerpräsident nach dem anderen angeschlossen – sogar Ministerpräsidentinnen von Bundesländern, wo gar kein Türke hinwill.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber sei es drum. – Es wäre allerdings hilfreich,

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

wenn auch die Kanzlerin einmal zu einem klaren Wort in dieser Angelegenheit käme und nicht nur sozusagen einen Schlingerkurs in Sachen Erdogan fahren würde.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Man muss auch deutlich sagen – auch das ist angesprochen worden –, dass die Politik von Herrn Draghi nun keine Politik ist, die dazu führt, das europäische Projekt zukunftsfähiger zu machen. Wenn Herr Draghi unter dem Deckmäntelchen einer angeblichen Inflationsbekämpfung oder eines Inflationsziels von 2 % – ein Wert, der ja im Moment schon erreicht ist; jetzt erzählt er plötzlich etwas von Energiepreisen – oder unter dem Deckmäntelchen der Konjunkturförderung nun eine Niedrigzinspolitik betreibt, die die deutschen Sparer enteignet und die Menschen um ihre Altersversorgung bringt, dann muss man das auch deutlich benennen und sagen: So geht es nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vor diesem Hintergrund, glaube ich, ist es notwendig, deutlich zu machen: 60 Jahre europäische Geschichte, Europäische Union, Europäische Gemeinschaft, das ist eine Geschichte von Licht und Schatten. Aber es ist, meine Damen und Herren, auch wich-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

tig, deutlich zu machen: Das Licht überwiegt, und es macht Sinn, weiter im positiven Sinn für das Projekt Europa zu arbeiten.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon, ich erteile Ihnen jetzt das Wort. Sie haben zwei Minuten.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! „... Europa neu beleben“, wiederbeleben – als Arzt denke ich an Reanimation, aber bei Europa denke ich an eine Neunzigjährige im Altenheim mit Herzstillstand. Da reanimiere ich nicht mehr. Da denke ich eher an die Leichenschau.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Huh! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, nach so viel schwülstiger Europarhetorik muss ich schon einen Gegenakzent setzen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: So etwas macht den Menschen wirklich Mut! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist Optimismus pur!)

Das Europa von Frau Merkel, von Herrn Juncker, von Martin Schulz SPD

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

ist ein trostloses, ein antidemokratisches, ja ein antieuropäisches Unterfangen.

(Unruhe – Zuruf: So wie du! – Heiterkeit)

Garant für Demokratie und für Frieden – da lachen ja die Hühner. Demokratie: Ralf Dahrendorf – ich zitiere ihn nochmals; Herr Rülke, ich sage Ihnen, wenn Ralf Dahrendorf wüsste und sähe, was aus seiner FDP geworden ist, er würde sich im Grab umdrehen –

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So jemand wie Sie, da wäre Ralf Dahrendorf wirklich begeistert! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Dahrendorf würde Ihnen auch etwas zu erzählen haben!)

hat ganz klar gesagt: Die EU würde, wenn sie bei sich selbst den Antrag auf Aufnahme stellen würde, nicht aufgenommen werden können, weil sie zu viele Demokratiedefizite hat. – So viel zum Thema Demokratie.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Was den Frieden anbelangt: Frieden hatten wir so lange in Europa, wie es die EU nicht gab. Es gab die EWG, es gab die EG, und als das Ganze dann transformiert wurde in eine politische Union – die EU mit Maastricht –, da fingen die Kriege an, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Da begann ein Aggressionskrieg, ein völkerrechtswidriger Krieg, in den die EU-Staaten unter amerikanischer Regie voll involviert waren. Da begann die Aggression gegen Serbien, da begann die Annexion des Kosovo – ich spreche nicht von

der Krim, sondern vom Kosovo. Das war die Initialzündung für Annexionen in Europa unter Mithilfe der EU.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): So viel zur Friedenspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, diese EU ist eine alte Kiste, würde man beim Auto sagen. Da lohnt nicht die Reparatur, sondern die fährt man auf den Schrottplatz. Wir brauchen einen Neuanfang, ...

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon, Ihre Redezeit ist beendet. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): ... einen Neuanfang, eine EU – –

(Glocke der Präsidentin)

– Lassen Sie mich doch meinen – –

Präsidentin Muhterem Aras: Ihre Redezeit ist beendet.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Einen Schlusssatz, bitte.

Präsidentin Muhterem Aras: Ihre Redezeit ist beendet!

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Mikro ausschalten!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ja. – Wir brauchen eine EU, in der Demokratie und Frieden lebendige Wirklichkeit sind ...

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon!

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): ... und nicht hohle Phraseologie.

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Ich bitte die Technik, das Mikrofon abzuschalten!

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] verlässt das Rednerpult. – Beifall bei Abgeordneten der AfD – Unruhe)

Meine Damen und Herren, jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Entlassung von Vertretungslehrern und Referendaren in den Sommerferien beenden – Drucksache 16/130

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg konnte in der vergangenen Legislaturperiode einige wesentliche Marksteine zur Umsetzung des Ziels „Gute Arbeit“ umsetzen. Wenn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von guter Arbeit reden, dann wollen wir z. B. eine Entfristung befristeter Arbeitsverhältnisse, dann wollen wir eine auskömmliche Bezahlung, dann wollen wir Perspektiven für die Beschäftigten.

Hier hat das Land eine besondere Vorbildfunktion. Dies war der Hintergrund, warum die alte Landesregierung in den Jahren 2011 bis 2016 allein im Hochschulbereich mehrere Tausend Beschäftigte des Landes fest auf unbefristete Verträge übernommen hat. Eine Baustelle ist allerdings bei Grünen und SPD offen geblieben:

(Abg. Tobias Wald CDU: Nur eine?)

das Problem der Entlassung von Vertretungslehrkräften und Referendaren in den Sommerferien. Das ist uns bewusst. Hier bedarf es einer Änderung.

Zur Erläuterung: Wer in Baden-Württemberg das Referendariat ablegt und im Anschluss als Lehrkraft übernommen wird, wird vor den Sommerferien entlassen und erst nach den Sommerferien wieder eingestellt, obwohl klar ist, dass er oder sie eine Festanstellung hat. Die Person steht damit übrigens dem Arbeitsmarkt natürlich nicht zur Verfügung und muss oft irgendeinen Weg finden, sich in diesen Wochen finanziell über Wasser zu halten. Vergleichbares gilt für Vertretungslehrkräfte mit befristetem Vertrag.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

In der Tat ist es bei allen rechtlichen Abwägungen und Begründungen einem normalen Bürger oder einer Bürgerin auf der Straße kaum zu erklären, dass ein öffentlicher Arbeitgeber mit Beginn der Sommerferien Beschäftigte entlässt, um sie unmittelbar im Anschluss nach sechseinhalb Wochen wieder einzustellen. Dies gilt mit Blick auf die Vertretungslehrkräfte insbesondere dann, wenn ihre Einstellung nicht kurzfristig, sondern beispielsweise bereits länger als neun Monate vor Beginn der Sommerferien erfolgte. Bei dieser Gruppe von Lehrkräften reden wir von einer Größenordnung von 688 allein im letzten Schuljahr. Hiervon hatten übrigens knapp 400 bereits im Schuljahr davor ein befristetes Beschäftigungsverhältnis.

Ähnlich schwierig – nicht nur aus Sicht der GEW – ist die Nichtbeschäftigung von ausgebildeten und übernommenen Referendaren über die Sommerferien zu begründen. Wie wenig Ahnung die Kultusministerin vom tatsächlichen Alltag von Lehrerinnen und Lehrern insbesondere in jungen Jahren hat, zeigt ihre Aussage uns gegenüber, dass es wohl kaum verständlich sei – ich zitiere –, „Beschäftigung mit Urlaub zu beginnen“. Frau Ministerin, haben Sie sich eigentlich einmal mit einem Junglehrer oder einer Junglehrerin unterhalten?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Täglich!)

Ich kann Ihnen sagen, was ich in meinen sogenannten Sommerferien nach dem Referendariat gemacht habe: Unterrichtsvorbereitung, Unterrichtsvorbereitung, Unterrichtsvorbereitung.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig! Sehr richtig! – Abg. Winfried Mack CDU: Das erwartet man von ihnen, wenn sie eine Anstellung auf Lebenszeit anstreben!)

Zu jobben war übrigens auch nicht möglich. Wer nämlich nicht so vorgeht, liebe Kolleginnen und Kollegen auch von der CDU, der säuft in seinem ersten Schuljahr mit vollem Deputat gnadenlos ab. Wie sonst soll eine neue Lehrkraft sofort aus dem Stand heraus 25 Stunden oder mehr in einer Schule unterrichten? Nein, die Lehrkraft muss hier im Gegensatz zu anderen Beschäftigten zwingend in Vorleistung gehen.

Vor diesem Hintergrund wäre es nur recht und billig, wenn das Land eine entsprechende Entschädigung zahlen würde. Es ist Zeit, dies anzugehen. Die SPD hat daher noch zur Zeit ihrer Regierungsbeteiligung – auch im Bewusstsein über diese Gerechtigkeitslücke, auch aus unserer Regierungszeit heraus – in ihrem Wahlprogramm 2016 Folgendes formuliert:

In der aktuellen Lage benötigen wir jede Lehrkraft. Um den Lehrberuf attraktiver zu machen, wollen wir die Lehrkräfte, die durchgängig ein Schuljahr an unseren Schulen unterrichtet haben und für das folgende Schuljahr eine Anschlussbeschäftigung vorweisen können, auch über die Sommerferien beschäftigen. Der Nachwuchs an Lehrkräften liegt uns ebenfalls am Herzen. Deshalb wollen wir Lehramtsreferendare, die ihre Ausbildung erfolgreich vollendet haben und eine Beschäftigungszusage durch das Land Baden-Württemberg vorweisen können, auch über den Zeitraum der Sommerferien bezahlen.

Es ist leider anders gekommen. Mit der Neubesetzung im Kultusministerium ist an die Stelle einer Sensibilität für dieses wichtige Thema im besseren Fall Unwissenheit und im übleren Fall eine – ich muss es leider so nennen – gewisse Arroganz getreten. Nicht anders zumindest haben Lehrkräfte auf die oben zitierte Äußerung der Kultusministerin reagiert.

Frau Ministerin, es geht an dieser Stelle nicht um Urlaub. Es geht um faire Arbeitsbedingungen und faire Löhne.

(Beifall bei der SPD)

Aktuell zeigt sich bundesweit aber auch bereits ein Mangel an Lehrerinnen und Lehrern. Die Konkurrenzsituation führt dazu, dass andere Bundesländer besondere Maßnahmen ergreifen, um Lehrkräfte zu gewinnen. Eine dieser Maßnahmen ist die Bezahlung in den Sommerferien, unter Umständen geregelt durch einen gesonderten Überbrückungsvertrag, um ein Abwandern von Lehrkräften in andere Bundesländer zu verhindern. Wer gewillt ist, hierfür eine Lösung zu finden, der darf sich auch nicht hinter der Aussage verstecken, dies sei rechtlich nicht möglich. Das Gegenteil ist der Fall: Es ist nach unserer Auffassung rechtlich möglich, und die finanzielle Situation lässt dies heute auch zu.

Wir vermissen daher in der Antwort des Landes das Aufzeigen von alternativen rechtlichen Möglichkeiten zur Vergütung in den Sommerferien. Andere Bundesländer wie Hessen und Nordrhein-Westfalen zeigen, dass dies machbar ist. So beschäftigt NRW alle Vertretungslehrkräfte auch über die Sommerferien, wenn diese spätestens zum 1. Februar eingestellt

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

wurden. Hessen verfährt so, wenn zuvor mindestens 39 Wochen lang eine Beschäftigung bestand.

Frau Ministerin, ich wäre Ihnen darüber hinaus dankbar, wenn Sie mit Blick auf den letzten Absatz Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag heute darlegen könnten, welcher weitere Maßnahmenkatalog denn für die Verbesserung des Übergangs in diesen Beruf für Lehrkräfte aufgelegt werden soll. Eine reine Fortbildungsreihe ist hier zu wenig. Welche flankierenden Maßnahmen wollen Sie direkt in den Schulen vorsehen?

Ein Letztes: Eines werden Sie von mir von dieser Stelle aus immer wieder hören: Ich bin der festen Überzeugung, dass die von Grünen und CDU beschlossene Streichung von über 1 000 Lehrerstellen ein großer Fehler ist und zwingend zurückgenommen werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Mit Blick auf unsere heutige Debatte wäre es dann z. B. möglich, die Anzahl der Krankheitsvertretungen deutlich aufzustoßen, um befristete Verträge zu vermeiden. Für einen notwendigerweise darüber hinausgehenden Puffer ist unseres Erachtens die Einführung einer Stichtagsregelung, wie sie etwa in Nordrhein-Westfalen besteht, sinnvoll. Wir erwarten heute von Ihnen, Frau Ministerin, eine rechtliche Darlegung dazu, weshalb in Baden-Württemberg etwas nicht möglich sein soll, was in Hessen und in Nordrhein-Westfalen machbar ist. Es ist Zeit für Veränderung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Daniel Rottmann
AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Je häufiger ich hier vorn Sie von der SPD höre, desto stärker habe ich das Gefühl, dass bei Ihnen eine gewisse „Regierungsdemenz“ auftritt. Ich muss an dieser Stelle Ihrem Gedächtnis noch einmal auf die Sprünge helfen: Sie hatten in den letzten fünf Jahren die Möglichkeit,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir! Oder habt ihr nicht regiert? – Weitere Zurufe von der SPD)

genau da aktiv zu werden. Sie hatten das Kultusministerium; Sie hatten das Finanzministerium.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wenn Sie auf die Erfolge im Hochschulbereich hinweisen, möchte ich auch da einen Hinweis geben, um Ihr Gedächtnis aufzufrischen: Es war eine grüne Wissenschaftsministerin, die diese Entfristungen vorgenommen hat.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das hatte mit den anderen Bereichen nichts zu tun! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!)

– Ich will dies einfach in einen gewissen Kontext setzen. Denn wenn man die Begründung dazu hört, wie das Kultusministerium argumentiert hat,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Da ist aber eine ganz schöne Zerrüttung eingetreten!)

stellt man fest: Die Begründung war dieselbe, die auch Minister Stoch in der letzten Legislaturperiode gebracht hat, nämlich, dass es – –

(Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Liebe Kolleginnen und Kollegen! – Frau Abg. Boser, fahren Sie bitte fort.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Danke, Frau Präsidentin. – Es wird deutlich, dass es rechtlich nicht so einfach ist, die Referendare über die Sommerferien hinweg zu beschäftigen; denn mit Stichtag Ende Juli endet ihr Referendariat,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Es ist nicht einfach, aber möglich!)

und die Übernahme in das Beamtenverhältnis erfolgt erst im September.

Ich möchte noch einen wichtigen Punkt herausstellen: 95 % der Lehrkräfte, die wir im vergangenen Jahr eingestellt haben – es waren 6 600 Einstellungen insgesamt –, wurden in das Beamtenverhältnis übernommen. Das Beamtenverhältnis ist immer noch eine attraktive berufliche Option, die wir den Lehrerinnen und Lehrern in Baden-Württemberg bieten.

(Beifall bei den Grünen)

Ich wäre wirklich froh, wenn wir endlich auch einmal nach außen darstellen würden, was das denn für die Lehrerinnen und Lehrer im Land bedeutet. Es bedeutet ein Anstellungsverhältnis auf Lebenszeit, es bedeutet eine Pension, die sie in der freien Wirtschaft nie erreichen. Sie haben ein gesichertes Einkommen, und sie haben die Möglichkeit, sich in diesem Beruf weiter zu qualifizieren. Es wäre wichtig, endlich einmal das Bild des Lehrers im Blick darauf, was faire Rahmenbedingungen betrifft, nach außen zu verbessern. Denn wir haben tatsächlich das Problem, dass die Lehrerstellen, die wir ausschreiben, nicht vollständig besetzt werden können.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Aber das rechtfertigt doch keine sechswöchige Arbeitslosigkeit!)

Da muss ich der Finanzministerin Edith Sitzmann sehr herzlich danken, weil sie es jetzt geschafft hat – das war in der Vergangenheit nicht möglich –, die Übertragung der Tarifeinigung im öffentlichen Dienst gemeinsam mit dem Beamtenbund auf die Beamten im Land zu übertragen. Wir haben jetzt hier gemeinsam mit den Beamten eine Lösung gefunden, wie die Rahmenbedingungen – von denen sprechen Sie ja auch – verbessert werden können. Diese Landesregierung nimmt die Absenkung der Eingangsbesoldung zurück und erhöht damit die Attraktivität für die Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich will auch darauf hinweisen: Baden-Württemberg bezahlt seine Lehrerinnen und Lehrer deutschlandweit mit am besten. Wir haben hier mit die höchsten Einstiegsgehälter; das Deputat ist vergleichbar mit dem in anderen Ländern. Es wäre wichtig, dass wir dies auch nach außen besser darstellen. Die Diskussionen, die wir über Lehrerinnen und Lehrer in der Ver-

(Sandra Boser)

gangenheit geführt haben, haben sich immer nur darum gedreht, wie schlecht es den Lehrerinnen und Lehrern geht, dass sie beleidigt werden, dass es immer schwieriger wird, den Beruf auszuüben. Da verwundert es nicht, dass sich laut OECD inzwischen gerade einmal 0,8 % der 15-Jährigen im Land vorstellen können, Lehrerin bzw. Lehrer zu werden. Das muss uns doch ins Bewusstsein rufen, dass wir da etwas verändern müssen und endlich einmal darstellen müssen, welche Möglichkeiten und welche Chancen der Beruf des Lehrers hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Auch da ist es nicht hilfreich, wenn ein ehemaliger Fraktionsvorsitzender der SPD Lehrerinnen und Lehrer als Heulsusen bezeichnet.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Das ist unerhört!)

Das ist etwas, was man gerade in solchen Diskussionen natürlich befördert: dass man eben nicht die Möglichkeiten sieht, die der Lehrerberuf bietet, sondern dass der Lehrerberuf in ein schlechtes Licht gerückt wird. Dessen Attraktivität steigern wir damit keinesfalls.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Deswegen ist für uns und die grün-schwarze Landesregierung völlig klar: Wir wollen den Beruf des Lehrers attraktiv gestalten. Dazu helfen die Vereinbarungen mit dem Beamtenbund, dass wir die Besoldung anpassen, dass wir die Kürzung der Eingangsbesoldung zurücknehmen und dass wir uns auch Gedanken darüber machen, wie wir die Haupt- und Werkrealschullehrkräfte weiterqualifizieren. Denn genau da haben wir einen Ansatzpunkt, um Lehrerinnen und Lehrer, die bereits an den Schulen im Land arbeiten, so zu qualifizieren, dass sie eben auch Stellen übernehmen können, die momentan offenstehen.

Deswegen setzen wir auch auf das Weiterqualifizierungsprogramm, das jetzt im Kabinett von Frau Ministerin Eisenmann vorgestellt wurde, und unterstützen das Ministerium dabei, Lehrerinnen und Lehrer zu finden, die genau in diese Weiterqualifizierungsmaßnahmen hineingehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei und Reinhold Gall SPD)

Zu den Vertretungslehrkräften möchte ich eines sagen: Ja, bei den Vertretungslehrkräften besteht Handlungsbedarf.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Also!)

Wir sind absolut offen dafür, für die Vertretungslehrkräfte die feste Krankheitsreserve zu erhöhen. Aber auch da muss ich Sie noch einmal erinnern: Wir haben der SPD schon in der letzten Legislaturperiode diesen Vorschlag bei den Haushaltsberatungen gemacht. Das wurde von der SPD abgelehnt. Auch da herrscht anscheinend wieder Regierungsdemenz.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Röhm das Wort.

(Unruhe)

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir, die CDU-Fraktion, wissen um die wertvolle Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer mit befristeten Verträgen, und deshalb – das sollte auch erwähnt werden – wurden und werden viele von ihnen in den Folgejahren auch dauerhaft eingestellt. Ich glaube, daran müssen wir weiterarbeiten, weil wir viele von ihnen brauchen werden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung, vor allem bei längerfristigen Erkrankungen und Schwangerschaften. Dabei ist natürlich zum Schuljahresende in vielen Fällen völlig unklar, ob eine Weiterbeschäftigung überhaupt erforderlich ist. Deswegen entscheidet das Ministerium – wie es in der Stellungnahme zu dem Antrag steht – bedarfsorientiert und stellt befristete Verträge aus.

Ebenso ist klar – Frau Boser hat dies bereits angesprochen –, dass das Referendariat Ende Juli endet. Im Übrigen halte ich es und halten wir es für durchaus zumutbar – Frau Boser ist auch darauf eingegangen –, so zu verfahren, gerade auch mit Blick darauf, dass nach einer Überbrückung von sechs Wochen die Arbeit in einen Beamtenstatus einmündet, in ein Arbeitsverhältnis mit allen damit einhergehenden Privilegien. Sie sind dargelegt worden.

Die im Antrag der SPD-Fraktion geforderte Bezahlung über die Sommerpause hinweg ist, je nach Ausgestaltung der Verträge, mit Kosten von bis zu 40 Millionen € jährlich verbunden. Mit Blick auf die begrenzten Haushaltsmittel des Landes und die Erblast, die im Kultusministerium hinterlassen wurde –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was für eine Erblast? Alles durchfinanziert!)

Herr Dr. Fulst-Blei würde da von den roten Lehman Brothers sprechen –,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Röhm, ich habe Ihnen das schon widerlegt!)

müssen wir klare Prioritäten setzen. Deswegen kann nicht alles Wünschenswerte umgesetzt werden.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es befremdet uns wieder einmal, dass ausgerechnet die SPD diesen Antrag gestellt hat. Es ist ein Antrag,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ablenkungsmanöver!)

den Sie, lieber Herr Stoch, exakt einen Monat nach der Konstituierung der grün-schwarzen Landesregierung eingebracht haben.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ablenkung!)

Mit diesem Antrag dokumentieren Sie Ihr eigenes Unvermögen als Kultusminister, die gewünschte Bezahlung von Referendaren und Vertretungslehrern umzusetzen.

(Karl-Wilhelm Röhm)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD sowie der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Wenn Sie, liebe Genossen von der SPD – ich zitiere aus der Begründung Ihres Antrags –, sich „unverändert für faire Arbeitsbedingungen und faire Löhne“ einsetzen, darf schon gefragt werden, meine Damen und Herren, was dies eigentlich bedeutet. Das heißt im Grunde genommen gar nichts.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben es doch in Ihrem Regierungsprogramm selbst stehen!)

Wenn Sie die gepriesenen sozialdemokratischen Tugenden der fairen Arbeitsbedingungen und der fairen Löhne nicht einmal in eigener Regierungsverantwortung einlösen konnten,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

obwohl Kultus-, Finanz- und Sozialministerium in Ihrer Hand lagen und die Steuereinnahmen sprudelten,

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

dann frage ich mich: wann dann?

Die beschworenen fairen Arbeitsbedingungen, für die Sie jetzt kämpfen, sehen de facto so aus: In der Ära der SPD wurde die Altersermäßigung um zwei Jahre verschoben; ältere Lehrerinnen und Lehrer wurden damit zusätzlich belastet. Mit der Kürzung des allgemeinen Entlastungskontingents haben Sie engagierte Lehrerinnen und Lehrer demotiviert.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Haben Sie es zurückgenommen? Herr Röhm, nehmen Sie es zurück?)

Und mit der Erhöhung des Umfangs der Absenkung der Eingangsbesoldung auf 8 % haben Sie angehende Lehrerinnen und Lehrer an ihrem Berufswunsch zweifeln lassen, ja, viele von ihnen in andere Berufe gedrängt. Dazu gehören auch die Topabsolventen, die wir heute nicht zur Verfügung haben.

Ganz sozialdemokratisch wertschätzend war auch, dass Ihr ehemaliger Fraktionsvorsitzender – Frau Kollegin Boser hat es bereits angesprochen: „Heulsusen“-Claus – die Lehrerinnen und Lehrer verunglimpft hat.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Ihnen gehen die Argumente aus!)

Meine Damen und Herren, wir, die CDU, schwadronieren nicht über faire Löhne.

(Zuruf von der SPD: Sondern?)

Mit der Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung zum 1. Januar 2018 handeln wir und machen den Lehrerberuf für Junglehrer wieder attraktiv.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Dafür investieren wir 55 Millionen €. Wir in Baden-Württemberg werben um die besten Köpfe für unsere Schulen. Gerade jetzt vor der Phase der Einstellung von Referendaren ist das ein wichtiges und entscheidendes Signal, meine Damen und Herren.

Mit dem Fortbildungskonzept – Frau Boser hat es angesprochen – für Haupt- und Werkrealschullehrer setzen wir jetzt um, wovon Sie, Herr Stoch, als Kultusminister nur gesprochen haben. Wir machen keine leeren Versprechungen. Wir werden den langjährig verdienten Lehrerinnen und Lehrern Aufstiegschancen ermöglichen. Das ist uns immerhin 38 Millionen € für die Qualifizierungsmaßnahmen und in der Folge 42 Millionen € für den Aufstieg nach Besoldungsgruppe A 13 wert.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, Frau Präsidentin. – Das ist echte Wertschätzung und Motivation für engagierte und erfahrene Lehrerinnen und Lehrer – im Gegensatz zur heißen Luft der Genossen.

Fazit: Gute Bildung für Baden-Württemberg, mit Grün-Schwarz geht das besser.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Balzer.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das schöne Wörtchen „wenn“ passt am besten zu diesem Thema. Wenn man viele Bewerber hat und nur wenige Stellen anzubieten hat, dann kann man sich eine niedrige, eine schlechte Bezahlung leisten. Wenn man nur wenige Bewerber hat und einige Stellen zu besetzen hat, dann muss man attraktiv sein. Wenn man in den berühmten MINT-Fächern – also Physiker, Mathematiker, Ingenieure und Informatiker – sucht, dann muss man sehr attraktiv sein. Und wenn man Nachwuchskräfte in einer attraktiven Region sucht – unweit des Rheins, nicht weit von Hessen oder Bayern – oder wenn attraktive Arbeitgeber diese Absolventen ebenfalls suchen, dann muss man auch attraktiv sein.

Natürlich kann man sich als Politiker damit brüsten, dass die sechswöchige Nichtzahlung einer Besoldung für junge Lehrkräfte nach dem Ende des Referendariats vor der Übernahme in den Schuldienst im Landeshaushalt positiv und sparsam wirkt – überhaupt, wenn man selbst nicht betroffen ist. Natürlich wird wegen dieser sechs Wochen niemand umkommen oder den Beruf an den Nagel hängen – so sagt mancher.

Vorgestern habe ich mit einer jungen Lehrerin gesprochen. Ihr sind die sechs Wochen gar nicht so richtig aufgefallen. Sie ist verheiratet, ihr Mann verdient gut, und das Haus ist auch schon da. Natürlich sieht das, wenn der Referendar in der Innenstadt eine kleine Wohnung gemietet hat oder die Eltern weniger zuschießen, ganz anders aus.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Man kann sich auch was ansparen!)

– Das kann man auch tun. Richtig und verantwortungsbewusst wird dieses Modell dadurch aber auch nicht, Herr Röhm.

Bei den Teilzeitverträgen für Vertretungslehrer gilt dies sinngemäß auch. Jedes Unternehmen bezahlt den notwendigen Erholungsurlaub. Aber das Land tut so, als bestünde ein Jahr aus elf Monaten, und bezahlt die Vertretungslehrer in den Ferien

(Dr. Rainer Balzer)

nicht. Mit der Fürsorgepflicht des Vorgesetzten und unserer Sozialfürsorge hat das eigentlich nichts zu tun.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, diese Regelung ist mehr als indis-kutabel und auch nicht zukunftsfähig. Die Anzahl der Refe-rendare ist niedrig, in manchen Bereichen zu niedrig. Richti-gerweise hat die Landesregierung immerhin die Eingangsbe-soldung wieder auf ein vernünftiges Niveau gehoben, sodass gute Nachwuchskräfte auch ernsthaft gewonnen werden kö-nnen. Wir sprachen hier mal von einer Bestenauslese. Darüber kann man unter diesen Bedingungen nur schmunzeln. – Zu meiner Zeit waren diese Regelungen übrigens nicht in Kraft.

Meine Damen und Herren, aufgrund der späten Sommerferi-en sind wir in Baden-Württemberg in einer besonderen Situ-ation. Einheitlich den 1. August als Einstellungsdatum vorzu-sehen und auch Entlassungen zum 31. Juli vorzunehmen wä-re das Sinnvollste – am besten in ganz Deutschland. Dann kä-men die neuen Junglehrer nicht in den unwürdigen Zustand, sich zu Anfang der Sommerferien arbeitslos melden zu müs-sen. Normalerweise müssten sie dem Arbeitsamt, dem Job-center zur Verfügung stehen, und sie dürften auch keine Feri-en machen, also nicht verreisen. Dies ist eine eigenartige Re-gelung. Die Entlastung des Landeshaushalts erfolgt damit qua-si auch nur in einer Umverteilung. Hartz IV oder Arbeitslo-sengeld – je nach beruflicher Vorsituation – bezahlt ja schließ-lich der Bund.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Ein Griff in die Sozialkas-sen!)

Meine Damen und Herren, wir wollen doch die besten Vor-aussetzungen für die jungen Lehrer zum Anfang ihrer Berufs-tätigkeit. Sie sollen mit Kraft und Begeisterung in ihr erstes Jahr in der Anstellung hineinkommen.

Dasselbe gilt auch für die Vertretungslehrkräfte. Diese Tätig-keit ist mangelausgleichend und damit kräftezehrend und ner-vig. Der Arbeitgeber hat auch hier seiner Fürsorgepflicht nach-zukommen und diese Lehrkräfte auch über die Sommermo-nate im Anstellungsverhältnis zu belassen.

Selbstverständlich muss sich das Kultusministerium vorbe-halten, Vertretungslehrkräfte nach Bedarf einzustellen. Doch wenn laut Stellungnahme des Ministeriums 400 Lehrkräfte über mehrere Schuljahre lediglich befristet eingestellt wur-den, ist dies für mich ein Zeichen mangelhafter Planung.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Dieser Zustand ist unglaublich und sollte schnellstmöglich be-endet werden.

Eine gewisse Verwunderung hat bei mir die Begründung her-vorgerufen, für eine Beschäftigung in den Sommerferien be-stehe kein Rechtsgrund.

Ich darf zitieren:

Eine Beschäftigung ohne einen solchen Rechtsgrund wür-de zu unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen führen,

wodurch das Prinzip der Bestenauslese bei der Einstel-lung durchbrochen wäre.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Gründe für die Einstellung sind doch neben der Bestenausle-se die verschiedenen Bedarfe in unterschiedlichen Fächern und vor allem die Konkurrenzsituation zu anderen Bundes-ländern und die Konkurrenzsituation zu anderen Arbeitgebern. Wenn das Land unattraktiv agiert, dann werden sich gute Leu-te sehr schnell nach anderen Arbeitgebern umschaun.

Glücklicherweise gibt es ja noch Bewerber, die Lehrer sein wollen. Deshalb sollten wir gute Bedingungen bieten und die Leute nicht deutlich schlechter stellen als deren Studienkol-legen, die inzwischen bei Daimler oder bei SAP tätig sind. Statt der Bestenauslese hätten wir dann eine Negativauslese nach dem Motto: Wer in der Industrie nichts Gescheites be-kommt, geht zum Staat.

Meine Damen und Herren, es ist offensichtlich, dass das nie-mand von uns haben möchte. Hier ist dringend Abhilfe zu schaffen. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kol-leginnen und Kollegen! Als ich den heute vorliegenden An-trag der Fraktion der SPD sah, überlegte ich mir zunächst, ob ich mich jetzt eher freuen oder doch eher ein bisschen verär-gert sein sollte. Eines jedenfalls ist unstrittig: Die Entlassung der Referendare und Vertretungslehrer in die Arbeitslosigkeit zu Beginn der Sommerferien ist ein unwürdiger Zustand, den jede Landesregierung schnellstmöglich beseitigen sollte, lie-be Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Ärgerlich am Antrag der SPD-Fraktion ist aber, dass die So-zialdemokraten in ihrer Regierungszeit keinerlei Verbesserun-gen in dieser Angelegenheit vorgenommen haben, und das trotz vollmundiger Versprechungen und entsprechender Be-schlüsse.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Mehrfach habe ich im Namen der FDP/DVP-Landtagsfrakti-on in der vergangenen Legislaturperiode beantragt, den Miss-stand der erzwungenen sechswöchigen Arbeitslosigkeit für Referendare zu beseitigen. Ich verweise auf die Landtags-drucksachen 15/25, 15/5433 und 16/79. Einmal kassierte die grün-rote Regierungsmehrheit einen unserer Anträge mit ei-nem eigenen Antrag. Dieser war zwar unverbindlicher als das Original der FDP/DVP, aber immerhin wurde so die Absicht beschlossen, etwas für die Referendare zu unternehmen. Ge-schehen ist aber nichts.

Immerhin räumt die SPD in ihrem Antrag ihr Versäumnis ein; mit dem Koalitionspartner sei das nicht zu machen gewesen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

(Dr. Timm Kern)

Es ist der SPD durchaus abzunehmen, dass die Grünen bei dieser Frage im Bremserhäuschen saßen; denn sie tun das schließlich auch noch heute.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Allerdings stellte damals die SPD den Kultusminister. Da muss man schon sagen: Bei entsprechendem Willen hätten Sie dies auch gegenüber den Grünen durchsetzen können.

Nachdem nun Rot durch Schwarz an der Spitze des Kultusministeriums ausgetauscht wurde, ist eine Frage entscheidend: Wie stark ist der Wille der CDU, für die Referendare und Vertretungslehrer und gegen die Grünen in der Koalition zu kämpfen?

(Zuruf: Ja!)

Deshalb frage ich Sie, Frau Kultusministerin: Welche Priorität auf einer Skala von 1 bis 10 besitzen bei Ihnen die Referendare, und welche Priorität haben die befristet angestellten Vertretungslehrkräfte? Frau Ministerin, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir diese konkrete Frage beantworten könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Meine ersten Versuche, herauszufinden, wie es um den Kampfesmut der CDU bestellt ist, brachten bisher leider sehr ernüchternde Ergebnisse. Einen Antrag zur Beseitigung der sechswöchigen Arbeitslosigkeit bei Referendaren lehnte auch die nunmehr grün-schwarze Regierungsmehrheit ab, und auch ein Versuch, das Problem der Entlassung von befristet angestellten Lehrerinnen und Lehrern im Falle einer Folgebeschäftigung im kommenden Schuljahr anzugehen, war vergebens.

Vielleicht lag es an unserem Gegenfinanzierungsvorschlag, dass unser Antrag abgelehnt wurde, nämlich dass auf die 100 zusätzlichen Stellen in den Ministerien, die mit der Regierungsneubildung geschaffen wurden, hätte verzichtet werden sollen. Da die Grünen im Wesentlichen in ihren Ämtern blieben und die CDU auf Mitarbeiter aus ihrer langjährigen Regierungszeit bis 2011 zurückgreifen konnte, konnten wir Freien Demokraten die Notwendigkeit für die Neustellen nicht erkennen. Leider verschloss sich Grün-Schwarz auch diesem Vorstoß. Dabei hätte mit den frei werdenden Mitteln ein Einstieg in die Beseitigung des unwürdigen Zustands unternommen werden können.

Um dem Lehrermangel entgegenzuwirken, geht die Kultusministerin mittlerweile auf pensionierte Lehrer zu bzw. bietet Lehrern kurz vor der Pensionierung die Weiterbeschäftigung an. Die FDP/DVP-Fraktion unterstützt diese Maßnahme ausdrücklich,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Danke!)

auch wenn wir skeptisch sind, ob diese Maßnahme ausreicht.

Vielmehr brauchen wir nach unserer Auffassung ein ganzes Maßnahmenbündel zur besseren Gewinnung von Lehrkräften. Nach dem Willen der FDP sollte angehenden Lehrern deutlich früher als bisher eine Einstellungszusage gegeben werden. Die Schulen sollten außerdem mehr Eigenverantwortung

bei der Lehrerauswahl und ein eigenes Personalbudget erhalten.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Vor allem aber müssten die Arbeitsbedingungen für Lehrer dringend verbessert werden. Eine sechswöchige Arbeitslosigkeit bei Referendaren und bei Vertretungslehrern sowie eine um bis zu 8 % abgesenkte Eingangsbesoldung bei angehenden Beamten tragen überhaupt nicht dazu bei,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deshalb haben wir es ja geändert!)

dem Lehrerberuf die entsprechende Attraktivität zu verleihen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir Freien Demokraten fordern die Kultusministerin nachdrücklich auf, mehr Mut zur Kreativität bei der Lehrgewinnung, aber auch mehr Mut zur Auseinandersetzung mit dem grünen Koalitionspartner erkennen zu lassen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Dr. Eisenmann.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir über dieses Thema diskutieren können. Es ist ein wichtiges Thema. Deshalb ist es, wie ich meine, auch richtig, dass wir dies mit kontinuierlicher Wiederholung in unterschiedlichen Verantwortungen regelmäßig jedes Jahr aufs Neue tun. Ich stelle mich daher auch gern Ihren Fragen und Anregungen.

Die SPD-Fraktion hat diese Debatte beantragt. Herr Fulst-Blei, Sie haben durchaus selbstkritisch eingeräumt, dass dieses Thema in der letzten Legislaturperiode, als die SPD den Finanzminister, die Sozialministerin und den Kultusminister gestellt hat, offensichtlich nicht ganz so weit oben auf der Prioritätenliste stand. Dass man aber einen Monat, nachdem man nicht mehr in der Verantwortung ist, festgestellt hat, da gebe es Nachholbedarf, zeigt: Es ist nie zu spät, um klüger zu werden. Frau Boser, Sie haben dies, wenn ich Sie richtig zitiere, „Regierungsdemenz“ genannt. Das halte ich für eine nicht ganz fehlerhafte Bezeichnung. Ich muss schon sagen: Respekt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das finde ich unverschämt! Unverschämt ist das!)

Sie haben auch manch anderes vergessen.

Ich bin der grün-schwarzen Koalition ausgesprochen dankbar, dass sie die Rücknahme der achtprozentigen Absenkung der Eingangsbesoldung endlich realisiert hat.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Das ist ein Konzept für Junglehrerinnen und Junglehrer, ein ganz zentrales und wichtiges Signal.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Herr Kern, zunächst zu Ihrer Frage nach der Priorität, mit der ich mich um Junglehrerinnen und Junglehrer kümmere: mit sehr hoher Priorität. Deshalb ist dieses Signal ganz wichtig. Das betrifft übrigens alle Junglehrerinnen und Junglehrer. Deshalb freue ich mich über dieses ganz zentrale Signal, über das sich im Übrigen die Junglehrer auch sehr freuen – so meine Gespräche mit den Junglehrern; heute spricht ja jeder von seinen Kontakten zu Junglehrern. Ich empfehle dauerhafte Kontakte zu Lehrerinnen und Lehrern. Das hilft weiter. Die Junglehrer freuen sich über die Entscheidung der grün-schwarzen Koalition.

Das Problem ist insgesamt bekannt. Deshalb werde ich auf die inhaltlichen Fragestellungen auch konkret eingehen. Zum einen möchte ich auf das Thema Vertretungslehrkräfte eingehen. Denn es handelt sich hier um zwei Teile, die man auch einzeln betrachten muss.

Die Vertretungslehrerinnen und Vertretungslehrer brauchen wir im Rahmen einer Flexibilität. Wir brauchen Flexibilität, wie das in einem Unternehmen auch der Fall ist. Der Anteil der Vertretungslehrerinnen und Vertretungslehrer ist sehr gering. Ich brauche diesen Bestand aber. Tatsächlich brauche ich dies – das wurde von mehreren Vorrednerinnen und Vorrednern angesprochen – eher mit noch höherer Flexibilität, weil während eines Schuljahrs – das beginnt nicht zwingend mit dem ersten Schultag und endet nicht mit dem letzten Schultag; das sind sehr unterschiedliche Vertragskonstellationen – die Frage von Krankheitsvertretungen, von Mutterschaftsvertretungen zu klären ist. All diese Themen lösen aus, dass ich eine gewisse Flexibilität brauche, um kurzfristig auf längere zeitliche Ausfälle reagieren zu können.

Das sind Zeitverträge; das ist richtig. Es sind rechtlich befristete Verträge. Deshalb ist es etwas, was auch nicht dauerhaft finanziert werden kann. Daher bleiben wir bei unserer Haltung in puncto Flexibilität der Lehrkräfte. Wie gesagt: Nicht einmal 3 % unserer Lehrerinnen und Lehrer sind in befristeten Arbeitsverhältnissen. Das wurde schon angesprochen. Wir legen Wert auf Verbeamtung, wir bieten diese an. Wie Frau Boser und Herr Röhm auch sagten, ist dies nach wie vor ein hoher Mehrwert für junge Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb sind bei knapp 3 % aller Lehrkräfte befristete Arbeitsverhältnisse vorhanden – wobei im Übrigen auch pensionierte Lehrkräfte in dieser Zahl enthalten sind. Das heißt, die Zahl derer, für die Sie werben, ist noch wesentlich geringer als bisher von Ihnen dargestellt.

Natürlich ist es auch so, dass der Vertretungsbedarf – deshalb sind es befristete Verträge – schwankt. Er ist abhängig von der Situation, die ich habe, und deshalb ist für uns dieser Spielraum auch ganz entscheidend.

Im Übrigen – auch das ist mir sehr wichtig – haben die Vertretungslehrkräfte ebenso wie Lehramtsbewerberinnen und Lehramtsbewerber die Möglichkeit, sich im Rahmen unterschiedlicher Einstellungsverfahren um eine Einstellung im öffentlichen Schuldienst zu bewerben. Da gibt es unterschiedliche Vorgehensweisen. Diese Möglichkeit können sie gern wahrnehmen. Dazu ermutigen wir sie dann auch. – Also, es bestehen vielfältige Möglichkeiten, aus diesem Bereich herauszukommen.

Aber Vertretungslehrer – ich sagte es eben – ist nicht gleich Vertretungslehrer. Es sind durchaus auch viele Kolleginnen

und Kollegen dabei, die dies im Pensionsalter machen und für die eine dauerhafte Beschäftigung keine Option ist.

Wenn ich im letzten Jahr die durchgehende Zahlung über die Sommerferien hinweg finanziert hätte – das ist ja ein Teil der Forderung –, hätte dies Kosten in Höhe von 12,5 Millionen € ausgelöst – nur für die dauerhafte Beschäftigung der Vertretungslehrkräfte über die Sommerferien hinweg.

Die zweite Fallgruppe sind die Referendarinnen und Referendare. Die mehrfach erhobene Forderung – diese wiederholt sich seit vielen Jahren –, den Vorbereitungsdienst für Referendare über die Sommerferienzeit hinaus zu verlängern, hat verschiedene Komponenten. Wenn ich die Option wähle, die die logischste wäre, würde es wie folgt aussehen – sehr geehrter Herr Balzer, Sie und auch andere haben es angesprochen –: Es sind keine Entlassungen im rechtlichen Sinn, sondern der Vertrag eines Referendars – wir wollen schon genau sein: „Entlassung“ hört sich viel brutaler an, ist aber halt nicht die Realität – endet am 31. Juli. Das neue Vertragsverhältnis beginnt mit Unterrichtsbeginn. Das ergibt zusammen sechs Wochen. So sieht die Realität aus. Das ist keine Entlassung, sondern ist die Beendigung eines Arbeitsverhältnisses gemäß Vertrag und der Beginn eines neuen Arbeitsvertrags. Das ergibt eine Lücke von rund sechs Wochen.

Wenn Sie die Diskussion ernsthaft führen, muss ich Sie darauf aufmerksam machen, dass dies übrigens auch für Volljuristen oder Vermessungsingenieure gilt, die einen vergleichbaren Vorbereitungsdienst durchlaufen. Das habe ich in der Diskussion jetzt noch gar nie gehört.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Das heißt, die Gruppe derer ist deutlich größer, die dann im Zweifel auch einen Anspruch hätten. Ich will Sie nur, wenn Sie hier argumentieren, darauf aufmerksam machen, dass es in diesem Zusammenhang noch weitere Gruppen gibt.

Wenn wir, wie es manche vorschlagen, sagen würden: „Wir enden am 31. Juli mit dem Referendariatsdienst gemäß Vertrag, und am 1. August beginnt das neue Arbeitsverhältnis, und zwar nicht mit Unterrichtsbeginn, sondern zunächst mit sechs Wochen unterrichtsfreier Zeit“, würde dies einen finanziellen Mehraufwand von rund 27 Millionen € nur für die Referendarinnen und Referendare bedeuten – Bezahlung über die Sommerferien hinweg. Das ergibt bei beiden Personengruppen zusammen – nur damit wir über die richtigen Zahlen sprechen –, Vertretungslehrerinnen und -lehrer sowie Referendarinnen und Referendare, knapp 40 Millionen € jährlich – nur damit wir auch einmal über die richtigen Summen sprechen.

Natürlich ist das auch eine haushaltspolitische Komponente. So ehrlich muss man sein. Nur muss man sich halt auch im Klaren sein, dass die Vertragsgrundlagen so sind und dass dies nicht völlig unzumutbar ist. Es ist nicht so, dass man das vorher nicht weiß. Das sind Verträge, die man unterschreibt. Auch da sei mir der Hinweis gestattet: Wir haben auch andere Berufsanfängerinnen und -anfänger. Nehmen Sie einen Studenten, der fertig studiert hat, der keine Unterstützungsleistung mehr bekommt, der vielleicht erst in sechs oder acht Wochen im Arbeitsverhältnis beginnt. Wer zahlt denn diese Zeit?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Auch das sollte man einmal in einer Gesamtschau darstellen. Deshalb bitte ich schon darum – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Kern?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Deshalb bitte ich schon darum – –

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Ja oder nein?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Ja, wenn ich zuerst den Satz zu Ende sprechen darf, Herr Präsident.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Gut.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Deshalb bitte ich schon darum, dass es eine Gesamtschau auf das Thema gibt.

– Jetzt, bitte.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Dr. Kern, bitte.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Ministerin, herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Man kann natürlich so rechnen wie Sie und die Zahlen entsprechend hoch berechnen. Aber ich glaube, den Betroffenen geht es nicht darum, das Maximale zu haben, sondern Fakt ist: Sie verdienen rein gar nichts. Meine Frage: Es gibt in anderen Bundesländern Lösungen, die nicht so teuer sind, wie Sie sie gerade hochgerechnet haben. Wäre es nicht denkbar, solche Lösungen auch hier für die Betroffenen zu wählen?

Meine zweite Frage: Sie haben den Vergleich zu Angehörigen anderer Berufsgruppen gezogen, die in dieser Zeit auch nichts verdienen. Geben Sie mir aber vielleicht recht, dass man als angehender Lehrer nach abgeschlossenem Referendariat nicht erst am ersten Tag an einer Schule anfangen kann, sich auf den Unterricht vorzubereiten, wenn man sieben, acht oder neun Klassen unterrichten muss, sondern sich bereits in den sechs Wochen vorher, gerade als Berufsanfänger, entsprechend vorbereiten muss? Das machen diese Lehrer ohne jegliche Bezahlung. Der Staat, das Land erwarten zu Recht, dass sich diese Kolleginnen und Kollegen in den Sommerferien entsprechend vorbereiten. Was sagen Sie dazu?

(Zurufe von der CDU)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Herr Kern, vielen Dank. – Ja, es gilt auch für andere Berufsgruppen. Ich glaube, dass auch Berufseinsteiger in anderen Berufsgruppen eine gewisse Vorbereitungszeit haben. Einen Unterschied gibt es aber zu Junglehrerinnen und Junglehrern: Diese sind dann in einem stabilen Beamtenverhältnis, das wir ihnen anbieten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: So ist es!)

Sie haben eine Perspektive, die wir auch kontinuierlich verbessern. Daran arbeiten wir, Stichwort: Perspektiven für Haupt- und Werkrealschullehrkräfte. Das ist, glaube ich, in der letz-

ten Legislaturperiode vergessen worden – zumindest in der Umsetzung, nicht in der Ankündigung. Das sind natürlich Perspektiven, die wir bieten. Die Grundlage für eine Vergleichbarkeit zu anderen, die in einem Beamtenverhältnis stehen, ist im Hinblick auf das Thema Vorbereitungsdienst gegeben. Deshalb halte ich es tatsächlich auch für zumutbar; das will ich ausdrücklich sagen. Die Zahlen berechnen sich so.

Haushaltspolitik wird dann halt zur Realität. Wenn ich das Arbeitsverhältnis am 1. August beginnen lassen würde, wären es – rein für die Referendare – Ausgaben von rund 27 Millionen €. So sieht dann eben die Realität aus. Die kann ich mir dann auch nicht schönrechnen. Wenn man dies will, muss man es tun. Das hat dann aber auch entsprechende Kosten zur Folge.

Ich glaube, wir bieten unseren Junglehrerinnen und Junglehrern sehr, sehr gute Perspektiven. Wir arbeiten daran, dass sie weiter verbessert werden. Deshalb glaube ich, dass es tatsächlich inhaltlich zumutbar ist; das möchte ich hier ausdrücklich sagen. Neben der haushaltspolitischen Komponente ist es für mich auch ein inhaltliches Vorgehen, bei dem ich sagen kann: Dies kann man begründen; dies kann man darstellen.

Deshalb werden wir aus den genannten Gründen weiter so verfahren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Es gibt noch eine weitere Zwischenfrage.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Ist es eine anknüpfende?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Dr. Bullinger, bitte.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Ministerin, ich schätze Sie sehr aufgrund Ihrer oft sehr praxisorientierten, spontanen und guten Entscheidungen, ...

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Danke.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: ... auch in dieser kurzen Zeit. Deshalb habe ich eine Frage. Man sollte einmal überlegen: Die Referendare sind, wenn ich es richtig weiß, Beamte auf Widerruf. Sie sind nicht nach A 12 oder A 13 besoldet, sondern verdienen in ihrer Ausbildung einen Betrag zwischen 1 200, 1 500 oder 1 800 €.

(Zurufe von der CDU)

Die Frage ist, ob es nicht von Anfang an möglich wäre, Beamtschaft auf Widerruf bis zum Schulbeginn vorzusehen. Dann besteht auch die Pflicht, rechtzeitig und früher zu sagen, wo sie hinkommen. Dann stellt die unterrichtsfreie Zeit eben keinen Urlaub mehr dar. Sie ist Arbeitsvorbereitung, um dann von heute auf morgen acht, zwölf oder 20 Stunden unterrichten zu können. Ich denke, das wäre ein Kompromiss.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Dr. Bullinger, wir wollen dadurch nicht die Redezeiten verlängern, sondern Sie haben eine Frage gestellt, und Frau Ministerin Dr. Eisenmann antwortet jetzt.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich versuche die Frage auch immer zu umschreiben, damit man darauf gut antworten kann, Herr Präsident.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Damit es auch die Frau Ministerin versteht!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Ministerin Dr. Eisenmann antwortet jetzt.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Vielen Dank. Ich habe die Frage verstanden.

(Heiterkeit)

Ich habe davon gesprochen, dass wir ab dem 1. August das Arbeitsverhältnis beginnen lassen.

Sie sprechen jetzt die Frage an, das Referendariat bis zum Arbeitsbeginn zu verlängern; so habe ich Sie verstanden. Ich glaube, das ist insgesamt richtig. Ein Referendariatsgehalt beläuft sich auf rund 1 200 €. Es hängt von gewissen Faktoren ab, ist aber in dieser Größenordnung.

(Zurufe)

Bei einer Verlängerung des Referendariats gibt es folgendes Problem: Es kann nicht mit sechs Wochen Nichtunterricht und Nichtarbeit enden – da sind nämlich Sommerferien –, sondern man muss diese Zeit mit Inhalt füllen. Das ist aber aufgrund der Sommerferien nicht möglich. Denn da sind weder Lehrerinnen und Lehrer da, noch sind Schulen verfügbar, und die Seminare haben dementsprechend ebenfalls Pause. Das heißt, Sie finden gar keinen Lehrinhalt, den Sie begründet sechs Wochen länger hinziehen können. Auch das ist die Realität.

Es geht schlicht und einfach darum, die Sommerferienzeit in irgendeiner Form zu vergüten. Das ist das Anliegen von Teilen dieses Hauses. Dafür gibt es verschiedene Vorgehensweisen. Wenn ich das Referendariat verlängern und einfach sechs Wochen länger bezahlen würde, ohne inhaltlich etwas machen zu können, bewegten wir uns auch in einem Bereich von 14 Millionen € bis 15 Millionen €. Daran, dass ich die Zahlen genau benenne, sehen Sie schon: Wir haben uns damit befasst. Ich verstehe auch die Diskussion; sie kommt jedes Jahr wieder. Aber wir werden auch in diesem Jahr und in den nächsten Jahren an dem bisher festgelegten Verfahren festhalten, das es seit Jahrzehnten in Baden-Württemberg gibt. Daran werden wir nichts ändern.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Zusatzfrage des Abg. Dr. Balzer? – Herr Abg. Dr. Balzer, bitte.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Danke, dass ich die Frage stellen darf. – Frau Ministerin, ich schätze Ihre Antworten auch sehr und möchte Ihnen nicht mit kleinkarierten Fragen auf den

Wecker gehen. Aber jetzt habe ich doch eine Anmerkung oder eine Frage: Viele Referendare, die aus dem Referendariat herausgehen, melden sich dann arbeitslos oder bekommen in dieser Zeit Hartz IV. Das heißt, eigentlich müsste man die Bundesmittel und die Landesmittel gegenrechnen. Ist das mal gemacht worden, oder gibt es dieses Denkmodell gar nicht?

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Gegenruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Die haben alle was? – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Danke!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Ministerin, bitte.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Nein, das haben wir insgesamt nicht gegengerechnet, weil es viele Modelle gibt, wie damit umgegangen wird. Der eine spart etwas an, der andere macht vielleicht Backpacking, was weiß ich. Wegen der Individualität der Generation kann man nicht sagen, wie die Zeit genutzt wird. Deshalb haben wir das auch nicht gegengerechnet. – Ich könnte noch stehen bleiben.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Frau Ministerin, vorab: Ich wollte nur eine Zwischenfrage an Sie stellen. Ich hatte um eine Bewertung der rechtlichen Konstruktion in Hessen und Nordrhein-Westfalen gebeten. Die Antwort sind Sie schuldig geblieben. Wir werden sie per Antrag nachholen.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann: Das machen wir schriftlich!)

Frau Kollegin Boser, Regierungsdemenz: Nein, wir haben nicht vergessen, dass die Grünen blockiert haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben Sie es verziehen? – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Wir haben nicht vergessen, dass es Ministerpräsident Winfried Kretschmann war, der 11 600 Lehrerstellen abbauen wollte.

(Beifall bei der SPD)

Und wir haben nicht vergessen, dass es die SPD war, die das verhindert hat. Vor allem haben wir auch nicht vergessen, dass wir da in der Tat gemeinsam einen Missstand zu verzeichnen haben.

Kollege Kern, der Missstand bestand übrigens auch schon in der schwarz-gelben Regierungszeit. Deswegen haben wir das Thema heute angesprochen. Übrigens: Die geistige Leistungsfähigkeit auf dieser Seite des Hauses ist sogar so groß, dass wir verstanden haben, dass Sie zu dem Thema überhaupt nicht Stellung genommen haben.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Herr Röhm, der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist vielleicht,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ganz groß!)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

dass wir das Ziel haben, unsere Wahlversprechen auch umzusetzen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Die Rücknahme – das kann ich Ihnen sogar belegen – der Kürzung der Eingangsbesoldung ist richtig. Das hatten wir alle hier im Haus in unseren Wahlprogrammen drin.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann würdigen Sie es doch heute einmal!)

– Wir haben es sogar per Presse gewürdigt. – CDU und Grüne haben heute allerdings gegen ihre eigenen Wahlversprechen gesprochen.

Zur Erinnerung zitiere ich aus dem CDU-Wahlprogramm, Seite 34:

Wir werden ... die Beschäftigungsverhältnisse unserer Lehrerinnen und Lehrer so anlegen, dass sich niemand in den Sommerferien arbeitslos melden muss, ...

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Muss er auch nicht!)

Dagegen hat heute auch die Kultusministerin gesprochen.

Wahlprogramm der Grünen 2016, Seite 104 – Kollegin Boser, zum Nachlesen –:

Die Personen, die mit befristeten Verträgen über Schuljahre hinweg als Vertretungslehrkräfte arbeiten, sollen sich über die Sommerferien nicht arbeitslos melden müssen.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Was habe ich dazu gesagt?)

Was wir heute erlebt haben, ist offensichtlich eine akute Wahlversprechendemenz – nicht nur bei der Kultusministerin, sondern auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen.

Ich verspreche Ihnen: Wir werden an dem Thema dranbleiben.

(Zuruf von der CDU: Wir auch!)

Wir haben hier eine gemeinsame Baustelle. Sie von der Regierung werden liefern müssen.

Danke.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort hat Frau Abg. Martin.

Abg. Claudia Martin (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte AfD-Fraktion!

(Zuruf: Ui!)

Mehr als 8 000 Lehrer wurden im vergangenen Juli arbeitslos. Viele von ihnen hatten nicht einmal Anspruch auf Arbeits-

losengeld. Was blieb, ist Hartz IV – wenn man denn die Voraussetzungen dafür erfüllt.

Ministerpräsident Kretschmann sagte im vergangenen Sommer, dass das Geld zum Weiterführen der Arbeitsverträge über die Sommerferien im Haushalt nicht vorgesehen sei, und gab den Ball an die Gewerkschaften weiter. Aber ist es nicht Aufgabe einer Regierung, die Bildungslandschaft zu stärken?

Einst war Baden-Württemberg Spitzenreiter – Bildungsland Baden-Württemberg –, bis dann der Schock kam: Die IQB-Studie bestätigte, dass Baden-Württemberg in vielen Punkten abgesunken war. Verwunderlich? Nein. Während man am freien Markt alles dafür tut, um Fachkräfte zu finden und zu binden, wird hier mit angehenden Lehrern und Vertretungskräften umgesprungen, als wären sie Spielfiguren. Es ist kaum verwunderlich, wenn Lehrer aus Baden-Württemberg in andere Bundesländer oder sogar in die Schweiz abwandern. Baden-Württemberg ist immer noch Spitzenreiter, aber nicht mehr beim Thema Bildung, sondern wenn es um das Thema „Saisonarbeitslosigkeit bei Lehrern“ geht.

Dass schon die grün-rote Landesregierung versprochen hatte, hier etwas zu ändern, und es nicht geschafft hat, wurde schon angesprochen. Auch sie hat sich hinter dem angeblich fehlenden Geld versteckt. Doch wo ist Geld sinnvoller investiert als in die Zukunft der Kinder und damit in die Zukunft unseres Landes? Die Unternehmen im Land suchen dringend junge und gut ausgebildete Schüler. Die erhalten wir nicht nur durch qualifizierte, sondern vor allem auch durch hoch motivierte Lehrer.

Darum fordere ich die Regierung und hier insbesondere die CDU auf, sich an ihr Wahlversprechen zu halten. Ich zitiere es noch einmal:

Wir werden ... die Beschäftigungsverhältnisse unserer Lehrerinnen und Lehrer so anlegen, dass sich niemand in den Sommerferien arbeitslos melden muss, ...

Danke.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/130. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – (Partiell) Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Stuttgart–Singen–Zürich (Gäubahn) und Einstufung des Vorhabens im Entwurf für den Bundesverkehrswegeplan 2030 – Drucksache 16/137 (Geänderte Fassung)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Aussprache fünf Minuten je Fraktion. Die antragstellenden Fraktionen sind übereingekommen, die Begründung des Antrags in ihre Ausführungen zu integrieren.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich dem Kollegen Renkonen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE unterhält sich an der Regierungsbank mit Staatssekretärin Dr. Gisela Splett.)

– Ich bitte die Kollegen, die Gespräche mit der Regierung führen, das draußen vorzunehmen. Herr Kollege Dr. Rösler! Führen Sie diese Gespräche bitte außerhalb des Plenarsaals.

Herr Abg. Renkonen.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das Beispiel Gäubahn von Stuttgart nach Zürich zeigt, wie dringend notwendig ein gut ausgebauter, grenzüberschreitender Bahnverkehr innerhalb von Europa ist. Denn steigende CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich, tägliche, kilometerlange Staus und die Verlärmung vieler Städte verlangen nach neuen Lösungen.

Diese sehen wir Grüne vordringlich im weiteren Ausbau eines modernen, kundenfreundlichen Schienenverkehrs in Europa. Wer vom Klimaschutz spricht, muss in die Schiene investieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Thomas Dörflinger CDU)

Hiervon sind wir auf der Gäubahn leider noch ein großes Stück entfernt. Die Züge sind zu langsam, der Fuhrpark ist größtenteils veraltet und der Taktverkehr ist stark verbesserungsbedürftig.

Glücklicherweise existiert inzwischen ein Interimskonzept, das für die Fahrgäste ab Dezember dieses Jahres viele Verbesserungen mit sich bringt. Durch 15 zusätzliche ICE-Zugpaare am Tag entsteht zwischen 5 und 22 Uhr immerhin ein durchgehender Stundentakt auf der Strecke. Dazu werden Fahrscheine des Nahverkehrs künftig auch im Fernverkehr anerkannt, und statt Museumswagen rollen bald neue Doppelstockwagen durch das Gäu. Dies ist nicht nur ein Verdienst unseres Verkehrsministers Winfried Hermann, sondern auch der vielen Gäubahnanner mit meinem Kollegen aus dem Landtag, Herrn Wolf, an der Spitze. Ihnen allen danken wir für ihren beharrlichen Einsatz für die Gäubahn. Es hat sich gelohnt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Doch wie soll es künftig auf der Strecke zwischen Stuttgart und Zürich weitergehen? Das Interimskonzept reicht unserer Meinung nach nicht aus. Wir benötigen stattdessen einen zweigleisigen Ausbau auf der gesamten Strecke mit neuen Neigetechnikzügen. Nur so können wir die Gesamt Reisezeiten spürbar – nämlich um über eine halbe Stunde auf bestenfalls zwei Stunden und 15 Minuten von Zürich nach Stuttgart – senken. Was woanders in Europa möglich ist, muss auch bei uns möglich sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir Grünen fordern daher die Deutsche Bahn AG auf, ihre ideologischen Bedenken gegen moderne Neigetechnikzüge aufzugeben.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Richtig!)

Machen Sie die Gäubahn wieder flott!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Gäubahn darf nicht zu einer Bummelstrecke verkommen. Sie muss zu einer modernen und leistungsfähigen Bahnstrecke werden, die den Güter- und Autoverkehr deutlich reduzieren kann. Das funktioniert nur mit einem Ausbau der Strecke sowie mit einem international kompatiblen Zugbeeinflussungssystem. Es wird also allerhöchste Zeit, dass auch die Bahn das Zeitalter der Digitalisierung entdeckt und die Strecke mit dem Europäischen Zugbeeinflussungssystem ausstattet. Denn die Bahn hat, wie Sie wissen, das falsche Zugbeeinflussungssystem in ihre Fahrzeuge eingebaut – mit allen Nachteilen für die Pendlerinnen und Pendler. Mit einem anderen Zugbeeinflussungssystem könnte der zeitraubende Umstieg für Fahrgäste in Singen dauerhaft entfallen. Denn ein reibungsloser Bahnverkehr darf nicht an den Ländergrenzen haltmachen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Unsere Fraktion dankt der Bundesregierung ausdrücklich für die Aufnahme der Gäubahn in den Bundesverkehrswegeplan 2030.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Tolle Nachricht!)

Das war auch ein Bohren dicker Bretter, muss ich ehrlich sagen. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht ist: Weitere wichtige Schienenprojekte in Baden-Württemberg wie die Bodenseegürtelbahn und die Hochrheinbahn nach Basel wurden nicht in den Bundesverkehrswegeplan 2030 aufgenommen.

(Abg. Anton Baron AfD: Große Wendlinger Kurve!)

Das ist eine verkehrspolitische Bankrotterklärung von Herrn Dobrindt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Wollten die Gemeinden vor Ort das, Herr Kollege?)

Wir fragen uns nur: Wie will Herr Dobrindt seine klimapolitischen Ziele im Verkehrssektor auf Bundesebene erreichen, wo doch der CO₂-Ausstoß allein durch den Kraftfahrzeugverkehr um 4 Millionen t bundesweit gestiegen ist? Insofern, meine Damen und Herren, wird es höchste Eisenbahn,

(Zuruf des Abg. Willi Stächele CDU)

dass die Weichen für den Ausbau des Bahnverkehrs in Deutschland endlich – man höre – auf Grün gestellt werden, und zwar nicht nur bei der Gäubahn.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion er-
teile ich das Wort dem Kollegen Schreiner.

(Zuruf von der CDU: Wie der Schreiner kann's kei-
ner!)

Abg. Felix Schreiner CDU: So ist es.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Der Kollege heißt Schrei-
ner, er ist kein Schreiner.

(Abg. Winfried Mack CDU: Und kein Schneider!)

Abg. Felix Schreiner CDU: Und trotzdem kann es so gut kei-
ner. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele
mögen unter dem Begriff „Gäubahn“ eine romantische Vor-
stellung von einer Märchenbahn durch dunkle Wälder und Tä-
ler haben, aber der Begriff täuscht. Die Gäubahn gehört zu
den wichtigsten Schienen- und Bahnverbindungen, die wir in
Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen
– Abg. Willi Stächele CDU: Sehr richtig!)

Es ist eine internationale Verbindung zwischen Stuttgart und
Zürich. Für Baden-Württemberg bedeutet das ganz konkret:
Sie verbindet die Landeshauptstadt mit dem Bodenseeraum
und weiter mit dem Zentrum der Schweiz. Wir wissen: Für
die Schweiz ist Baden-Württemberg der wichtigste Handels-
partner, und deshalb steckt vor allem eines hinter der Gäu-
bahn, nämlich eine große Chance für unser Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und
der FDP/DVP – Abg. Winfried Mack CDU: Bravo!)

Ich selbst nutze die Gäubahn regelmäßig und kenne deshalb
auch alle Tücken, die damit zusammenhängen, wenn ich ver-
suche, in den Landtag zu kommen.

Vor über 20 Jahren wurde die Vereinbarung von Lugano un-
terzeichnet, die vorsieht, die Strecken auszubauen und zu be-
schleunigen. Die Wahrheit ist aber: Die Schweiz hat ihre
Hausaufgaben erledigt, während Deutschland noch hinterher-
hinkt. Wir müssen endlich auch unseren Teil dieser Vereinba-
rung erfüllen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Aber das tun wir. Die Gäubahn ist im Vordringlichen Bedarf
des Bundesverkehrswegeplans 2030, der von Kritikern oft so
beschrieben wird, als wäre das eine Straßenbauorgie. 41 %
der Mittel fließen in die Schiene.

(Abg. Winfried Mack CDU: Hört, hört!)

Das ist so viel Investition wie noch nie. Das ist ein Erfolg –
vielen Dank, Herr Kollege Renkonen – der CDU-geführten
Bundesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Ab-
geordneten der Grünen)

Mit einem Gesamtvolumen von rund 270 Milliarden € wird
so viel wie nie investiert. – Lieber Herr Kollege Rivoir, wir
sind im Bund ja noch in einer Koalition; daher sollten auch
Sie sich über die gemeinsamen Erfolge freuen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Wolfgang Drexler SPD:
Früher hätten wir das machen müssen!)

Der Ausbau ist nicht nur im Vordringlichen Bedarf – – Ja, das
ist eben der Unterschied zu früher: Auf einmal steht auch ei-
ne konkrete Zahl dabei. Mit 550 Millionen € konkreter finan-
zieller Untermauerung, die in den Bundesverkehrswegeplan
aufgenommen werden, haben wir zum ersten Mal eine klare
Finanzierungsperspektive für den Ausbau der Gäubahn.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: 2010 hätten wir das
machen müssen!)

Dieser Erfolg war mit einem harten Stück Arbeit verbunden.
Was den Beschlussteil des Antrags betrifft, der uns heute vor-
liegt, ist Ziffer 1 des Abschnitts II dadurch sicherlich erledigt;
wir können diese Ziffer heute für erledigt erklären. Ich möch-
te allen danken, die sich hierfür eingesetzt haben.

Gleichzeitig möchte ich betonen, dass dies für die CDU-Land-
tagsfraktion ein Herzensthema war und ist und dass wir in den
letzten Jahren in Berlin auch sehr hartnäckig hierfür gekämpft
haben. Wir waren als gesamte Fraktion beim Bundesverkehrs-
minister und haben für die Gäubahn gekämpft. Unser Frakti-
onsvorsitzender Wolfgang Reinhart hat ebenfalls in vielen Ge-
sprächen dafür gekämpft, ebenso wie Herr Justizminister Gui-
do Wolf, der Vorsitzender des Interessenverbands Gäubahn
ist. Ich möchte an dieser Stelle diesem Interessenverband dan-
ken. Denn dies ist ein Verband, der für ein Projekt kämpft. Das
ist heutzutage auch nicht immer selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Bravo!
Richtig! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, gestatten
Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Berg?

Abg. Felix Schreiner CDU: Wenn es hilft.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nein!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Berg, bitte.

Abg. Lars Patrick Berg AfD: Vielen Dank, Herr Kollege
Schreiner. – Ich habe zwei Fragen.

Meine erste Frage: Teilen auch Sie die Bedenken des Koll-
egen Renkonen, der sagte, dass bei der Bahn ideologische Vor-
behalte hinsichtlich des Zugbeeinflussungssystems bestehen?

Meine zweite Frage: Könnten Sie kurz darstellen, wie diese
500 Millionen € denn finanziert werden? Gibt es da unter-
schiedliche Finanzierungsquellen? Das würde mich sehr in-
teressieren.

Abg. Felix Schreiner CDU: Lieber Herr Kollege Berg, es wä-
re besser gewesen, wenn ich meine Rede bis zum Schluss hät-
te halten können. Ich gehe ohnehin noch auf die Themen Fi-
nanzierung und Neigetechnik ein; Sie werden also meine Ant-
worten hierzu noch hören.

Was Ihre Frage zur Ideologie betrifft, so teile ich die zugrun-
de liegende Auffassung nicht, finde aber schon, dass auch die
Bahn in der Verantwortung ist, endlich eine Beschleunigung
dieses Projekts herbeizuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Felix Schreiner)

Wir möchten also das Erreichte umsetzen. Hierfür brauchen wir erstens so schnell wie möglich eine Finanzierungsvereinbarung, die sozusagen den Startschuss für den Ausbau darstellt. Ziel muss sein, dass wir eine Vereinbarung für das Gesamtprojekt so, wie es jetzt in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wurde, abschließen.

Zum Zweiten müssen wir auch die ungeklärte Frage beantworten, was den Einsatz der notwendigen Neigetechnikfahrzeuge angeht. Die Deutsche Bahn steht dieser Technik sehr kritisch gegenüber, da sowohl die Beschaffung als auch die Wartung der Fahrzeuge teurer ist. In Gesprächen kam jedoch deutlich heraus, dass nur mit der Neigetechnik die wichtige Beschleunigung erreicht werden kann.

Dem steht als Alternative der – weitaus teurere; wir reden von der Summe von 1 Milliarde € – Ausbau gegenüber. Ich glaube, dass dies nicht das Ziel sein kann. Deshalb müssen wir hier mit der DB Fernverkehr Gespräche führen, um sie davon zu überzeugen, die Neigetechnik einzusetzen. Ich sage aber auch ganz klar: Wir müssen daneben Alternativen dazu prüfen, welche Unternehmen tatsächlich die Leistung auf der Strecke erbringen können.

Ja, die Politik hat entschieden: Der Ausbau der Gäubahn kommt. Deshalb muss es jetzt schnell gehen. Sie sehen, es gibt noch einige Herausforderungen, bis Neigetechnikzüge tatsächlich auf der Gäubahn rollen werden. In diesem Sinn möchte ich aber noch einmal allen Beteiligten danken.

Wir haben eine Riesenchance. Baden-Württemberg und die Schweiz können noch näher zusammenrücken. Stuttgart mit 600 000 Einwohnern und Zürich mit 400 000 Einwohnern können ihre Beziehungen noch intensivieren. Dies gilt entsprechend für alle Menschen, die entlang der Gäubahntrasse leben; und es gilt gerade auch für die Menschen in meinem Wahlkreis, für die Menschen am Hochrhein und im Südschwarzwald. Diese Menschen haben, wenn wir die Beschleunigung endlich hinbekommen, eine echte Chance, noch näher an die Landeshauptstadt heranzurücken. Deshalb: Packen wir es an! Wir, die CDU-Fraktion, werden weiter dafür kämpfen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe jetzt sehr viel gehört, worum wir im Fall der Gäubahn alles kämpfen müssen.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Wir haben gekämpft!)

Ich mache darauf aufmerksam, dass wir hier einen Vertrag zwischen dem Bund und der Schweiz haben, der 21 Jahre alt ist und den zu erfüllen das Bundesverkehrsministerium nicht bereit ist, weil wir seit vielen Jahren in diesem Mangelhaushalt eben nicht genügend Mittel für den Ausbau der Infrastruktur zur Verfügung stellen, es sei denn, unser Verkehrsminister, Herr Hermann, hat zum Abschluss hier noch eine Überraschung, dass er vielleicht noch ein Geschenk für die Gäubahn dabei hat, dass noch Mittel aus Berlin zur Verfügung gestellt werden können.

Wir leben ja in Zeiten von Wundern. Die SPD hat am Wochenende ihr Wunder erlebt; ihr ist der Messias erschienen. Vielleicht gibt es ja auch Mittel aus Berlin für den weiteren zügigen Ausbau der Gäubahn.

(Beifall bei der AfD)

Diese Nichterfüllung von Verträgen ist in den letzten Jahren leider zur Gewohnheit geworden, speziell was die Bundesregierung betrifft. Ob es europäische Rahmenvereinbarungen oder Verkehrsvereinbarungen sind: Sie zeichnet sich nicht durch das Einhalten von geschlossenen Abkommen aus.

Das heißt, unsere Politik, die gesamte Politik ist auf Gedeih und Verderb dem Wachstum unterworfen. Wir müssen Wachstum generieren. Und wenn wir nicht in der Lage sind, unsere Infrastruktur mitwachsen zu lassen, dann werden wir das Fiasco erleben, das wir in kleinen Teilen jeden Morgen rings um Stuttgart und auf dem Weg nach Stuttgart bereits erleben können. Das wird sich in die Region hinein fortsetzen.

Wir können auch nicht weiter junge Menschen aus den Regionen zwischen Stuttgart und Singen in die Stadt ziehen lassen. Wir müssen Attraktivität vor Ort erhalten, und wir müssen sie in der Form erhalten, dass sich die Mobilität verbessert, dass es schnellere Verbindungen gibt und der letzte Zug von Rottweil nach Stuttgart eben nicht um 21:07 Uhr abfährt, sondern dass einfach rund um die Uhr Verbindungen vom Land, von der Region hier nach Stuttgart bestehen.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Das ist ein ganz entscheidender Faktor. Wichtig ist also nicht nur die Stundentaktung, die wir zum Jahresende erreichen werden, sondern auch, dass wir die Zeiten entsprechend gestalten können, dass die Region rund um die Uhr mit der Metropole verbunden werden kann.

Zur Neigetechnik, zur Geschwindigkeit. Wir haben hier einen Geschwindigkeitsrausch entwickelt, was die Fahrzeit nach Zürich angeht. Zwei Stunden und 15 Minuten von Lugano – das können Sie Herrn Dobrindt mitteilen – sind mit der bestehenden Technik, die es am Markt gibt, nicht erreichbar.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Es gibt neue Techniken am Markt!)

– Die Neigetechnik wird von der Schweiz nicht reinvestiert, von Italien nicht reinvestiert. Wenn wir Neigetechnik beschaffen wollen – es gibt europaweit nur noch einen Anbieter –, dann müssen wir in Forschung und Entwicklung investieren. Unbezahlbar!

(Beifall bei der AfD)

Also verabschieden Sie sich von der Neigetechnik, und schauen Sie, dass Sie für die Menschen in der Region vernünftige Bedingungen, behindertengerechte Bahnsteige, Zugänge, eine höhere Taktung schaffen und die Regionen von Singen bis Stuttgart vernünftig an die Fernverkehrsstrecken anbinden. Ich bin gespannt, was uns Herr Hermann erklären kann, was wir für 160 Millionen € bekommen oder was wir für 550 Millionen € bekommen. Die haben wir übrigens nicht von Berlin bekommen, sondern die wurden aus EU-Töpfen durchgereicht –

(Bernd Gögel)

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

nur einmal zur Richtigestellung. Der Auftrag an unseren Verkehrsminister ist also ganz klar: Warum versuchen Sie nicht einfach einmal, eine Klage in Berlin einzureichen oder gegen Berlin die Vertragserfüllung einzuklagen? Das wäre eigentlich der notwendige, entscheidende Schritt, der jetzt gegangen werden muss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Rivoir das Wort.

Abg. Martin Rivoir SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bedeutung der Gäubahn – das haben wir jetzt in den bisherigen Beiträgen gehört – ist unstrittig. Sie gehört neben der Rheintalbahn, der Strecke Mannheim–Stuttgart–Ulm und der Südbahn zu den großen Schienenmagistralen in unserem Bundesland. Sie stellt die direkte Schienenverbindung der Wirtschaftsräume Stuttgart und Zürich dar mit der Verlängerung durch den neuen Gotthard-Tunnel Richtung Norditalien und – das ist mir besonders wichtig – auf der anderen Seite, Richtung Norden, über die Murr- und die Remsbahn Richtung Nürnberg

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

und weiter nach Berlin. Diese Verlängerung nach Norden wird insbesondere mit der Inbetriebnahme der Neubaustrecke Nürnberg–Erfurt–Leipzig–Berlin Ende dieses Jahres eine ganz neue Bedeutung bekommen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Abg. Winfried Mack CDU: Sehr richtig!)

Wir sollten deshalb die Gäubahn immer auch als Teil dieser Schienenmagistrale innerhalb Deutschlands sehen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU, der AfD und der FDP/DVP)

Deswegen treten wir – das wird ja überall gefordert – auch dafür ein, dass die IC-Verkehre, die aus Zürich oder Karlsruhe über Stuttgart fahren, über die Rems- und die Murrbahn nach Nürnberg weitergeführt werden,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Winfried Mack CDU: Die Rems- und die Jagstbahn, Herr Kollege!)

damit dann auch diese Verbindung Richtung Norden dargestellt wird.

Der Ausbau der Gäubahn ist eine alte Forderung hier in Baden-Württemberg. Das ist eine unendliche Geschichte. Im Prinzip hat sie schon begonnen, nachdem das zweite Gleis Ende des Zweiten Weltkriegs abgebaut wurde.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Nichts mit Dobrindt!)

Hier wurde jetzt auch schon mehrfach erwähnt: Der Vertrag von Lugano wurde schon vor über 20 Jahren geschlossen. Er stellt fest, dass wir zwischen Zürich und Stuttgart eine Fahrzeit von zwei Stunden und 15 Minuten erreichen sollen. Das ist noch in weiter Ferne. Auch deswegen begrüßen wir in der Tat, dass die Gäubahn nun in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen worden ist.

Der Erfolg hat viele Väter und viele Mütter. Wir alle waren unterwegs.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir waren zehnmal in Berlin!)

Auch wir waren in Berlin unterwegs.

(Zurufe der Abg. Winfried Mack und Felix Schreiner CDU)

Herr Kollege Schreiner hat ja darauf hingewiesen, dass in Berlin die CDU nicht allein regiert, sondern mit der SPD eine Koalition bildet und auch der Bundesverkehrswegeplan gemeinsam auf den Weg gebracht und so verabschiedet worden ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber auf eines will ich auch hinweisen: Nach der Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan ist eben immer noch deutlich vor der Umsetzung dieses Projekts.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Wir brauchen natürlich auch einen Partner, der dieses Projekt umsetzt. Das wird dann die Deutsche Bahn machen. Da will ich auch einmal dem Kollegen Renkonen sagen: Die Deutsche Bahn ist in dieser Frage und in vielen anderen Fragen ein Partner. Es ist auch immer die Frage, wie man auch hier in diesem Haus mit einem Partner Deutsche Bahn umgeht, ob man ein Bahn-Bashing betreibt, wie Sie es gerade gemacht haben, oder kritische Dinge anspricht,

(Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

aber trotzdem auf Augenhöhe mit diesem Partner vernünftig redet und schaut, dass die Probleme, die beim Bau vorhanden sind, künftig gemeinsam und vernünftig gelöst werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Das macht ihr aber auch nicht immer!)

Meine Damen und Herren, es stellen sich natürlich verschiedene Fragen. Der Herr Minister kann dazu vielleicht auch noch Auskunft geben. Es geht um die Frage des Planfeststellungsverfahrens, das dann ja auch in der Hand unserer eigenen Verwaltung ist. Wann wird dies an den einzelnen Abschnitten entsprechend festgestellt sein? Wann ist mit einem Baubeginn zu rechnen? Wann sind die Maßnahmen fertiggestellt? All diese Fragen müssen jetzt vorab geklärt werden, bevor die Bagger rollen können und dieser Ausbau entsprechend vorgenommen wird.

Hier wurde auch schon angesprochen – insofern hat man es als Vierter in der Reihe immer schwer, noch etwas Neues zu finden; ich will es aber für uns doch noch einmal sagen –: Es geht auch um die Frage, wie das Betriebskonzept auf diesem

(Martin Rivoir)

ausgebauten Streckenabschnitt zwischen Stuttgart und Zürich aussieht. Es geht um die Frage, wie es dann weitergeht.

Das Interimskonzept wurde schon angesprochen. Wie soll dies zukünftig gestaltet werden? Welche Folgen sind auch nach der Inbetriebnahme von Stuttgart 21 und des Flughafenbahnhofs zu erwarten? Wie wird der Fern- und Regionalverkehr dann auf der Gäubahn aussehen?

Natürlich geht es auch um das Thema Neigetechnik. Es wurde hier angesprochen. Nach realistischer Einschätzung werden mit dem Ausbau, der jetzt für die Gäubahn geplant ist, die im Vertrag festgeschriebenen zwei Stunden und 15 Minuten nur mit der Neigetechnik zu realisieren sein.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Die Neigetechnik ist auch nicht jedermanns Sache. Man fährt da zum Teil auch sehr unkommod. Insofern muss man schauen, wie diese Züge dort in Zukunft fahren können. Also: Wir sind der Meinung, dass die Landesregierung mit uns allen zusammen dann auch bei der Vorstellung und der Realisierung dieses Betriebskonzepts auf der ausgebauten Gäubahn genauso viel Druck Richtung Bund und Bahn ausüben muss wie jetzt bei der Realisierung.

Meine Damen und Herren – ich komme zum Ende –, Sie können sicher sein, dass die SPD auch dann, wenn es um diese Ausgestaltung geht, auf allen politischen Ebenen mit dafür kämpfen wird, dass hier eine vernünftige Lösung gefunden wird.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Keck.

(Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Vielen Dank. – Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Rivoir, was soll ich da als Fünfter im Bunde sagen?

(Abg. Martin Rivoir SPD: Schicksalsgemeinschaft!
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Man kann es verstärken!)

Es wird sich sicherlich einiges wiederholen. Ein paar Punkte habe ich doch, die ich neu beitragen kann und die vielleicht noch nicht bekannt sind.

Was sind schon fünf Minuten im Vergleich mit 70 Jahren Nichtausbau der Gäubahn? So lange lässt der Ausbau schon auf sich warten. Es wird höchste Zeit. Vielleicht liegt es auch daran, dass tatsächlich der Name „Gäubahn“ assoziiert, es ginge um ein kleines Bimmelbähnchen,

(Abg. Gabi Rolland SPD: Das stimmt! Ja!)

das über die Schwäbische Alb oder durch den Schwarzwald tuckert. Vielleicht ist das mit ein Grund. Also: Wenn die Strecke ertüchtigt ist, sollten wir uns dringend einen anderen Namen, eine neue Bezeichnung

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Innovationslinie!)

für diese wichtige Strecke im Herzen von Europa überlegen – Herr Rivoir hat es angedeutet, alle anderen Vorredner nicht. Wir können nicht nur von der Verbindung Baden-Württemberg–Schweiz reden, sondern müssen sogar von der europäischen Hauptstrecke reden, die vom Norden bis tief nach Italien, in den Süden, führt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Martin Rivoir SPD)

Deswegen sollten wir auch dringend in die Puschen kommen und das Ganze beginnen und angehen.

(Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Die Dringlichkeit wurde schon angesprochen. Das Projekt wurde jetzt in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen. Man versucht händeringend, den 1996 geschlossenen Vertrag von Lugano zu erfüllen – im Übrigen auf den letzten Drücker.

Die Schweizer Seite – auch das wurde schon angesprochen – hat ihre Hausaufgaben – auch dieses Wort ist schon gefallen – tatsächlich gemacht. Die Schweizer stehen mit den Gleisen, mit den Bahnhöfen, die sie gerichtet haben, an der Grenze parat. Im Übrigen wurden diese oftmals mit deutschen Bautrupps hergerichtet und ertüchtigt. Mit dem Durchstich des Gotthard-Basistunnels wurde vonseiten der Schweiz das letzte Häkchen gesetzt.

Im Übrigen wird von der Schweiz auch signalisiert: Wir sind jetzt auf dem letzten Drücker. „Auch wir, die Schweizer“ – ich spreche jetzt für die Schweizer –, „haben die Möglichkeit, in den Norden von Deutschland zu kommen, über die Rheinschiene oder über die Münchner Schiene oder am Ende gar über die A 81 – was wir nicht unbedingt wollen – oder sogar von Zürich mit dem Flugzeug nach Stuttgart; das ist ganz bequem und günstig zu erreichen.“

Das Verkehrsministerium hat jetzt ein Gutachten zu Kosten in Höhe von 318 000 € erstellen lassen. Ich will es einmal so sagen: Im Vergleich zum Helmutgutachten war das ein Schnäppchen. Dieses Gutachten besagt, dass man zur Erfüllung eines dieser Punkte – die Fahrzeit um 20 Minuten zu verkürzen – auf die Neigetechnik setzt. Ob pneumatisch oder elektrisch, ist eigentlich egal. Aber die Neigetechnik ist ein totes Pferd. Bekanntermaßen sollte man auf einem toten Pferd nicht reiten. Das sind einfach Dinge, die die Welt nicht braucht.

Dies gilt vor allem deswegen, weil die Schweiz zur Erfüllung des Vertrags von Lugano gar nicht auf die Fahrzeit von zwei Stunden und 15 Minuten pocht. Jeder – das wurde heute auch schon angesprochen –, der aus dem Süden, vom Bodensee, von Singen aus mit der Gäubahn fährt, braucht das gar nicht. Es ist unerheblich, ob derjenige fünf Minuten früher ankommt oder fünf Minuten länger braucht.

Die Schweizer Bahn – die kennen wir auch alle – ist angenehm. Man kann darin ordentlich sitzen. Sie hat ein zwar gebrauchtes, aber ordentliches Zugmaterial. Mit der Schweizer Bahn ist man in zwei Stunden hier. Mit Tuttlingen, Rottweil, Horb und Böblingen gibt es vier Destinationen. Wenn da die Vernetzung mit dem normalen ÖPNV entsprechend funktio-

(Jürgen Keck)

niert, wenn die Taktung stimmt, dann braucht kein Mensch die Neigetechnik, sondern eine einfache, gescheite Verbindung. Dann kommt man ordentlich und bequem hierher mit einem Zug, bei dem auch die Durchsage stimmt – auch in englischer Sprache –, bei dem man die Durchsage auch versteht

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

und in dem man ordentlich sitzt – nicht wie in den RE-Zügen, in denen man in der Holzklasse sitzt, was man dementsprechend nicht als bequeme Zugreise bezeichnen kann.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut! – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Wir brauchen einen doppelgleisigen Ausbau – auch das wurde schon angesprochen –, Doppelspurinseln, einen Lärmschutz für die Betroffenen und selbstverständlich einen finanziellen Ausgleich für die Anrainer. Wir brauchen zudem – das wurde angesprochen – gute Destinationen, sprich ordentliche Bahnhöfe, eine gute Anbindung an den Regionalverkehr und modernes Zugmaterial. Dieses Beispiel habe ich bereits genannt.

Auch die angedachte Interimslösung, bis Dezember 2017 mit IC-Doppelstockzügen zu fahren, erscheint uns zukunftssträftig. Es könnte also aus unserer Sicht nicht nur eine Interimslösung, sondern eine Lösung an sich sein, weil die Züge, auch der Schweizer Zug, ständig überfüllt sind. Doppelstockzüge mit einer entsprechenden Ausstattung würden also schon einiges helfen.

Noch eine ganz herzliche Bitte oder Aufforderung: Lassen Sie uns in Südbaden nicht wieder abgehängt sein! Auch wir gehören zu Baden-Württemberg.

Im Übrigen würden mehr Menschen den Zug nutzen – gerade die Strecke vom Süden hoch nach Stuttgart –, statt mit dem Pkw zu fahren. Glauben Sie mir, Herr Verkehrsminister: Auch dies würde deutlich zur Reduktion von Feinstaub und sonstigen Emissionen sorgen.

Steigen Sie ab von dem toten Pferd der Neigetechnik! Es verwest schon.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hermann.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beiträge der Redner in dieser Debatte haben, glaube ich, erneut gezeigt: Der Ausbau der Gäubahn – wir nennen sie doch lieber „internationale Ausbaustrecke Stuttgart–Zürich“; mein Vorschlag wäre, es zukünftig so zu machen –

(Zuruf: Magistrale! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

ist nötig, er ist sinnvoll, und er ist vor allem überfällig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der AfD und der FDP/DVP sowie des Abg. Gernot Gruber SPD – Abg. Emil Sänze AfD: Überfällig ist gut!)

Der Landtag von Baden-Württemberg, aber auch die Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg wie auch die Anrainergemeinden und die jeweiligen Landkreise kämpfen seit gut 20 Jahren für dieses Ausbauprojekt.

(Abg. Emil Sänze AfD: Was heißt 20? 40!)

Das ist auch gut so. Nur fragt man sich: Warum ist das bis heute noch nicht realisiert worden? Woran liegt das?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das stimmt!)

Wenn man sich einen Rückblick erlaubt, kann man feststellen, dass wir schon in den Neunzigerjahren die ersten Verbesserungsversuche mit dem Cisalpino hatten. Dann hat die Deutsche Bahn einen ICE-T mit Neigetechnik entwickelt, der angepasst war für diese Tälerbahnen, die es in Baden-Württemberg, aber auch in anderen Bundesländern gibt, als Angebot, auf historischen Strecken schneller fahren zu können.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das war das Ziel. Das war gleichzeitig aber auch ein Stück weit das Problem.

Damals wurde die Strecke übrigens schneller bewältigt als heute. Die Fahrzeit betrug damals deutlich weniger als drei Stunden, während sie heute etwa drei Stunden beträgt.

Was war das Problem? Die Technologie hat immer wieder Schwierigkeiten gemacht, nicht richtig funktioniert und ist deswegen z. B. von der Deutschen Bahn nicht mehr eingesetzt oder abgestellt worden, weil es zu viele Störungen gab. Das war der eine Grund.

Der andere Grund war, dass die Deutsche Bahn – das kann ich aus meiner langjährigen Zeit im Bundestag berichten – dieses Projekt nie gemocht hat, weil es aus deren Sicht ein nicht sehr bedeutsames Projekt war. Es gab immer wieder den Widerspruch, dass die Politik gesagt hat: „Wir wollen das“, während die Bahn gesagt hat: „Aber wir finden es nicht so wichtig.“

Ich kann mich erinnern: Es gab Zeiten, in denen man den Eindruck haben konnte, dass der Bahn-Tower in Berlin eine Art neues Wallfahrtszentrum wird. Denn es sind quasi ständig Delegationen aus Baden-Württemberg angereist, um bei Herrn Mehdorn, seinem Amtsvorgänger und seinem Amtsnachfolger immer wieder um diese Strecke zu werben.

(Abg. Emil Sänze AfD: Das glaube ich!)

Es ist dann immer mal wieder gelungen, dafür auch bei der Bahn Unterstützer zu finden und eine Zusage zu erhalten.

Aber es ist bis zum heutigen Tag nicht umgesetzt worden. Das ist sehr ärgerlich. Wir haben alles tun müssen, damit dieses Projekt wieder in den Vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans aufgenommen wird.

Herr Keck hat gerade noch mal das Gutachten angesprochen. Da war ziemlich viel Halbwissen dabei. Hätten wir, das Land, dieses Gutachten nicht erstellen lassen, das eine Aussage darüber trifft, was man tun muss, um auf eine bestimmte Beschleunigung zu kommen, und wie die Neigetechnik dabei hilft, hätten wir nicht einen Kosten-Nutzen-Faktor erreicht,

(Minister Winfried Herrmann)

der zu einer Aufnahme des Projekts in den Vordringlichen Bedarf geführt hat. Denn der Bund hat die Neigetechnik nicht in die Prüfung einbezogen, und deswegen wäre das Projekt herausgefallen. Das war das Problem. Der Bund wollte es nicht machen, aber wir haben es gemacht.

Insofern war es bestens investiertes Geld in ein gutes Gutachten. Ich warne davor, dass man die Vergabe von Gutachten immer beschimpft. Behörden und Politik brauchen Gutachterwissen von außen, sonst handeln sie laienhaft, und das wollen wir doch nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Weil es ein so langwieriges Projekt ist, haben wir, das Land, mit der Deutschen Bahn einen Zehnjahresvertrag, einen sogenannten Interimsvertrag für ein Interimskonzept, abgeschlossen. Was bedeutet das? Das ist ja bei einigen noch nicht ganz angekommen. Das bedeutet erstens, dass die Bahn ab Herbst bzw. ab Dezember dieses Jahres hier auf dieser Strecke zuerst die neuesten IC-Züge, die Doppelstockzüge – also die neue Generation –, einsetzt. Das bedeutet zweitens, dass in einem Stundentakt gefahren wird. Es wird einen langsameren Zug geben, der etwas länger als drei Stunden braucht, der mehr Haltepunkte hat, und es wird einen schnelleren Zug mit etwas weniger Haltepunkten geben. Es sind aber alle größeren Gemeinden entlang der Strecke angebunden. So hat z. B. Böblingen jetzt endlich wieder einen Intercityhalt.

Da das Land dieses Projekt unterstützt, gehört zu dem Interimskonzept übrigens auch, dass in diesen Fernverkehrszügen Nahverkehrsfahrscheine gelten. Das ist wirklich etwas ganz Besonderes.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Das war aber dringend notwendig. Hätten wir das nicht gemacht, wäre das Zugangebot nach den Plänen der Deutschen Bahn noch schlechter geworden. Übrigens wäre auch der Nahverkehr gefährdet gewesen.

Deswegen glaube ich, dass es ein guter Vertrag ist, der hilft. Wir haben ihn aber ganz klar als Interimsvertrag bezeichnet, weil dieser Vertrag von der Annahme ausgeht, dass der Ausbau noch nicht vollzogen ist. Wir wollen aber weiterhin ganz klar, dass die Strecke wenigstens partiell zweigleisig ausgebaut wird. Das ist das Minimalziel.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Zu diesem Ausbauziel gehört, dass wir schneller von Stuttgart nach Zürich kommen.

Zum Thema Fahrplan muss ich sagen: Es bringt relativ wenig, viel Geld zu investieren, um die Fahrzeit vielleicht um fünf oder zehn Minuten zu verkürzen.

(Abg. Felix Schreiner CDU: So ist es!)

Denn entscheidend ist, dass Sie den Halbstundentaktknoten in Zürich erreichen. Deswegen hilft eine kleine Verkürzung gar nicht viel. Vielmehr müsste man einen größeren Schritt machen. Wir gehen davon aus, dass wir etwa 20 Minuten ge-

winnen müssen, damit wir einen Anbindungsvorteil in Zürich haben. Das muss das Ziel sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Deutsche Bahn hat dieses Konzept noch nicht. Vielmehr will die Deutsche Bahn – einige haben das auch angesprochen – die Neigetechnik aufgrund der Erfahrungen nicht mehr einsetzen. Das kann man nachvollziehen. Ich will aber einmal eines sagen: Bei einer Technologie, die in den Achtziger- und den Neunzigerjahren nicht funktioniert hat, kann man nicht auf ewig sagen, dass diese nie funktioniert.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: So ist es!)

Es sind in den letzten zehn, 20 Jahren so viele neue Technologien entwickelt worden, auch gerade digitale Technologien, dass es in Deutschland doch möglich sein muss, einen Zug fahren zu lassen, der sich auch neigt.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Was wäre die Alternative? Wenn Sie dieselbe Zeit gewinnen wollten, müssten Sie, wenn Sie ohne Neigetechnik fahren wollten, die Strecke begradigen, also Tunnel bauen und die Kurven abbauen. Das wäre unglaublich teuer. Dann sprächen wir nicht von Investitionen in Höhe von 500 Millionen €, sondern von mindestens 1 Milliarde €.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Das kann nur einer sagen, der nie dort war!)

Dann wäre es nicht mehr wirtschaftlich. Dann käme es nie. Insofern ist dies kein hilfreicher Vorschlag.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Wir, das Land Baden-Württemberg, bestehen also darauf, dass die Neigetechnik weiterentwickelt wird. Denn wir glauben, dass dies in Verbindung mit einer partiellen Ausbaumaßnahme und dieser weiterentwickelten Technologie die kostengünstigste Beschleunigungsmöglichkeit ist. Unser Ziel ist, dass man mit einer Fahrzeit von zwei Stunden und 37 Minuten auf dieser Strecke auskommt. Dann hätten wir die optimalen Anschlüsse. Das ist ganz klar das erklärte Ziel.

Übrigens eröffnet der Bundesverkehrswegeplan die Möglichkeit dazu. Wir haben dort jetzt einen Betrag von 550 Millionen €. Das heißt, es lassen sich mehrere Ausbaumaßnahmen realisieren. Der Bund selbst hat noch nicht klar gesagt, wie bzw. wo genau er diese Millionen einsetzen will.

Es ist aber erstaunlich, dass gesagt worden ist, früher hätte es 160 Millionen € gekostet. Das waren halt ziemlich grobe Rechnungen von vor 20 Jahren. Heute weiß man mehr, und man weiß, dass man eher im Bereich von 500 Millionen € liegt. Denn inzwischen ist auch noch die Singener Kurve hinzugekommen. Dazu sage ich gleich noch etwas.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Bullinger?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Bitte schön.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Dr. Bullinger, bitte.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, wir haben heute schon gehört – der Kollege von der SPD hat es gesagt –, dass man hier Mailand–Zürich–Stuttgart–Nürnberg mit Richtung Berlin–Prag im Auge haben muss, wenn man das macht. Da stellt sich die Frage: Ist es nicht möglich, z. B. auch auf der Murrbahn wenigstens eine Doppelspurinsel hinzubekommen? Denn allein die Weiche in Fornsbach hat eine Zeitersparnis von acht Minuten gebracht. Sind Sie also bereit, auch auf dem Streckenabschnitt Backnang–Schwäbisch Hall–Hessental entweder kurz vor oder nach Murrhardt eine solche Doppelspurinsel als eine mögliche Lösung anzustreben, damit man dann in weniger als einer Stunde von Crailsheim oder in weniger als zwei Stunden von Nürnberg nach Stuttgart kommt? Denn die alte 01-Dampflok hat das geschafft. Mit Diesel und Elektrifizierung wurde das noch nie erreicht.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Herr Abg. Bullinger, bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich jetzt nicht zu jeder Weiche in Baden-Württemberg Position beziehe.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber grundsätzlich will ich Ihnen sagen: Das Konzept der Landesregierung ist: Wenn wir dort, wo wir Engpässe haben, weil die Verkehre eingleisig sind, ausbauen wollen und mehr Verkehr haben wollen, brauchen wir Begegnungsmöglichkeiten – das heißt Doppelspurinseln oder vollständige Zweigleisigkeit. Das gilt für die Strecke Stuttgart–Zürich wie für die Strecke Stuttgart–Nürnberg. Da werden wir auch etwas tun müssen. Denn die Engpässe entstehen dort, wo der Verkehr eingleisig ist. Das ist nicht mehr zukunftsfähig. Insofern unterstützen wir das.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wie geht es weiter? Wir werden auf jeden Fall beim Bund und übrigens auch bei der Deutschen Bahn dafür sorgen. Ich habe auch schon Gespräche geführt. Die Bedenken sind nach wie vor da. Aber wir müssen darauf bestehen, dass sich ein bundeseigenes Unternehmen nicht einfach aus der Technik verabschiedet. Denn das würde bedeuten, dass auf allen Strecken, die ähnlich sind wie die Strecke durch das Neckartal – davon gibt es in der Republik einige –, keine Beschleunigung erzielt werden könnte. Ich kann nur sagen: In anderen Ländern fährt die Technik noch. Dort ist sie auch gar nicht so schlecht, ob das jetzt in der Schweiz oder auch in anderen Ländern ist. Auch in nordischen Ländern gibt es solche Technologien. Deswegen glauben wir, dass es mit dieser Technik eine Möglichkeit der Verbesserung gibt. Wir setzen jedenfalls darauf.

Das Zweite, was in letzter Zeit häufig angesprochen worden ist, ist die Singener Kurve. In Singen hat das mächtige Diskussionen ausgelöst. Die Bahn plant eine Kurve an Singen vorbei. Da kann ich nur sagen: Das ist altes Denken und Planen. Man kann Schienen nicht an den Menschen vorbei planen. Das geht schief, und deswegen gibt es Proteste. Man kann

den Güterverkehr an Singen vorbeifahren lassen; der muss nicht durch den Bahnhof fahren. Aber dass man auch den Personenverkehr vorbeifahren lässt und sagt: „Dann sollen sie halt am Gartenschauhalt umsteigen oder aussteigen“, ist nicht angemessen und nicht zukunftsfähig.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Deswegen wird sich das Land dafür einsetzen, dass der Hauptbahnhof in Singen angefahren wird.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir sind uns einig, dass endlich etwas geschehen muss. Wie werden wir versuchen, das umzusetzen? Ich habe in wenigen Tagen einen Termin im Bundesverkehrsministerium mit dem zuständigen Staatssekretär. Das mache ich zusammen mit Guido Wolf als Kollegen und als Vertreter des Interessenverbands Gäubahn. Er hat sich auch jahrelang in dem Interessenverband für dieses Projekt eingesetzt.

Wir glauben, dass Grüne und CDU in dem Bündnis, das wir auch beim Vordringlichen Bedarf hatten, jetzt zusammen zum Bund gehen und sagen sollten: „Das ist uns gemeinsam wichtig, und wir erwarten von euch jetzt eine Lösung.“ Das werden wir dort tun. Wir werden dem Bund klarmachen, dass er endlich einmal sagen soll, was sein Unternehmen tun soll, und dass er sich nicht hinter der Deutschen Bahn verstecken darf, sondern klar politische Verantwortung übernehmen und für diese Region, für die Strecke Stuttgart–Zürich eine moderne Verbindung anbieten soll. Wir erwarten, dass jetzt die Doppelspurinseln sukzessive ausgebaut werden. Es wird im Jahr 2025, würde ich sagen, allerhöchste Zeit, dass man dann mit einem neuen Konzept auf einer neuen Ausbaustufe weiterfahren kann – schneller, besser, schöner als heute.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es erwarten vielleicht viele nicht, dass ich jetzt über die Gäubahn spreche.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das wäre schon recht! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Aber das ist mir ein Herzensanliegen, weil ich ständig mit der Gäubahn fahre und weil ich das einfach meinen Wählern am Bodensee und im Hegau schuldig bin.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das ist bei uns wirklich ein großes Thema.

Das Wichtigste ist schon gesagt worden. Deswegen sage ich nur ganz kurz: Es geht nicht um Klimaschutz oder um andere verquere Ideologien,

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: „Verquere Ideologien“?)

(Dr. Wolfgang Gedeon)

sondern einfach darum, die Leute im Hegau und am Bodensee besser an die Landeshauptstadt anzubinden. Es ist lächerlich, wenn man immer noch mit dem „Franzosenargument“ kommt, dass man vor 60 Jahren die Gleise abgebaut hat. Das ist 60 Jahre her und deswegen nicht mehr erwähnenswert.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Es ist aber Fakt!)

Es ist peinlich, wenn Frau Merkel sagt,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es wäre gut, wenn Sie sich zur Geschichte nicht mehr äußern! Das wäre eine gute Nachricht!)

dass die Vorgaben nicht erfüllt seien, mit der Begründung, die Italiener hätten sich auch nicht daran gehalten. Wir brauchen kein großes Pathos mehr zu entfalten. Das Geld ist auch kein Thema. Wenn man ganz locker 23 Milliarden € für das Flüchtlingsproblem hinlegen kann

(Vereinzelte Beifall bei der AfD – Zurufe von der CDU: Zur Sache jetzt einmal! – Zum Thema!)

– ja, ja –, sind die paar Millionen für die Gäubahn doch gar nichts. Es geht nicht um Pathos, sondern darum, dass die Provinz nicht abgehängt wird. Es geht um regionale Gerechtigkeit, und es geht auch darum, meine Damen und Herren,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die bekommen wir auch ohne Herrn Gedeon hin! Machen Sie sich mal keine Sorgen, ja?)

dass man politisch etwas darin sehen will. Wir sind uns hier im Landtag völlig darüber einig, dass das Problem gelöst werden muss. Es geht darum, ob wir die Lösung im Bund durchsetzen können oder nicht. Es geht darum, ob wir im Land effektive Politik machen können oder ob das hier eine Operettenveranstaltung ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie mit Ihren verqueren Ansichten sind dabei ein Hindernis!)

Das ist die Herausforderung an die Regierung – an Sie, Herr Minister Hermann –, dass Sie zeigen: Wir haben eine gewisse Gestaltungsmacht und können die Lösung umsetzen. Das ist die Herausforderung an Sie, Herr Hermann.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/137 (Geänderte Fassung). Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil, der für erledigt erklärt werden kann. – Sie stimmen dem zu.

Abschnitt II ist ein Beschlussteil, der zwei Handlungersuchen enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II des Antrags gewünscht? – Das ist der Fall.

Kann ich die Ziffern 1 und 2 gemeinsam zur Abstimmung stellen? – Das ist auch der Fall. Wer Abschnitt II zustimmt, den

bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist damit

(Zurufe: Einstimmig!)

einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Sanierung und Modernisierung von Schulgebäuden förderfähig machen – Drucksache 16/170

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Ist es Zeit für ein landeseigenes Schulbaumodernisierungsprogramm? – Drucksache 16/997

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu Buchstabe a und Buchstabe b je fünf Minuten sowie für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Antrags Drucksache 16/170 erteile ich für die Fraktion der FDP/DVP Herrn Abg. Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD überschreibt ihren Antrag mit den Worten: „Ist es Zeit für ein landeseigenes Schulbaumodernisierungsprogramm?“ Auf diese Frage können wir Freien Demokraten im Landtag nur mit einem zwölfstimmigen „Jawohl!“ antworten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nur, wenn alle da sind!)

Schon gegen Ende der 15. Legislaturperiode hat die FDP/DVP-Fraktion eine parlamentarische Initiative zu einer Umstellung der Schulbauförderung auf den Weg gebracht – Landtagsdrucksache 15/7935. Dieser Antrag ergab, dass 33,5 % der seit dem Inkrafttreten der neuen Förderungsrichtlinien gestellten Anträge von Gemeinschaftsschulen stammten, während die Gymnasien mit 9,0 %, die Realschulen mit 9,7 % und die Haupt- und Werkrealschulen mit 3,0 % deutlich geringere Anteile aufwiesen.

Als das Kultusministerium im Juli 2016 dann die bewilligten Schulbauförderungsanträge bekannt gab, zeigte sich eine noch deutlichere Unwucht zugunsten der Gemeinschaftsschulen. Von den 56 geförderten Schulen waren 28 Gemeinschaftsschulen, eine davon im Verbund mit einer anderen Schule. Auch knapp die Hälfte der Zuschüsse kam Gemeinschaftsschulen zugute – dabei in zwei Fällen gemeinsam mit einer anderen Schule. Dies waren 29,084 Millionen € der insgesamt 60 Millionen € umfassenden Schulbauförderung.

Nach Ansicht der FDP/DVP-Landtagsfraktion hat diese Schiefelage bei der Schulbauförderung eine Ursache. Nur der Neubau eines Schulgebäudes, seine bauliche Erweiterung oder sein Umbau können gefördert werden, wenn eine Grundrissänderung – Zitat – „aus zwingenden schulischen Gründen erforderlich ist“.

(Dr. Timm Kern)

Das pädagogische Konzept der Gemeinschaftsschulen stellt von vornherein einen solch zwingenden schulischen Grund dar. Gleichzeitig gibt es aber in allen Schularten zahlreiche Schulgebäude, die dringend einer Sanierung oder Modernisierung bedürfen. Der Städtetag schätzt den Sanierungsstau bei den Schulgebäuden landesweit auf 3 Milliarden € bis 4 Milliarden €.

Mit dem Verweis auf die Zuständigkeit des Schulträgers für die Schulbausanierung lehnte die damalige, grün-rote Landesregierung eine genauere Bedarfserhebung ab. Die aktuelle, grün-schwarze Landesregierung argumentierte ähnlich. Dass eine Sanierung und Modernisierung aber unter Umständen kostengünstiger sein kann als ein Neubau, wurde in dieser Argumentation ausgeblendet.

Die FDP/DVP-Fraktion fordert die grün-schwarze Landesregierung deshalb mit dem vorliegenden Antrag auf, diese falsche Schwerpunktsetzung bei der Schulbauförderung zügig zu korrigieren.

Im Einzelnen fordern wir:

Erstens: Gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden ist der Sanierungs- und Modernisierungsbedarf bei den kommunal getragenen Schulgebäuden zu erheben.

Zweitens: Die Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung ist dahin gehend zu ändern, dass künftig zusätzlich zu Umbau und Erweiterung auch Sanierung und Modernisierung bestehender Gebäude förderfähig sind; ferner ist die Förderung von Schulneubauten gegebenenfalls auf das notwendige Minimum zu beschränken.

Drittens: Gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden ist ein Schulbausanierungsprogramm zu vereinbaren.

Viertens: Die Programme zur Schulbausanierung und die Digitalisierung der Schulen sind sinnvoll miteinander zu verzahnen, sodass beides aus einem Guss erfolgen kann.

Fünftens ist dafür Sorge zu tragen, dass die Schulen in freier Trägerschaft bei den Maßnahmen zur Schulbauförderung in gleicher Weise für die kommunal getragenen Schulen berücksichtigt werden.

Mittlerweile haben die Koalitionspartner ein Schulbaumodernisierungsprogramm im Umfang von 40 Millionen € angekündigt – immerhin. Im Haushaltsplan 2017 sucht man jedoch vergebens danach. Weiteres Geld des Bundes soll schon in diesem Jahr über dessen Kommunalinvestitionsförderungsfonds kommen – 3,5 Milliarden € für Sanierung, Umbau und Erweiterung von Schulgebäuden, allerdings bundesweit.

Die Gespräche der Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden über das Schulbaumodernisierungsprogramm scheinen nur schleppend voranzukommen.

Bei der Schulbauförderung wird sich zeigen, inwieweit die Kultusministerin und ihre grün-schwarze Koalition willens und in der Lage sind, mit der Politik der grün-roten Vorgängerregierung einer einseitigen Privilegierung der Gemeinschaftsschule zu brechen und sich um faire Bedingungen für alle Schularten zu bemühen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nicht nur aufgrund der Schulpflicht haben Land und Kommunen eine Fürsorgepflicht für die Schülerinnen und Schüler, die viel Zeit in den Schulgebäuden verbringen. Guter Unterricht ist auf Räumlichkeiten angewiesen, die sich in gutem Zustand befinden und deren Ausstattung auf der Höhe der Zeit ist. Wir sind den Kindern und ihren Lehrern gepflegte Schulgebäude schuldig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Klaus Dürr Afd)

Wir Freien Demokraten werben deshalb nochmals nachdrücklich für unseren Antrag, bei der Schulbauförderung einen Kurswechsel vorzunehmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Manuel Hagel CDU und Klaus Dürr Afd)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Zur Begründung des Antrags Drucksache 16/997 erteile ich Herrn Abg. Kleinböck für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Blick auf die 2016 gestellten Anträge zum Schulbauförderungsprogramm zeigt den großen Sanierungs- und Modernisierungsstau an den Schulen in Baden-Württemberg und den daraus resultierenden Finanzbedarf der Kommunen.

Auf das Mantra der Privilegierung der Gemeinschaftsschulen, lieber Kollege Kern, werde ich an dieser Stelle

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nur wenn es nicht zutrifft! Das trifft ja zu!)

nicht mehr eingehen müssen. Darüber haben wir hier schon oft genug diskutiert.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, viele Schulbauten entsprechen heute in der Tat nicht mehr den Ansprüchen moderner Pädagogik. Die Umsetzung zukunftsweisender Konzepte wie Inklusion und Ganztags bedürfen einer entsprechenden baulichen Infrastruktur. Das gilt auch für die Maßgaben, individualisiertes Lernen zu ermöglichen oder die Leitperspektive Medienbildung aus dem neuen Bildungsplan umzusetzen. All das verlangt an zahlreichen Standorten nach räumlichen und technischen Veränderungen.

Die Vorgängerregierung hat ja – auch das hat der Kollege schon kurz angesprochen – mit der 2015 in Kraft getretenen Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung die Fördermöglichkeiten im Bereich des Umbaus bestehender Schulgebäude deutlich verbessert. Aber, wie gesagt, das war eben nur der erste Schritt, und jetzt ist es an der Zeit, dass die nächsten Schritte folgen.

Im Mittelpunkt der Diskussion steht für uns, die SPD, die Qualität von Bildung. Ich denke, wenn es die Landesregierung mit der Qualitätsoffensive Bildung, die angekündigt ist, ernst meint, dann kann sie die Kommunen mit dieser Mammutaufgabe nicht alleinlassen. Es ist in der Tat richtig, dass der aktuelle Investitionsstau – geschätzt zwischen 3 Milliar-

(Gerhard Kleinböck)

den € und 4 Milliarden € – für die Schulen in Baden-Württemberg zeigt, dass das Land hier gegebenenfalls auch in Kooperation mit dem Bund aktiv werden muss.

Aus der Affäre ziehen kann sich die Landesregierung schon allein deshalb nicht, weil sie den finanziellen Spielraum der Kommunen durch die Erhöhung der Vorwegentnahme enorm beschnitten hat. Der Preis der Konsolidierung des Landeshaushalts 2017 wird wie bei der Streichung von über 1 000 Lehrerstellen von den Schülerinnen und Schülern bezahlt. Ich denke, das muss man einfach immer wieder sagen.

(Beifall bei der SPD)

Bislang umfasst die Schulbauförderung nur Neubauten, Erweiterungen und Umbauten mit Grundrissänderung. Wir fordern die Landesregierung auf, zu prüfen, ob diese Fördertatbestände noch bedarfsgerecht sind oder ob sie um einen Tatbestand der Modernisierung ergänzt werden müssen. Deshalb auch unser Antrag.

Der grüne OB von Freiburg hat auf der „didacta“ treffend formuliert: „Trotz Unterhaltsmaßnahmen hat eine Schule eben nur eine begrenzte Lebensdauer.“ In der Schulbauförderungsrichtlinie ist ja die Rede von 25 Jahren Mindestlebensdauer. Der Vergleich mit der begrenzten Lebensdauer eines Daimlers, den Herr Salomon in dieser Rede gezogen hat, der trotz regelmäßiger Inspektion irgendwann halt einfach „fertig“ ist, sollte, glaube ich, hier auch die Skeptiker und die Landesregierung überzeugen, dass jetzt etwas getan werden muss.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Meine Damen und Herren, viele Schulen sind deutlich älter als 25 Jahre. Wir haben in meiner Heimatstadt mit großem Kraftaufwand ein Gymnasium nach 45 Jahren für 12 Millionen € modernisiert und saniert – mit einem überschaubaren Landeszuschuss von knapp 700 000 €, obwohl wir während dieser Nutzungsdauer mit neuen Fenstern und sonstigen Maßnahmen einige Hunderttausend Euro für den Erhalt investiert hatten.

Wenn wir über diese neuen Tatbestände nachdenken, dann müssen wir natürlich auch eine Einzelfallprüfung zulassen. In meinem Wahlkreis z. B. gibt es eine Schule, die auf einer Altlast steht – irgendein Benzol und Gerbstoffe oder so etwas –, bei der eine Sanierung nicht nachhaltig wäre. Es wäre ein Schildbürgerstreich, diese Schule zu sanieren. Deshalb muss ein Neubau an anderer Stelle hier auch bezuschusst werden können. Das ist also eine Maßnahme, bei der ich sage: Auch hier muss diese neue Verwaltungsvorschrift etwas mehr Flexibilität bringen.

Dass sich Ministerpräsident Kretschmann vehement gegen die Hilfe vom Bund sträubt, ist für mich grotesk. Der Föderalismus ist nicht in Gefahr, weil der Bund Geld für die Sanierung von Schulen gibt. Hier wurde ein dringender Bedarf erkannt und ein entsprechendes Paket geschnürt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dabei die Initiative ergriffen. Dafür muss man hier schon einmal einen Dank aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch frühere Sonderprogramme des Bundes haben die Bildungshoheit der Länder nicht beschnit-

ten. Ich erinnere an das SIP, das Sonderinvestitionsprogramm des Bundes unter Gerhard Schröder, über das 2003/2004 4 Milliarden € für den Ausbau von Ganztagschulen bereitgestellt wurden. Die damalige Landesregierung war zunächst sehr skeptisch und hat das auch belächelt, aber der große Run auf diese Projekte, auf diese 500 Millionen € des Bundes, hat dann schon gezeigt, dass es richtig war, dieses SIP aufzulegen.

Meine Damen und Herren, die Ankündigungen aus dem Bund, im Rahmen eines Schulbaumodernisierungsprogramms und des Digitalpakts Gelder zur Verfügung zu stellen, macht unsere Forderung nach landeseigenen Maßnahmen nicht obsolet. Es muss eine dauerhafte Lösung gefunden werden, um die Schulen zu anregenden Lernorten zu machen, statt sie verkommen zu lassen. Warum? Frau Ministerin, Sie erinnern sich an Ihre Zeit als Schulbürgermeisterin von Stuttgart: „Wenn man sich in seiner Umgebung wohlfühlt, lernt man ganz anders.“

Zunächst einmal vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: In der Aussprache erteile ich für die Fraktion GRÜNE das Wort Herrn Kollegen Walter.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist die Aufgabe der Landesregierung, Baden-Württemberg fit für das 21. Jahrhundert zu machen. Logischerweise spielt die Bildung dabei eine zentrale Rolle. Daher ist es auch logisch, dass die Schulgebäude inklusive der Infrastruktur auf den neuesten Stand gebracht werden müssen: energetisch, pädagogisch usw. Insbesondere die immer weitere Teile unserer Arbeitswelt und unserer Lebensweise verändernde Digitalisierung bedarf enormer Kraftanstrengungen. Wir alle wissen, Herr Kollege: Diese enorme Kraftanstrengung ist nicht von heute auf morgen möglich.

Aber die Landesregierung hat längst reagiert und gehandelt. Seit dem 1. Januar 2015 ist die Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung in Kraft. Damit wurden die Fördermöglichkeiten für den Umbau bestehender Gebäude verbessert. Aber gerade den Antragstellern von der SPD erzähle ich da ja nichts Neues.

Ende des vergangenen Jahres hat das Finanzministerium gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden einen Sanierungsfonds aufgelegt. Davon werden immerhin 80 % für Schulbausanierungsmaßnahmen verwendet. Im ersten Jahr befinden sich für unsere Schulen ca. 32 Millionen € im Topf. Herr Kollege Dr. Kern, ich glaube, im Einzelplan 12 werden Sie es finden. Schauen Sie noch einmal hinein. Die Summen werden dann in den nächsten Jahren stark ansteigen, und zwar von fast 59 Millionen € im nächsten Jahr auf ca. 92 Millionen € im Jahr 2019.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gut! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Diese Summen werden angesichts der vom Städtetag prognostizierten 3 Millionen € nicht alle Probleme sofort lösen.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Milliarden! – Zuruf der Abg. Sabine Wölfe SPD)

(Jürgen Walter)

– Milliarden. Sorry. Ja, klar, Milliarden. Bei 3 Millionen hätten wir es ja schon gelöst, Kollege Stoch; dann müssten wir gar nicht mehr diskutieren.

Erstens ist völlig klar, dass das Programm über viele Jahre aufgelegt werden muss, und zweitens ist auch klar – in Ihrer Kommune wurde schon darauf hingewiesen –: Die Kommunen als Schulträger sind in dieser Frage natürlich genauso gefordert wie das Land.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wenn man nun, Herr Kollege, die Pressemitteilung des Städtetags vom 25. Januar dieses Jahres liest, erkennt man, dass dieser Fonds auch vonseiten der Kommunen als ein starkes und positives Signal anerkannt wird. Ich zitiere:

Eine dritte Quelle eröffnet das Land nach zähen Finanzverhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden selbst, indem es einen Sanierungsfonds schafft, der nach dem Willen des Städtetags für Schulbaumodernisierungsmaßnahmen verwendet werden soll. Etwa 40 Millionen € sind 2017 dafür zu erwarten. Ein vergleichsweise bescheidener Anfang also, aber ein sehr guter und nach unserer Überzeugung auch bahnbrechender. Chapeau!

So weit der Städtetag. Dieses Zitat zeigt, dass manches, was hier an Kritik geäußert wird, schlichtweg übertrieben ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Denn wenn selbst der Verhandlungspartner zufrieden und begeistert ist, kann das Ergebnis nicht so schlecht gewesen sein.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Da gibt es auch andere Stimmen! – Abg. Andreas Stoch SPD: Begeistert? 320 Millionen den Kommunen weggenommen, 40 Millionen gegeben!)

Darüber hinaus stehen den Schulträgern mit der kommunalen Investitionspauschale nicht zweckgebundene Finanzierungsmittel zur Verfügung. Allein im Jahr 2015, Kollege Stoch, wurden dadurch 760 Millionen € bereitgestellt. Für finanziell schwache Kommunen steht zudem der Ausgleichstock des Landes zusätzlich zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Trotz allem werden enorme Summen in die Hand genommen, und das ist ein guter erster Schritt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Bekanntermaßen verteilt der Bund 3,5 Milliarden € für Sanierung, Umbau und Erweiterung von Schulgebäuden. – Ich sehe dies im Übrigen sehr positiv und sehr locker: Wenn das Geld aus Berlin kommt, nehmen wir es gern; wir können es gut gebrauchen. – Diese Mittel werden je nach Bedürftigkeit der Kommunen in den Bundesländern verteilt. Dies wiederum ist ein Nachteil für Baden-Württemberg; denn so können wir nur 250 Millionen € erwarten. Da dies über dieses Programm so verteilt wird, hoffen wir, dass beim angekündigten 5-Milliarden-€-Programm zur Digitalisierung der 40 000 Schulen in der Bundesrepublik Deutschland die Einwohnerzahl und die Schülerzahl als Maßstab genommen werden. Dann

könnten wir eine stattliche Summe von bis zu 600 Millionen € erwarten. Das wäre ein Fortschritt für Baden-Württemberg. Wir hoffen, dass dies in Berlin auch so entschieden wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Eine Klärung soll bis zum Sommer erfolgen. Daher, meine Damen und Herren von der SPD, kann ich Ihre Frage: „Ist es Zeit für ein landeseigenes Schulbaumodernisierungsprogramm?“ derzeit nur so beantworten: Im Prinzip ja. Aber solange wir nicht wissen, was wir auch vom Bund zu erwarten haben, müssen wir uns noch etwas gedulden.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Das ist wie bei Radio Eriwan! – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Landeseigen!)

Fakt ist – – Ja, jetzt warten Sie doch mal ab, was vom Bund kommt, und dann entscheiden wir, was wir im Land tun und wie dies geregelt wird. Jetzt ein landeseigenes Programm aufzulegen halten wir für verfrüht.

Ein letztes Wort zu dem, was der Kollege Dr. Kern gesagt hat. Sie müssen es allmählich einsehen: Der Gemeinschaftsschule gehört die Zukunft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Tosender Applaus bei der CDU!)

Der Kollege Röhm hat sich in der letzten Woche im Ausschuss ähnlich geäußert; zumindest habe ich seinen kurzen Beitrag so interpretiert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe gesagt, wir werden die Gemeinschaftsschule weiterhin gut behandeln!)

Wenn sich die gesamte Gesellschaft verändert, Herr Kollege Dr. Kern, dann muss sich eben auch die Schule ändern. Sie wollen doch immer so modern sein. Schließen Sie Ihren Frieden mit dieser Schulform. Sie erzählen uns – auch und überwiegend im Ausschuss – viel von Schleswig-Holstein. Was haben wir dort? Ein zweigliedriges Schulsystem. Nehmen Sie sich doch das als Beispiel; dann tun Sie etwas für die Zukunft unserer Schulen.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Dann brauchen wir doch keine Gemeinschaftsschule, wenn wir die Zweigliedrigkeit haben! – Gegenruf: Doch!)

– Die Gemeinschaftsschule gehört aber dazu.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Die Realschule wollen Sie abschaffen? – Glocke des Präsidenten)

– Ich führe jetzt keine Grundsatzdiskussion. Kommen Sie an im 21. Jahrhundert, meine Herren von der FDP; dann wird es für die Schulen in Baden-Württemberg besser.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Beck.

Abg. Norbert Beck CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Einführung neuer pädagogischer Konzepte an den Schulen und die heterogene Schülerschaft führen, wie wir alle wissen, zu veränderten Anforderungen an die Schulen und damit auch an die Gebäude. Das Land Baden-Württemberg förderte im Jahr 2016 – ich glaube, wir hören es gerade zum vierten Mal – Schulbaumaßnahmen mit knapp 71 Millionen €. Für uns, die CDU-Landtagsfraktion, ist es aber wichtig und richtig, die Schulträger auch weiterhin bei der Bereitstellung des erforderlichen Schulraums zu unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Schulbauförderung sieht vom Grundsatz her eine einmalige Förderung zur Schaffung des erforderlichen Schulraums vor. Darunter versteht man sowohl den Neubau als auch die Erweiterung von Schulen. Seit 2015 – auch das haben wir schon mehrfach gehört – sind auch Umbauten, die den Grundriss an bestehenden Gebäuden aus zwingenden schulischen Gründen verändern, förderfähig. Dies erlaubt es, den sich verändernden schulischen bzw. pädagogischen Anforderungen zu entsprechen und die Gebäude tatsächlich den neuen Bedürfnissen anzupassen.

Wir alle wissen, dass die Schulträger im Land im Rahmen der Schulbauförderung in der Regel einen Zuschuss in Höhe von 33 % des als förderfähig anerkannten Bauaufwands erhalten. Sofern förderfähige Schulbaumaßnahmen Baukosten im Zusammenhang mit der Digitalisierung enthalten wie z. B. die kabelgebundene oder auch kabellose Vernetzung von Schulräumen oder Schulgebäuden, stellen diese Maßnahmen förderfähige Baukosten dar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man darf auch nicht vergessen – dies gilt es grundsätzlich festzustellen –, dass die Schulgebäude im Eigentum der Schulträger sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

So gehören Bau und Unterhaltung der Schulen zu den weisungsfreien Pflichtaufgaben der Schulträger. Dafür erstattet das Land dann den Trägern weiterführender Schulen auch Sachkostenbeiträge, welche die Aufwendungen für den baulichen Unterhalt und für die Modernisierung abdecken sollen. Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an Schulen sowie der laufende bauliche Unterhalt sind deswegen im Rahmen der Schulbauförderung – zumindest bis jetzt – nicht förderfähig.

Wir haben es gehört: Der Städtetag hat nun einen Sanierungsbedarf an unseren Schulen in Baden-Württemberg von rund 3 Milliarden € ausgemacht. Allerdings ist uns bislang unklar, auf welcher Berechnungsgrundlage diese Schätzungen beruhen, um diese dann auch wirklich abschließend beurteilen zu können. Aus meiner Sicht hätte aber der vom Städtetag geforderte Einstieg des Landes in die Förderung von Sanierungs- oder Modernisierungsmaßnahmen an Schulen die Folge, dass die Schulträger ihre dafür bestehende originäre Finanzverantwortung auf das Land abwälzen würden.

Ein ganz großes Problem sehe ich darin – ich weiß als früherer Bürgermeister und damit auch als Schulträger, wovon ich spreche –, dass eine solche Modernisierungsförderung gerade die Schulträger begünstigen würde, die die Sachkostenbei-

träge in der Vergangenheit eben nicht zum fortlaufenden Erhalt der Schulgebäude,

(Beifall des Abg. Karl-Wilhelm Röhm – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau so ist es!)

sondern für andere Zwecke verwendet haben, vielleicht auch zum Stopfen von Haushaltslöchern.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ein Schulbaumodernisierungsprogramm könnte einer Doppelförderung gleichkommen. Aus meiner Sicht wäre dies ein haushalterischer Fehlanreiz, der weder im Sinne des Landes noch im Sinne der verantwortungsbewusst und nachhaltig handelnden Schulträger – die soll es auch geben –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gibt es viele!)

liegen kann. Herr Kollege Walter hat schon einiges zur kommunalen Investitionspauschale gesagt. Deshalb möchte ich auf weitere Ausführungen hierzu verzichten. Er hat auch – was ich ebenso ausdrücklich betonen möchte – darauf hingewiesen, dass den Kommunen, zumindest leistungsschwachen Kommunen, der Ausgleichstock zur Verfügung steht, der mit jährlich 87 Millionen € ausgestattet ist.

Ich könnte auch noch auf den ausgehandelten Fonds eingehen, ebenso wie auf die Frage, was wir vom Bund noch zur Schulsanierung erwarten können, aber aus Zeitgründen möchte ich das nicht tun.

Ich darf erklären, dass die CDU-Fraktion beide Anträge ablehnen wird, und darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Balzer das Wort.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte geschätzte Kollegen Abgeordnete! Schon wieder Schulbaumodernisierung. Hier scheint ja einiges im Argen zu liegen. Wer kann schon dagegen sein, wenn die SPD, beflügelt durch den neuen großen Parteivorsitzenden, die Interessen der kleinen Leute neu entdeckt und etwas Gutes für die Schulen tun will?

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Lobenswert, sehr lobenswert, durchaus.

Sehr geehrte Damen und Herren, für eine Partei, die neu im Landtag vertreten ist, wie die AfD, ist es interessant zu beobachten, wie sich Parlamentarier, die schon länger hier sind, untereinander die Bälle zuwerfen. Man fragt sich: Worum geht es eigentlich? Zwei Anträge zu einem ähnlichen Thema; beide sind schon etwas ältlich. Worum geht es? Warum diese lange Liegezeit? Möglicherweise eine Reifezeit?

(Heiterkeit bei der AfD)

(Dr. Rainer Balzer)

Warten auf einen großen Wohltäter, wie er sich denn zeigt, wenn er sich zeigt?

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Deus ex Machina, der Gott aus der Maschine, der tragische Konflikt für das große Finale, für den letzten Akt in einem Theater?

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Der Wohltäter, nach dem das Publikum, das Wählervolk sich so sehr sehnt? Großes Kino? Kopfkino. Wie die Choreografie bei einem Parteitag, einem SPD-Parteitag. „Ruft doch mal den Martin“, soll ganz bescheiden der heilige Martin Schulz die Gläubigen, seine Genossen, aufgefördert haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Könnten Sie einmal etwas zur Sache sagen? – Gegenruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das ist zur Sache! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Ich versuche es.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Was bezweckt die SPD mit diesem Antrag?

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD zur SPD: Ist er euch so verdrießlich, der Martin?)

Man spielt sich gegenseitig die Bälle zu, und man fragt ab, was aus dem Schulbauförderungsprogramm der vergangenen Legislaturperiode geworden ist, das damals mithilfe des großen Koalitionspartners, der Grünen, auf den Weg gebracht wurde. Diese Grünen sind immer noch an der Regierung. Dann könnte, sollte möglicherweise dieses Förderungsprogramm jetzt endlich umgesetzt werden – natürlich nicht, wie die böse Opposition von der FDP/DVP annimmt, zuungunsten der Nicht-Gemeinschaftsschulen. Eine Schiefelage, die gibt es ja gar nicht.

Meine Damen und Herren, moderne Pädagogik und moderne Technik brauchen eben neue, bessere Räume. Schauen wir uns deshalb den statistischen Anhang in der Stellungnahme zu dem „ausgereiften“ SPD-Antrag einmal in Ruhe an:

Im Schulbauförderungsprogramm finden sich für den Regierungsbezirk Stuttgart 26 Schulen, davon elf Schulen, die generalsaniert, erweitert oder umgebaut werden zur Gemeinschaftsschule. Das sind nur 42 %.

Im Regierungsbezirk Karlsruhe finden sich sieben Umbauten zur Gemeinschaftsschule – von elf Schulen insgesamt. Das sind 63 %.

Im Regierungsbezirk Freiburg werden von acht Schulen fünf als Gemeinschaftsschulen berücksichtigt. Das sind auch fast zwei Drittel.

Im Regierungsbezirk Tübingen werden von zehn Schulen vier zu Gemeinschaftsschulen erweitert und umgebaut, und zwei werden als sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren ertüchtigt – ehemalige Sonderschulen.

Interessanterweise wird den Schulleitungen dieser Zentren für die durchaus umstrittene Inklusion keine Leitungszeit zugestanden. Das ist eigentlich unverständlich, Frau Ministerin. Das wollte ich an dieser Stelle nur gesagt haben.

Also doch, wie die FDP/DVP sagt, eine Schiefelage? Oder sitzt hier jemand in der Biberfalle? Das hatten wir auch schon. Oder werden Gemeinschaftsschulen, weil sie angeblich die Zukunft sind – woher Sie das wissen, weiß ich auch nicht –, einfach bevorzugt?

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Dass Sie nicht viel wissen, ist klar! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Hatten wir in diesem Hohen Haus nicht schon von der kleineren Regierungspartei gehört: „Die CDU spricht sich für den Erhalt der Realschulen, der Gymnasien, also des dreigliedrigen Schulsystems aus“?

Verkürzt gesagt: Im Schulbauförderungsprogramm 2016 wird die Gemeinschaftsschule massiv gestärkt. Natürlich ist das ungerecht. Damit wollte die grün-rote Regierung in der vergangenen Legislaturperiode die Schulentwicklung in ihrem Sinn steuern. Das ist der tragische Konflikt in der jetzigen Regierung für das Finale. Es gibt tragische Konflikte, die sich nicht kraft menschlicher Handlungen lösen lassen. Grüne und CDU, zwei, die nicht zusammenpassen, die aber an einem Strang ziehen – jedoch in unterschiedliche Richtungen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Die Etablierung der Gemeinschaftsschule, die Ganztagsbetreuung und die Inklusion: Manch ein Bürgermeister wird sich gesagt haben: „Wenn es dafür Geld gibt, dann mache ich das eben.“ Manch anderer Bürgermeister äußert sich verärgert. Das weiß ich durch Besuche vor Ort und in den Schulen. Manche Kommune hat als Schulträger die Immobilie regelmäßig instand gehalten, und dies ohne Schulbauförderungsprogramm. Für die Schulsanierung gibt es bereits – ich darf mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident, aus der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 16/170 zitieren –

nicht zweckgebundene Sachkostenbeiträge, in denen nach der kommunalen Haushaltssystematik die Aufwendungen für die bauliche Unterhaltung der Schulen bei der Festsetzung berücksichtigt sind.

Meine Damen und Herren, ein vernünftiger Bürgermeister und ein ebensolcher Landrat unterhalten damit ihre Schulbauten; ein weniger vernünftiger tut das nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Jetzt soll das Land diese Unvernünftigkeiten ausgleichen. Das kann man kaum befürworten. Wir wollen die Eigenverantwortlichkeit stärken, und diese Eigenverantwortlichkeit beinhaltet, dass das Land nicht einspringt, wenn auf kommunaler Ebene eventuell teure Prestigeprojekte gebaut worden sind, anstatt das eigene Dach in Ordnung zu halten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie reden am Thema komplett vorbei!)

Aus diesen Gründen müssen wir den Äußerungen des Ministeriums, dass ein Pakt mit den Kommunen über ein Programm

(Dr. Rainer Balzer)

zur Schulbausanierung bzw. Schulbaumodernisierung nicht vorzusehen ist, zustimmen.

Die Unwucht, die von der FDP/DVP so bezeichnet wurde, ist ebenfalls vorhanden. Es ist also nicht Zeit für ein landeseigenes Schulbaumodernisierungsprogramm.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Eisenmann das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die beiden Anträge der Opposition behandeln Themen, die jüngst in der Öffentlichkeit tatsächlich verstärkt eine Rolle gespielt haben, die auch zu Recht große inhaltliche Bedeutung haben. Das ist zum einen das Thema Sanierung und zum anderen das Thema „Digitalisierung von Schulen“. Verkürzt lautet die Frage: Sind wir, das Land Baden-Württemberg, für die Herausforderungen, die gerade in diesen Bereichen auf uns zukommen, ausreichend gerüstet? Deshalb nehme ich dazu auch gern namens der Landesregierung Stellung.

Klar ist: Es sind extrem große finanzielle Herausforderungen. Dass wir partnerschaftlich mit unseren Kommunen zusammenarbeiten, ist oberstes Gebot der Landesregierung. Deshalb glaube ich auch, dass wir uns gemeinsam den vielfältigen Aufgaben im Bereich der Sanierung und, daran angelehnt, auch im Bereich der Digitalisierung stellen werden.

Die öffentlichen Schulen sind in gemeinsamer Verantwortung von Land und Kommunen. Dadurch wird die Aufgabenstellung, es partnerschaftlich zu leisten, für beide Seiten umso stärker betont. Das Land ist – auch das wissen Sie – für pädagogisches Personal, für die Lehrerinnen und Lehrer zuständig. Die Ausgaben des Landes für diese Aufgabenstellung belaufen sich jährlich auf rund 9 Milliarden €. Die Schulgebäude wiederum – auch das haben wir in der Debatte eben schon mehrfach gehört – sind im Eigentum der Schulträger. Bau, Unterhalt, Modernisierung von Schulen, auch im Blick auf die Herausforderung der Digitalisierung, sind natürlich Aufgaben der Schulträger, die diese in eigener Zuständigkeit als weisungsfreie Pflichtaufgaben wahrnehmen.

Aber – ich sagte es bereits – diese Partnerschaft wird gelebt und muss auch gelebt werden und ist natürlich auch die Grundlage im Bereich der Schulbauförderung und der Schulbausanierung. Die Schulbauförderung, die wir seit vielen Jahren betreiben, ist die Förderung zur Einrichtung der Flächen für den lehrplanmäßigen Unterricht, den Ganztagsbetrieb oder auch für das Thema Inklusion. Hierzu gehören Neubaumaßnahmen – das wissen Sie –, Erweiterung von Schulen, grundrissverändernde Umbauten von Schulen sowie der Erwerb oder der Umbau von Gebäuden für neue Schulräume.

Mit dem 1. Januar 2015 ist eine neue Verwaltungsvorschrift zur Schulbauförderung des Landes in Kraft getreten, die die Förderungsmöglichkeiten im Bereich des Umbaus deutlich verbessert.

Herr Kleinböck, jetzt wollte ich die SPD loben,

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Machen Sie es doch! Trauen Sie sich!)

weil die Veränderung, die 2015 in Kraft getreten ist, glaube ich, schon in die richtige Richtung geht. Jetzt haben Sie aber vorher in Ihrer Rede gesagt, das müsste wieder überarbeitet werden. Also so gesehen – –

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Ich habe gesagt, das war der erste Schritt! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So gesehen unterbleibt das Lob!)

Deshalb unterbleibt das Lob.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir legen es aber so aus!)

Es bleibt dabei: Ich glaube, dass die veränderten Verwaltungsvorschriften gut waren. Aber schade, dass Sie das jetzt schon wieder selbst infrage stellen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir legen es einfach so aus! – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Angedrohtes Lob!)

Manchmal kann man der SPD halt auch nicht helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Die Neuerungen seit 2015 sehen vor, dass auch grundrissverändernde Umbauten an bestehenden Schulgebäuden, die aus zwingenden schulischen Gründen erforderlich sind, förderfähig sind. Ich glaube, dass das in die richtige Richtung ging, um deutlich zu machen, dass es auch im Altbestand Veränderungen gibt, die wir notwendigerweise im Blick haben müssen.

Aber Instandsetzungen, Verbesserungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie der laufende bauliche Unterhalt dienen nicht zur Schaffung von Schulraum, auch wenn der Interpretationsspielraum seit 1. Januar 2015 deutlich erweitert wurde, und sind folgerichtig im Rahmen der Schulbauförderung natürlich auch nicht förderfähig.

Für die Schulbauförderung in diesem klassischen Sinn, wie ich es eben dargestellt habe, gibt das Land jährlich rund 65 Millionen € aus. Darüber hinaus erhalten die Schulträger – es wurde angesprochen – nicht zweckgebundene Sachkostenbeiträge, in denen die Aufwendungen für den baulichen Unterhalt der Schulen, auch zur Anpassung des technischen Fortschritts, mit berücksichtigt werden können.

Über die kommunale Investitionspauschale als Teil der Finanzausgleichsmasse B werden den Kommunen nicht zweckgebundene Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt. Auch dafür können Mittel in den Bereich Sanierung oder Modernisierung von Schulgebäuden abfließen.

Nur ein Beispiel: Seit 2007 haben sich die sogenannten KIF-Mittel, also die Mittel, mit denen Kommunen auch im Bereich der Sanierung Geld einsetzen können, verzweieinhalbfacht, nämlich von rund 325 Millionen € im Jahr 2007 auf voraussichtlich 852 Millionen € im Jahr 2017. Auch hier ist eine gesunde Basis verlässlich vorhanden, bei der die Kommunen sehen, dass wir ihnen im Bereich der Schulbauförderung und

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

auch im Bereich der Schulbausanierung partnerschaftlich helfen.

Und, was außerordentlich zu begrüßen ist: Wir haben uns jetzt aktuell – die Kollegin Finanzministerin Sitzmann – mit den kommunalen Landesverbänden darauf verständigt, einen weiteren Schritt im Bereich der Unterstützung von Schulgebäuden für die Kommunen zu gehen, nämlich dadurch, dass die Kommunen in den Jahren 2017 bis 2019 beim Abbau des Sanierungsstaus unterstützt werden sollen.

Ein kommunaler Sanierungsfonds wurde aufgelegt; dieser ist im Jahr 2017 mit insgesamt 42 Millionen € im Haushalt ausgestattet. Auf Wunsch der kommunalen Landesverbände wird ein Großteil der Mittel – rund 80 % – für die Sanierung von Schulen eingesetzt. Das begrüßen wir. Wir werden jetzt zeitnah mit den Kommunen aushandeln, nach welchen Grundsätzen und auf welcher Basis wir diese Mittel entsprechend auszahlen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ich glaube, das ist ein weiterer Beweis dafür, dass sich das Land ausdrücklich zu seiner partnerschaftlichen Beziehung zu den Kommunen bekennt.

Digitalisierung ist eine große Aufgabenstellung. Nur ein Satz zum Inhalt: Die Technik muss der Pädagogik folgen. Das ist für mich die grundsätzliche Maxime, die im Bereich des Bildungswesens im Umgang mit der Digitalisierung eine Rolle spielt.

(Zuruf: Sehr gut!)

Wenn klar ist, welche pädagogischen Voraussetzungen wir wollen und brauchen, muss auch die entsprechende Technik vorhanden sein. Aber eines nach dem anderen. Für den Einsatz mobiler Endgeräte im Unterricht oder die Nutzung einer cloudbasierten Bildungsplattform sind leistungsfähige Internetverbindungen unverzichtbar. Dies ist ein Schwerpunkt der Landesregierung in dieser Legislaturperiode. Das wurde bereits über mehrere Debatten hinweg deutlich dargestellt. Natürlich werden wir gemeinsam sehen müssen, wie wir diese technische Ausstattung stemmen können.

Jetzt fragen Sie – das ist auch angesprochen worden – nach dem Geld, das es aus Berlin gibt. Da gibt es zwei Bereiche, über die man sprechen muss. Das eine ist die Sanierung von Schulgebäuden bzw. die Verbesserung der IT-Infrastruktur an Schulen. Hierfür sind Bundesmittel zu erwarten. Der Bund hat angekündigt – ich möchte betonen: angekündigt –, dass er mit der Ergänzung des bereits bestehenden Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes finanzschwache Kommunen bei der Investition in Schulen mit rund 3,5 Milliarden € unterstützen möchte. Hier sind noch Verhandlungen notwendig. Unser Problem ist ein Stück weit – das ist als Lob an die Kommunen gemeint –, dass es das, was in diesem Zusammenhang als finanzschwach bewertet wird –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

da grüße ich nach Nordrhein-Westfalen; laufende Zahlungsverpflichtungen über Kassenkredite –, bei unseren Kommunen gar nicht gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unsere Kommunen arbeiten solide und finanzpolitisch verantwortlich. Deswegen werden wir sicherlich nicht den größten Teil von diesem Kuchen bekommen. Gute, solide finanzpolitische Arbeit in den Kommunen wird hier schlicht und einfach bestraft – sehr bedauerlich.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: So ist es!)

Das muss man deutlich sagen. Klar ist aber: Wir gehen davon aus – das wird momentan verhandelt –, dass auch Mittel nach Baden-Württemberg fließen. Es wäre erfreulich, wenn das Gesetzgebungsverfahren, das momentan im Bundestag läuft und anschließend auch im Bundesrat noch durchgeführt werden muss, auch für Baden-Württemberg und für die baden-württembergischen Kommunen eine Perspektive bietet.

Das zweite Thema – das wissen Sie – ist der sogenannte Digitalpakt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat angekündigt, zur Verbesserung der schulischen IT-Ausstattung insgesamt 5 Milliarden € über fünf Jahre hinweg an die gut 40 000 Schulen in der Bundesrepublik fließen zu lassen. Wenn man von dieser Grundaussage ausgeht und den Königsteiner Schlüssel anwendet, wären es – wenn ich diese Summe grob umrechne – rund 125 000 € pro Schule, über das Bundesgebiet verteilt.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Wir nehmen natürlich Geld aus Berlin an, wenn die grundsätzliche Voraussetzung geschaffen ist, dass der Bildungsföderalismus und die Hoheit des Landes in Bildungsfragen – nämlich besser entscheiden zu können, was für unsere Schulen vor Ort richtig ist, ob in der großen Stadt oder im ländlichen Gebiet, ob eine große Schule oder eine kleine Schule, je nach Schularart – erhalten bleiben. Deshalb ist klar, dass dementsprechend die Bedingungen momentan mit dem Bundesbildungsministerium verhandelt werden.

Das mache ich in meiner Eigenschaft als Präsidentin der Kultusministerkonferenz in diesem Jahr selbst, gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen Kultusministern aus den anderen Ländern. Wir werden dies verhandeln. Die Grundlagen sind insoweit klar. Ich freue mich natürlich auch in diesem Fall, wenn wir gemeinsam für das Thema Digitalisierung klare Signale aus Berlin bekommen. Aber auch hier sei gesagt: Wir nehmen das Geld gern, aber die Grundbedingungen und das Kleingedruckte im Vertrag müssen in diesem Zusammenhang eben auch stimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Abschließend: Es ist, glaube ich, deutlich geworden, wie viel Wertschätzung – aufrichtige Wertschätzung – wir der Arbeit in den Kommunen beimessen, auch im Hinblick auf die Herausforderungen, die die Kommunen im Sanierungsbereich, im Bereich des Schulbaus insgesamt, aber natürlich auch in anderen politischen Themenfeldern haben. Uns liegt an einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit, an einer Zusammenarbeit, bei der beide Partner ihrer jeweiligen Aufgabe gerecht werden und wir einander helfen, die großen Herausforderungen, die zweifelsohne da sind, gemeinsam zu stemmen.

Herr Ministerpräsident Kretschmann hat anlässlich der „didacta“ angekündigt, dass wir zunächst die Bundesprogramme abwarten – es wurde schon angesprochen –, um dann mit den

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

kommunalen Landesverbänden darüber zu verhandeln, wie eine Beteiligung des Landes an diesen Themenstellungen aussehen kann. Ich glaube, das ist der richtige Rhythmus und der richtige Ablauf. Daran wollen wir uns halten. Aber ich hoffe sehr, dass deutlich geworden ist: Wir lassen unsere Kommunen auch bei diesem Thema nicht im Stich.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Kleinböck das Wort.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst mal, Herr Balzer: Ich glaube, die Aussage von Martin Schulz: „Die AfD ist eine Schande für Deutschland“ hat Sie doch einigermaßen getroffen. Sonst könnten wir Ihre Reaktion –

(Lachen bei der AfD – Abg. Martin Rivoir SPD: Und sie trifft zu! 100 %! – Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch lächerlich, Herr Kleinböck!)

– Ja, komm!

Es ist wünschenswert, dass der Bund die Länder finanziell so ausstattet, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Das Gleiche gilt natürlich auch für das Land. Das Land muss seine Kommunen so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können, auch was den Unterhalt von Schulen betrifft. Da passt es eben nicht so ganz ins Programm, 320 Millionen € wegzunehmen und 40 Millionen € zu geben. Das ist ein bisschen kontraproduktiv.

Im Übrigen darf ich den Kollegen Wald und die Ministerin darauf hinweisen, dass das Thema „Digitalpakt des Bundes über 5 Milliarden €“ momentan in den Haushaltsberatungen für 2018 gar nicht vorgesehen ist. Ob dieses Programm kommt, ist mehr als fraglich.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sie sind doch in Berlin an der Regierung! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Anton Baron AfD: Die SPD ist in der Bundesregierung!)

Zu dem Antrag der FDP/DVP will ich anmerken, dass dieser zwar in die richtige Richtung geht und der Grundgedanke gut ist, aber wenn ich mich an die Diskussion erinnere, die wir im Vorfeld der Gemeinsamen Verwaltungsvorschrift Schulbau geführt haben, in der es um Begriffe wie Modernisierung, Sanierung, Umbau, Digitalisierung ging, muss ich feststellen, dass dieses Thema in dem Antrag nicht ausreichend differenziert dargestellt ist, sondern es dabei wie Kraut und Rüben durcheinandergeht.

Deshalb sage ich: Wir begrüßen Ihre Initiative grundsätzlich, halten aber die Formulierung noch für zu unspezifisch. Daher lehnen wir auch diesen Antrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Zunächst stelle ich den Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/170, zur Abstimmung. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil, der für erledigt erklärt werden kann. – Sie stimmen dem zu.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der mehrere Handlungersuchen an die Regierung enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II des Antrags gewünscht? – Das ist der Fall.

Kann ich die Ziffern 1 bis 5 gemeinsam zur Abstimmung stellen? – Auch das ist der Fall. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II des Antrags Drucksache 16/170 mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/997, zur Abstimmung. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann ebenfalls für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der ein Handlungersuchen an die Regierung enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II gewünscht? –

(Zuruf: Ja!)

Das ist der Fall. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II des Antrags Drucksache 16/997 mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 4 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Wahl der Vertreter/-innen des Landtags und deren Stellvertretungen in den Landesausschuss für Information

Meine Damen und Herren, nach § 17 Absatz 3 des Landesstatistikgesetzes wird die Landesregierung vom Landesausschuss für Information beraten, dem je fünf Vertreter des Landtags und der Landesregierung angehören. Auf Wunsch des Statistischen Landesamts in Abstimmung mit dem Finanzministerium sind die Fraktionen übereingekommen, über die gesetzliche Verpflichtung hinaus für die fünf Mitglieder auch Stellvertreterinnen und Stellvertreter zu wählen.

(Unruhe)

– Ich warte jetzt, bis es ruhig ist.

(Zuruf von der SPD: So lange?)

Die fünf Mitglieder und fünf stellvertretenden Mitglieder des Landtags verteilen sich nach dem Höchstzahlverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers wie folgt auf die Fraktionen: auf die Fraktion GRÜNE zwei Abgeordnete sowie auf die Fraktionen der CDU, der AfD und der SPD jeweils eine Abgeordnete bzw. ein Abgeordneter.

Auf Ihren Tischen liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

AfD und der Fraktion der SPD (*Anlage*). Sind Sie damit einverstanden, über diesen Wahlvorschlag offen abzustimmen? – Das ist der Fall.

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Wahlvorschlag ist damit einstimmig zugestimmt, und die im Wahlvorschlag genannten Abgeordneten sind in den Landesauschuss für Information gewählt. – Ich gratuliere Ihnen zur Wahl und wünsche Ihnen viel Erfolg bei dieser neuen Aufgabe.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder der Regierung, bevor wir die Sitzung schließen, darf ich Sie auf den Empfang für Betriebs- und Personalräte der Gewerkschaften des DGB-Bezirks Baden-Württem-

berg aufmerksam machen, der heute Abend um 18 Uhr in der Lobby stattfinden wird.

Mit ihrem geleisteten ehrenamtlichen Engagement leisten Betriebs- und Personalräte als Schnittstelle zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern einen wichtigen Beitrag für den sozialen Ausgleich. Der Landtag von Baden-Württemberg möchte dieses Engagement entsprechend würdigen. Ich würde mich deshalb freuen, wenn viele von Ihnen heute Abend daran teilnehmen würden und wir Sie dazu begrüßen dürften.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am 5. April 2017 um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:57 Uhr

Wahlvorschlag

der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der AfD und
der Fraktion der SPD

Wahl der Vertreter/-innen des Landtags und deren Stellvertretungen in den Landesausschuss für Information

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

GRÜNE	CDU	AfD	SPD
<hr/>			
Vertreter/-in:			
Bay Kern, Manfred	Deuschle	Dürr	Rivoir
Stellvertreter:			
Sckerl Dr. Rösler	Klein	Dr. Merz	Stickelberger

21. 03. 2017

Andreas Schwarz und Fraktion
Dr. Wolfgang Reinhart und Fraktion
Dr. Jörg Meuthen und Fraktion
Andreas Stoch und Fraktion